

Monatsbericht des BMF Juni 2012





Monatsbericht des BMF Juni 2012

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	5
Finanzwirtschaftliche Lage	
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2012	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	16
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	21
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2012	28
Termine, Publikationen	
Analysen und Berichte	32
Demografischer Wandel als Chance	
Konsolidierungsverpflichtungen der Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und	
Schleswig-HolsteinSaniand, Sachsen-Annait und	<i>/</i> 11
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	
Die wichtigsten steuern im internationalen vergleich	40
Statistiken und Dokumentationen	62
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	64
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	91
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	98

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bewältigung der europäischen Schuldenkrise beherrscht seit Monaten die Schlagzeilen. Im Fokus der Öffentlichkeit stehen dabei zumeist die akuten Problemlagen in den betroffenen Schuldenländern und weniger die Frage danach, wie mittel- und langfristig mehr Stabilität in der Wirtschaftsund Währungsunion zu erreichen ist.

Wer sich aber mit diesem Thema beschäftigt, kommt an einer Herausforderung nicht vorbei: dem demografischen Wandel. Eine in der Tendenz älter und zahlenmäßig kleiner werdende Bevölkerung wird die Wachstumsmöglichkeiten in der Europäischen Union in Zukunft stark beeinflussen. Dies wirkt sich auch auf die öffentlichen Finanzen aus. Das ist keine neue, aber eine wichtige Erkenntnis, die bei allen Richtungsentscheidungen sowohl auf europäischer Ebene als auch in den einzelnen Mitgliedstaaten bedacht werden muss. In der Entwicklung des Fiskalvertrags und der Europa-2020-Strategie ist dies bereits geschehen. Um die Öffentlichkeit verstärkt auf die Herausforderungen des demografischen Wandels aufmerksam zu machen, hat die Europäische Kommission das Jahr 2012 zum "Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen" ausgerufen.

Die Bundesregierung widmet den demografischen Veränderungen in unserem Land besondere Aufmerksamkeit. Im Oktober vergangenen Jahres hat sie einen ausführlichen Demografiebericht vorgelegt, der die Lage in Deutschland beschreibt. Darauf



aufbauend wurde ressortübergreifend eine Demografiestrategie entwickelt, die vor kurzem vorgestellt wurde. Unter dem Titel "Jedes Alter zählt" zeigt die Bundesregierung wesentliche Handlungsfelder auf, die sie angesichts des demografischen Wandels für besonders bedeutsam hält. Ein zentrales Thema ist dabei die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen als Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Staates. Ohne solide Finanzen ist kein Staat zu machen – das ist eine der Botschaften der Demografiestrategie. Eine weitere, ebenso wichtige Botschaft lautet: Der demografische Wandel ist kein Schreckensszenario. Er ist gestaltbar, wenn sich alle staatlichen Ebenen ebenso wie die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft und jeder Einzelne rechtzeitig und aktiv auf notwendige Veränderungen einstellen. Dann wird der demografische Wandel zur Chance und kann auch wünschenswerte Veränderungsprozesse in unserer Gesellschaft verstärken.

h. 2011-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	6
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2012	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	21
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2012	28
Termine, Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

Ausgabenentwicklung

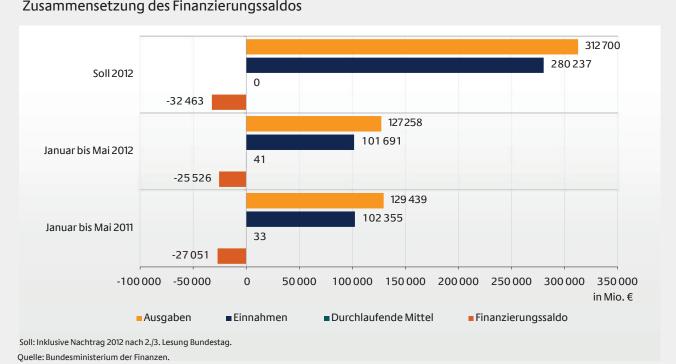
Bis einschließlich Mai 2012 beliefen sich die Ausgaben des Bundes auf 127,3 Mrd. €. Sie lagen um 2,2 Mrd. € (-1,7%) unter dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Rückgänge bei den Zinsausgaben (-1,0 Mrd. €), den Ausgaben am Arbeitsmarkt (- 2,2 Mrd. €) und den Zuweisungen zum Gesundheitsfonds (-0,6 Mrd. €) stehen in anderen Bereichen

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2011	Soll 2012 ¹	Ist - Entwicklung ² Januar bis Mai 2012
Ausgaben (Mrd. €)	296,2	312,7	127,3
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-1,7
Einnahmen (Mrd. €)	278,5	280,2	101,7
$Unterjährige\ Veränderung\ gegen \"{u}ber\ Vorjahr\ in\ \%$			-0,6
Steuereinnahmen (Mrd. €)	248,1	252,2	92,6
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			0,7
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-17,7	-32,5	-25,5
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	-6,3
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	-0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-17,3	-32,1	-19,2

¹Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



² Buchungsergebnisse.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Is	t	So	II ¹	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige
	20	11	20	12	Januar bis Mai 2011	Januar bis Mai 2012	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in %
Allgemeine Dienste	54 407	18,4	63 904	20,4	21 301	21 979	+3,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 9 3 1	2,0	6 292	2,0	2 268	2 505	+10,
Verteidigung	31 710	10,7	31 734	10,1	12 606	12 941	+2,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 3 6 9	2,2	5 798	1,9	2 5 1 0	2 3 8 4	-5,
Finanzverwaltung	3 754	1,3	4326	1,4	1 492	1 539	+3,
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	16 086	5,4	17 994	5,8	5 693	6 510	+14,
BAföG	1 584	0,5	1 763	0,6	814	814	+0,
Forschung und Entwicklung	9 3 6 1	3,2	10 083	3,2	2 631	2 823	+7,
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	155 255	52,4	154 880	49,5	71 812	69 421	-3,
Sozialversicherung	77 976	26,3	78 711	25,2	37 836	38 300	+1,
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	8 046	2,7	7 238	2,3	4 6 7 9	3 3 7 9	-27,
Grundsicherung für Arbeitssuchende	33 035	11,2	32 735	10,5	14007	13 082	-6
darunter: Arbeitslosengeld II	19384	6,5	19370	6,2	8 478	8 259	-2
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4855	1,6	4 900	1,6	1 903	2 015	+5,
Wohngeld	745	0,3	650	0,2	353	262	-25,
Erziehungsgeld/Elterngeld	4712	1,6	4904	1,6	2 036	2 074	+1,
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 684	0,6	1 613	0,5	828	712	-14,
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 335	0,5	1 548	0,5	463	487	+5,
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 033	0,7	2 066	0,7	641	735	+14,
Wohnungswesen	1 366	0,5	1387	0,4	561	626	+11,
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 656	1,9	5 672	1,8	2 468	2 279	-7,
Regionale Förderungsmaßnahmen	937	0,3	635	0,2	219	159	-27,
Kohlenbergbau	1 3 4 9	0,5	1 200	0,4	1 350	1182	-12,
Gewährleistungen	797	0,3	1 500	0,5	229	267	+16,
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 645	3,9	12 384	4,0	3 774	3 543	-6,
Straßen (ohne GVFG)	6115	2,1	6 1 2 6	2,0	1 476	1 315	-10,
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 986	5,4	16 407	5,2	6 366	6 482	+1,
Bundeseisenbahnvermögen	5 020	1,7	5 239	1,7	1 883	1 853	-1,
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4037	1,4	4016	1,3	1 239	1 263	+1,
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 825	11,4	37 846	12,1	16 922	15 821	-6,
Zinsausgaben	32 800	11,1	34 207	10,9	16 545	15 536	-6,
Ausgaben zusammen	296 228	100,0	312 700	100,0	129 439	127 258	-1,

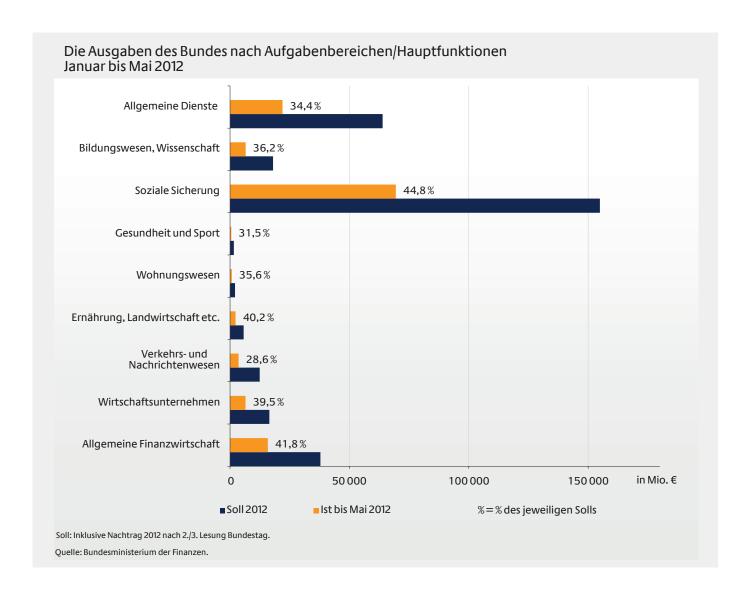
¹Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Mehrausgaben, wie zum Beispiel beim Hochschulpakt 2020, gegenüber.

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bundes bis einschließlich Mai 2012 lagen mit 101,7 Mrd. € erstmalig in diesem Jahr um 0,7 Mrd. € (- 0,6 %) unter den Einnahmen des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Die Steuereinnahmen legten zwar im Betrachtungszeitraum mit 92,6 Mrd. € um 0,7 Mrd. € (+ 0,7%) zu, konnten jedoch den Rückgang der Verwaltungseinnahmen um 1,3 Mrd. € (- 12,8%) nicht ausgleichen. Der Rückgang der Verwaltungseinnahmen ist im Wesentlichen auf den Rückgang des Bundesbankgewinns um rund - 1,6 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

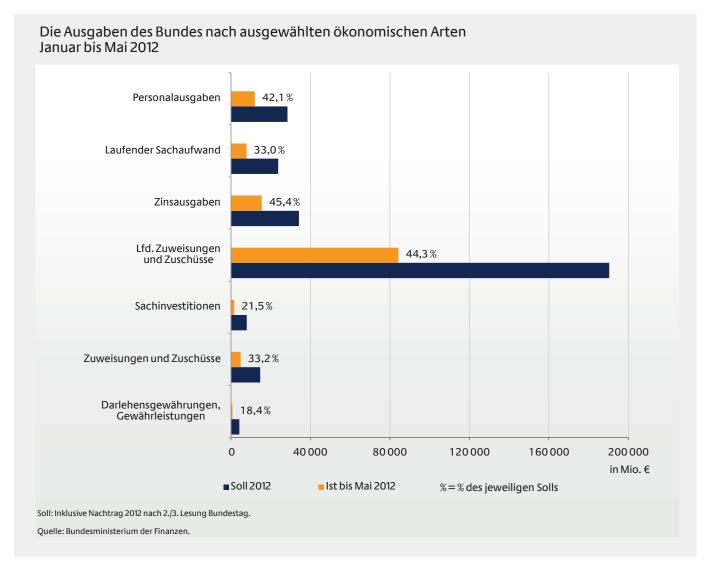
	ls	t	So	ll ¹	Ist - Entw	ricklung	Unterjährige
	20	11	20	12	Januar bis Mai 2011	Januar bis Mai 2012	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o.€	111 /0
Konsumtive Ausgaben	270 850	91,4	277 293	88,7	121 661	119 867	-1,5
Personalausgaben	27 856	9,4	28 497	9,1	12 384	12 005	-3,1
Aktivbezüge	20 702	7,0	21 349	6,8	9 150	8 734	-4,5
Versorgung	7 154	2,4	7 147	2,3	3 233	3 272	+1,2
Laufender Sachaufwand	21 946	7,4	23 828	7,6	7 168	7 858	+9,6
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 545	0,5	1 283	0,4	587	460	-21,6
Militärische Beschaffungen	10 137	3,4	10 673	3,4	3 2 3 0	3 097	-4,1
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	3,5	11 871	3,8	3 351	4301	+28,3
Zinsausgaben	32 800	11,1	34 207	10,9	16 545 15 536		-6,1
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	63,3	190 295	60,9	85 415	84 256	-1,4
an Verwaltungen	15 930	5,4	17 600	5,6	6 0 3 4	5 954	-1,3
an andere Bereiche	171 624	57,9	172 696	55,2	79 692	78 349	-1,7
darunter:							
Unternehmen	23 882	8,1	25 106	8,0	10323	10319	-0,0
Renten, Unterstützungen u. a.	26718	9,0	26 931	8,6	11 723	11 516	-1,8
Sozialversicherungen	115 398	39,0	113 678	36,4	55 482	53 485	-3,6
Sonstige Vermögensübertragungen	695	0,2	467	0,1	149	211	+41,6
Investive Ausgaben	25 378	8,6	35 650	11,4	7 778	7 391	-5,0
Finanzierungshilfen	18 202	6,1	27 653	8,8	6 079	5 674	-6,7
Zuweisungen und Zuschüsse	14589	4,9	14734	4,7	4776	4897	+2,5
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 825	1,0	4231	1,4	675	777	+15,1
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	0,3	8 687	2,8	628	0	-100,0
Sachinvestitionen	7 175	2,4	7 997	2,6	1 699	1 717	+1,1
Baumaßnahmen	5814	2,0	6519	2,1	1 400	1 399	-0,1
Erwerb von beweglichen Sachen	869	0,3	899	0,3	244	255	+4,5
Grunderwerb	492	0,2	578	0,2	55	62	+12,7
Globalansätze	0	0,0	- 243	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	296 228	100,0	312 700	100,0	129 439	127 258	-1,7

¹ Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zum jetzigen Zeitpunkt ist noch wenig verlässlich. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungsdefizit von 25,5 Mrd. € ableiten.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Is	t	Sol	I ¹	Ist - Entw	icklung	Unterjährige	
	20	11	201	12	Januar bis Mai 2011	Januar bis Mai 2012	Veränderung ggü. Vorjahr in %	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o . €	111 /6	
I. Steuern	248 066	89,1	252 223	90,0	91 898	92 576	+0,	
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	196 908	70,7	204 546	73,0	75 950	78 645	+3,	
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	93 488	33,6	98 887	35,3	33 505	35 019	+4,	
davon:								
Lohnsteuer	59 475	21,4	62 666	22,4	21 483	22 523	+4,	
veranlagte Einkommensteuer	13 599	4,9	14717	5,3	3 195	3 954	+23,	
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	9 0 6 8	3,3	8 825	3,1	6 0 1 2	3 899	-35,	
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 529	1,3	3 529	1,3	2 047	2 028	-0,	
Körperschaftsteuer	7817	2,8	9 150	3,3	768	2 615	+240,	
Steuern vom Umsatz	101 899	36,6	104 080	37,1	41 987	43 194	+2,	
Gewerbesteuerumlage	1 520	0,5	1 579	0,6	457	433	-5	
Energiesteuer	40 036	14,4	39 950	14,3	10 972	10813	-1	
Tabaksteuer	14414	5,2	14 200	5,1	5 167	4 692	-9,	
Solidaritätszuschlag	12 781	4,6	13 300	4,7	4930	5 183	+5	
Versicherungsteuer	10 755	3,9	11 000	3,9	6 3 4 4	6 643	+4,	
Stromsteuer	7 247	2,6	6 920	2,5	3 000	2 837	-5	
Kraftfahrzeugsteuer	8 422	3,0	8 400	3,0	3 857	3 898	+	
Kernbrennstoffsteuer	922	0,3	1 470	0,5	0	319		
Branntweinabgaben	2 151	0,8	2 121	0,8	887	903	+1	
Kaffeesteuer	1 028	0,4	1 040	0,4	432	435	+0	
Luftverkehrsteuer	905	0,3	960	0,3	267	338	+26	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 110	-4,3	-11 283	-4,0	-2 996	-2812	-6	
BNE-Eigenmittel der EU	-18 003	-6,5	-22 760	-8,1	-8 887	-10973	+23,	
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 890	-0,7	-2 030	-0,7	-826	-1 111	+34	
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 980	-2,5	-7 085	-2,5	-2908	-2 952	+1,	
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-4 496	-4 496	+0,	
II. Sonstige Einnahmen	30 455	10,9	28 014	10,0	10 457	9 115	-12,	
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 9 7 1	1,8	4244	1,5	3 3 7 3	2 058	-39	
Zinseinnahmen	483	0,2	519	0,2	95	98	+3	
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 267	1,9	6713	2,4	1 411	1 259	-10	
Einnahmen zusammen	278 520	100,0	280 237	100,0	102 355	101 691	-0,	

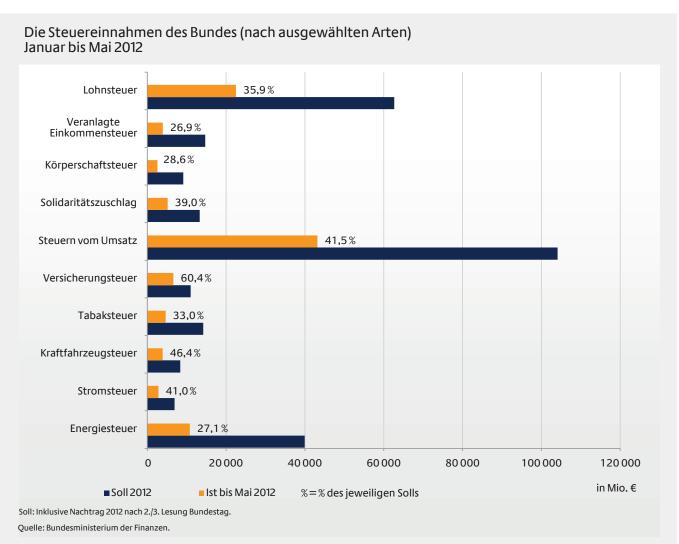
¹Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Nachtragshaushalt

Im Rahmen der umfassenden
Maßnahmenpakete zur Stabilisierung des
Euroraums wurde mit Vertrag vom 2. Februar
2012 der Europäische Stabilitätsmechanismus
(ESM) errichtet. Der ESM-Vertrag soll zum
1. Juli 2012 in Kraft treten. Deutschland wird
sich mit einem Betrag in Höhe von rund
21,7 Mrd. € am einzuzahlenden Kapital
des ESM und mit rund 168,3 Mrd. € am
abrufbaren Kapital des ESM beteiligen. Das
einzuzahlende Kapital wird in Teilbeträgen
bereitgestellt. Die 2012 durch Deutschland
einzuzahlenden Tranchen in Höhe von

zusammen 8,7 Mrd. € werden durch den Nachtragshaushalt, der am 14. Juni 2012 in der 2. und 3. Lesung vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde, bereitgestellt. Darüber hinaus wurden die Mehreinnahmen gegenüber dem Regierungsentwurf aus der Mai-Steuerschätzung zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme eingesetzt, sodass der Anstieg der Nettokreditaufnahme gegenüber dem bisherigen Soll auf 32,1 Mrd. € begrenzt werden konnte (+ 6,0 Mrd. € gegenüber Soll 2012 von 26,1 Mrd. €). Gleichzeitig wurde eine Reihe bereits feststehender Veränderungen nachvollzogen, die sich im Ergebnis aber ausgleichen.



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2012

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2012

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Mai 2012 im Vorjahresmonatsvergleich um 4,3 % gesunken. Hierzu haben die gemeinschaftlichen Steuern mit - 5,3 %, die Bundessteuern mit - 0,1% und die Ländersteuern mit - 6,4% beigetragen. Der Rückgang der Steuereinnahmen ist vor allem der Entwicklung der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (Steuern auf Dividendenausschüttungen) geschuldet. Hier führt die Umstellung auf das sogenannte Zahlstellenverfahren (Abführung der Steuer durch die dividendenauszahlende Bank statt wie bisher durch das ausschüttende Unternehmen) zu zeitlichen Verschiebungen bei der Abführung der Steuer. Es kann deshalb erwartet werden, dass ein gewichtiger Teil der im Vorjahresvergleich fehlenden Einnahmen in den kommenden Monaten noch zufließt. Selbst unter Vernachlässigung des vorgenannten Effekts ist die Wachstumsdynamik der Steuereinnahmen insgesamt im bisherigen Jahresverlauf mit + 3,6% noch deutlich positiv; sie liegt allerdings erheblich unter dem starken Wert des Vorjahres (+9,2% gegenüber 2010).

Aufgrund deutlich höherer EU-Abführungen war der Rückgang im Aufkommen des Bundes im Mai mit 6,0 % stärker als bei den Ländern (-5,4 %). Im kumulierten Zeitraum Januar bis Mai ergibt sich weiterhin ein Plus: Bund 1,1 %, Länder 3,7 %.

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer lagen im Mai 2012 um 3,1% über dem Niveau des Vorjahresmonats. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer (vor Abzug des Kindergeldes) nahm im Berichtsmonat ebenfalls um 3,1% zu. Der Zuwachs ist damit etwas geringer als im April (+5,2%). Allerdings war die Vorjahresbasis wegen einmaliger Bonuszahlungen sehr stark (+12,0% gegenüber dem Jahr 2010), sodass der geringere Anstieg

in diesem Jahr eine Normalisierung auf hohem Niveau bedeutet. Das Volumen der Kindergeldzahlungen blieb mit - 0,1% fast auf Vorjahresniveau. Im Zeitraum Januar bis Mai 2012 ist im kassenmäßigen Lohnsteueraufkommen ein Plus von 5,0% zu verzeichnen.

Die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer gingen im Mai 2012 von circa 0,25 Mrd. € im Vorjahreszeitraum auf 0,13 Mrd. € zurück (-48,0%). Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto sank im Vorjahresmonatsvergleich lediglich um 6,6 %. Das Aufkommen wird im Mai vom Ergebnis der Veranlagungen für 2010 und der Betriebsprüfungen früherer Jahre bestimmt. Der aus den Veranlagungen resultierende Rückgang der Nachzahlungen wurde durch den Zuwachs der nachträglichen Vorauszahlungen für 2011 und früher nicht ganz ausgeglichen. Die Erstattungen insgesamt blieben fast unverändert, wobei die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer mit 0,3% nur unwesentlich zunahmen. Im Zeitraum Januar bis Mai 2012 erreichte das Kassenaufkommen bisher ein deutliches Plus von 23,7%.

Die Kasseneinnahmen der Körperschaftsteuer verharrten im Mai 2012 mit 0,08 Mrd. € auf niedrigem Niveau (Vorjahresmonat 0,01 Mrd. €). Da sich auch der im Kassenaufkommen berücksichtigte Abzug von Investitionszulagen kaum verändert hat (circa 50 Mio. € bis 60 Mio. €), weisen die Einnahmen bei der Körperschaftsteuer brutto eine entsprechende Entwicklung auf. Der Rückgang der Nachzahlungen gegenüber dem Mai 2011 wurde durch den Rückgang der Erstattungen wieder ausgeglichen. Im Zeitraum Januar bis Mai 2012 konnte das Kassenergebnis deutlich auf nunmehr 5,2 Mrd. € erhöht werden (Vorjahreszeitraum: 1,5 Mrd. €).

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2012

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2012	Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2012 ⁴	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10946	+3,1	57 176	+5,0	147 450	+5,5
veranlagte Einkommensteuer	132	-48,0	9 3 0 2	+23,7	34 700	+8,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1967	-55,7	7 996	-33,5	17 650	-2,7
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	526	+1,7	4 609	-0,9	8 020	+0,0
Körperschaftsteuer	76	+562,9	5 2 3 1	+240,6	18 300	+17,1
Steuern vom Umsatz	16825	+2,9	80 904	+3,8	196 350	+3,3
Gewerbesteuerumlage	182	+9,4	1 043	-5,5	3 811	+3,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	58	-27,3	891	-6,3	3 239	+0,6
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	30 712	-5,3	167 152	+4,3	429 520	+4,6
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 2 3 6	-5,3	10813	-1,4	39 950	-0,2
Tabaksteuer	1 167	+5,6	4 692	-9,2	14 200	-1,5
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	177	+4,0	902	+1,9	2 120	-1,4
Versicherungsteuer	799	+1,1	6 643	+4,7	11 000	+2,3
Stromsteuer	551	-2,2	2837	-5,4	6 9 2 0	-4,5
Kraftfahrzeugsteuer	799	+0,6	3 898	+1,1	8 400	-0,3
Luftverkehrsteuer	74	-4,1	338	+26,6	960	+6,1
Kernbrennstoffsteuer	149	Х	319	X	1 470	+59,4
Solidaritätszuschlag	1 030	-3,4	5 183	+5,1	13 300	+4,1
übrige Bundessteuern	117	-5,4	649	+1,8	1 507	+0,3
Bundessteuern insgesamt	8 098	-0,1	36 274	+0,6	99 827	+0,7
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	344	-24,4	1 735	-11,3	4280	+0,8
Grunderwerbsteuer	569	+7,8	2 996	+19,8	7 3 3 0	+15,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	126	+0,0	608	-1,1	1 419	-0,1
Biersteuer	60	-7,1	267	-1,3	700	-0,3
Sonstige Ländersteuern	23	-9,0	219	+3,6	378	+4,6
Ländersteuern insgesamt	1 121	-6,4	5 824	+4,9	14 107	+7,7
EU-Eigenmittel						
Zölle	326	-2,1	1 801	-1,9	4750	+3,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	145	+38,0	1111	+34,5	2 030	+7,4
BSP-Eigenmittel	1 460	+29,1	10 973	+23,5	22 760	+26,4
EU-Eigenmittel insgesamt	1 931	+23,1	13 884	+20,2	29 540	+20,8
Bund ³	19 231	-6,0	93 317	+1,1	252 254	+1,7
Länder ³	17 034	-5,4	91 711	+3,7	234 206	+4,4
EU	1 931	+23,1	13 884	+20,2	29 540	+20,8
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 061	+2,1	12 140	+6,4	32 204	+5,5
Steueraufkommen insgesamt						

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,} Nach\, Abzug\, der\, Kindergelderstattung\, durch\, das\, Bundeszentralamt\, für\, Steuern.$

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2012.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2012

Das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag reduzierte sich im Berichtsmonat gegenüber dem Vorjahresvergleichsmonat um mehr als die Hälfte: von 4,4 Mrd. € auf 2,0 Mrd. €. Die Einnahmen aus dieser Steuer werden im Mai von den Gewinnausschüttungen der großen Publikumsgesellschaften geprägt. Infolge der Umstellung des Abrechnungsverfahrens zum 1. Januar 2012 (Einführung des sogenannten Zahlstellenverfahrens) kam es zu zeitlichen Verzögerungen beim Kassenzufluss, die zum Teil dem neuen Verfahren inhärent sind und somit dauerhafter Natur sein werden. Weiterhin ergaben sich noch zusätzliche umstellungsbedingte Verzögerungen. Es kann deshalb erwartet werden, dass ein gewichtiger Teil der im Vorjahresvergleich fehlenden Einnahmen in den kommenden Monaten noch zufließt. Die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern unterschritten das Ergebnis der Vorjahresperiode um 17,2% (Aufkommen im Mai 2012 circa. 0,1 Mrd. €). Im Zeitraum Januar bis Mai sank das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag von 12,0 Mrd. € im Jahr 2011 auf 8,0 Mrd. € im Jahr 2012.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge überschritt das Vorjahresmonatsniveau um 1,7%. Im Zeitraum Januar bis Mai 2012 wurde das Ergebnis des Vorjahres allerdings noch um 0,9% unterschritten.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen im Berichtsmonat Mai 2012 das Niveau vom Mai 2011 um 2,9 %. Dabei stiegen die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer um 13,5 %, während die (Binnen-)Umsatzsteuer um 0,7 % unter dem Vorjahresvergleichsmonat blieb. Hier hat jedoch eine hohe Vorsteuererstattung in einem Bundesland das Aufkommen stark gemindert. Im Zeitraum Januar bis Mai 2012 kam es bei den Steuern vom Umsatz insgesamt zu Mehreinnahmen von 3,8 %.

Bei den reinen Bundessteuern konnte im Mai 2012 das Vorjahresergebnis nicht ganz erreicht werden (- 0,1%). Mindereinnahmen verzeichneten insbesondere die Energiesteuer (-5,3%), der Solidaritätszuschlag (-3,4%) und die Stromsteuer (- 2,2 %). Bei der Energiesteuer wirkten sich besonders die deutlich gesunkenen Einnahmen aus der Energiesteuer auf Erdgas und aus der Energiesteuer auf Heizöl aus. Die Tabaksteuer verzeichnete Zuwächse von 5,6 %, die Versicherungsteuer von 1,1% und die Kraftfahrzeugsteuer von 0,6 %. Die Luftverkehrsteuer musste im Berichtsmonat Einbußen von 4.1% hinnehmen (kumulierte Einnahmen Januar bis Mai 2012: 338,4 Mio. €). Bei der Kernbrennstoffsteuer kam es im Mai 2012 zu Zahlungen in Höhe von 148,7 Mio. € (kumulierte Einnahmen Januar bis Mai 2012: 319,4 Mio. €). Die Bundessteuern insgesamt stiegen im Berichtszeitraum Januar bis Mai 2012 mit 0,6 % bisher eher verhalten.

Die reinen Ländersteuern unterschritten im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 6,4%. Die Mehreinnahmen bei der Grunderwerbsteuer (+ 7,8%) konnten den deutlichen Rückgang der Erbschaftsteuer um fast ein Viertel (- 24,4%) nicht ausgleichen. Auch die Feuerschutzsteuer und die Biersteuer verzeichneten Rückgänge (- 9,0% beziehungsweise - 7,1%), die allerdings das Aufkommen der Ländersteuern insgesamt kaum beeinflussten. Die Rennwett- und Lotteriesteuer erreichte das Vorjahresniveau. Die Ländersteuern insgesamt stiegen im Berichtszeitraum Januar bis Mai 2012 im Vorjahresvergleich allerdings noch um 4,9%.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Mai durchschnittlich 4,13 % (4,07 % im April).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Mai 1,29 % (1,68 % Ende April).

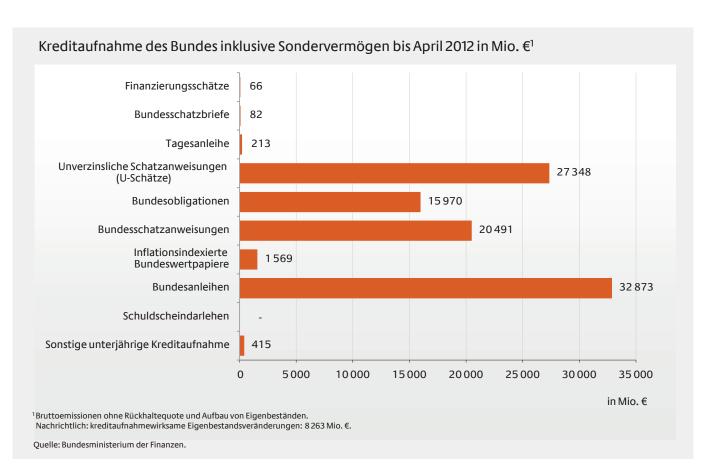
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Mai auf 0,67% (0,71% Ende April).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 6. Juni 2012 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 6 264 Punkte am 31. Mai (6 761 Punkte am 30. April). Der Euro Stoxx 50 fiel von 2 306 Punkten am 30. April auf 2 119 Punkte am 31. Mai.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im April bei 2,5 % nach 3,1% im März und 2,7% im Februar. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Februar bis April 2012 blieb mit 2,7% gegenüber dem vorangegangenen Dreimonatszeitraum unverändert (der



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5 %).

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im April 0,0 % nach 0,5 % im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,42 % im April gegenüber 1,13 % im März.

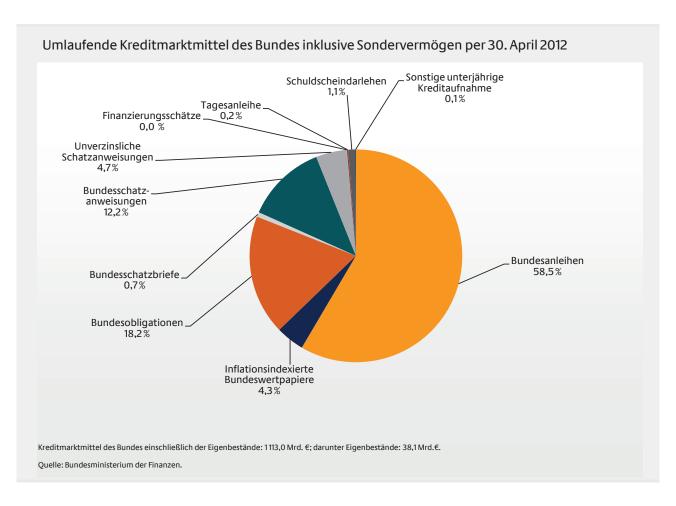
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich April 2012 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 99,03 Mrd. €. Davon wurden 87,95 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt.

Am 21. März 2012 wurde die 0,10 %ige inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030542) mit einem Volumen von 2,0 Mrd. € erstmals emittiert. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 8,26 Mrd. €).

Die konkreten Kapital- und Geldmarktemissionen für die Finanzierung von Bund und Sondervermögen sind in der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2012" dargestellt.

Bis Ende April dieses Jahres beliefen sich die Tilgungen für Bund und Sondervermögen



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
		in Mrd.€											
Anleihen	25,0	-	-	-									25,0
Bundesobligationen	-	-	-	16,0									16,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	19,0	-									19,0
U-Schätze des Bundes	8,9	8,9	8,9	7,0									33,8
Bundesschatzbriefe	0,1	0,1	0,1	0,1									0,5
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0									0,1
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,1									0,2
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-									0,0
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	0,0	-	0,7	-									0,7
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0									-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,5	9,2	28,8	23,1									95,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	11,2	0,8	-0,1	4,4									16,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

auf 95,32 Mrd. € und die Zinszahlungen auf 16.26 Mrd. €.

Die aufgenommenen Mittel wurden zur Finanzierung des Bundeshaushalts in Höhe von 96,49 Mrd. € und des "Finanzmarktstabilisierungsfonds" (FMS) in Höhe von 2,73 Mrd. € eingesetzt. Die Nettotilgungen des "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) in Höhe von 0,19 Mrd. € wurden an den Bundeshaushalt und den FMS abgeführt.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2012 Kapitalmarktinstrumente

			2. Quartal 2012 insgesamt	45 Mrd. €/ 47 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137388 WKN113738	Aufstockung	20. Juni 2012	2 Jahre / fällig 14. März 2014 Zinslaufbeginn 24. Februar 2012 erster Zinstermin 14. März 2013	ca. 5 Mrd. €	
Bundesanleihe ISIN DE0001135473 WKN 113547	Aufstockung	13. Juni 2012	10 Jahre / fällig 4. Juli 2022 Zinslaufbeginn 13. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	ca.5 Mrd.€	
Bundesobligation ISIN DE0001141638 WKN 114163	Aufstockung	6. Juni 2012	5 Jahre / fällig 7. April 2017 Zinslaufbeginn 7. April 2012 erster Zinstermin 7. April 2013	ca. 4 Mrd. €/ ca. 5 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137388 WKN113738	Neuemission	23. Mai 2012	2 Jahre / fällig 13. Juni 2014 Zinslaufbeginn 25. Mai 2012 erster Zinstermin 13. Juni 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135473 WKN 113547	Aufstockung	16. Mai 2012	10 Jahre / fällig 4. Juli 2022 Zinslaufbeginn 13. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141638 WKN 114163	Neuemission	9. Mai 2012	5 Jahre / fällig 7. April 2017 Zinslaufbeginn 7. April 2012 erster Zinstermin 7. April 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Neuemission	25. April 2012	30 Jahre / fällig 2. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137370 WKN 113737	Aufstockung	18. April 2012	2 Jahre / fällig 14. März 2014 Zinslaufbeginn 24. Februar 2012 erster Zinstermin 14. März 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135473 WKN 113547	Neuemission	11. April 2012	10 Jahre / fällig 4. Juli 2022 Zinslaufbeginn 13. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141620 WKN 114162	Aufstockung	4. April 2012	5 Jahre / fällig 24. Februar 2017 Zinslaufbeginn 13. Januar 2012 erster Zinstermin 24. Februar 2013	3 Mrd. €/ 4 Mrd. €	4 Mrd.€
Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissionskalender)	Volumen ¹ Ist

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2012 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissionskalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116051 WKN 111605	Neuemission	2. April 2012	6 Monate / fällig 10. Oktober 2012	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116069 WKN 111606	Neuemission	23. April 2012	12 Monate / fällig 24. April 2013	3 Mrd.€	3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116077 WKN 111607	Neuemission	14. Mai 2012	6 Monate / fällig 14. November 2012	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119600 WKN 111960	Neuemission	21. Mai 2012	12 Monate / fällig 22. Mai 2013	3 Mrd.€	3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119618 WKN 111961	Neuemission	11. Juni 2012	6 Monate / fällig 5. Dezember 2012	ca. 4 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119626 WKN 111962	Neuemission	25. Juni 2012	12 Monate / fällig 26. Juni 2013	ca. 3 Mrd. €	
			2. Quartal 2012 insgesamt	21 Mrd. €	21 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2012 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissionskalender)	Volumen ¹ Ist
Inflations indexierte Bundes wert papiere ISIN DE0001030542 WKN 103054	Aufstockung	23. Mai 2012	10 Jahre / fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn: 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
			1. Quartal 2012 insgesamt	2 - 3 Mrd. €/ 1,5 Mrd. €	2 Mrd. €

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die deutsche Wirtschaft startete verhalten in das 2. Vierteljahr nach einem unerwartet deutlichen Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität zu Jahresbeginn.
- Beschäftigungsaufbau und Einkommenssteigerungen sind Grundlage für eine weiterhin günstige Entwicklung des privaten Konsums.
- Der Anstieg des Verbraucherpreisindex lag erstmals seit Dezember 2010 wieder unter 2%.

Die aktuellen Konjunkturdaten zeigen einen verhaltenen Start der deutschen Wirtschaft in das 2. Quartal. Dies spricht dafür, dass – nach dem unerwartet deutlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im 1. Vierteljahr – im weiteren Jahrsverlauf wieder mit einer moderateren Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität zu rechnen ist. Die "harten" Wirtschaftsdaten haben sich am aktuellen Rand abgeschwächt. Darüber hinaus trübten sich die Stimmungsindikatoren – insbesondere vor dem Hintergrund der Zunahme der Unsicherheiten hinsichtlich der Bewältigung der Schuldenkrise im Euroraum – etwas ein.

Insgesamt ist das Bruttoinlandsprodukt im 1. Vierteljahr preis-, kalender- und saisonbereinigt mit 0,5 % gegenüber dem Schlussquartal 2011 überraschend deutlich angestiegen. Hierbei schlugen zum Teil auch statistische Sondereffekte zu Buche, die im Folgequartal zu einer gewissen Gegenreaktion führen dürften.

Die Ergebnisse nach Verwendungsaggregaten zeigen, dass die positiven Wachstumsimpulse im 1. Vierteljahr vor allem von den Exporten kamen. So verbuchten die Exporte von Waren und Dienstleistungen im 1. Quartal einen preis-, kalender- und saisonbereinigten Anstieg von 1,7%. Währenddessen verharrten die Importe auf dem Niveau des Vorquartals. Zusammengenommen ging von den Nettoexporten (Exporte minus Importe) rein

rechnerisch ein sehr hoher Wachstumsbeitrag von real 0,9 Prozentpunkten aus. Auch von der Zunahme der Privaten und Staatlichen Konsumausgaben gingen positive Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft aus (real + 0,3 Prozentpunkte). Der private Konsum profitierte dabei von dem Beschäftigungsaufbau und den Einkommenssteigerungen, was sich auch in einem deutlichen Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte niederschlägt. Allerdings überwogen auf der Seite der Inlandsnachfrage die deutlich negativen Wachstumsimpulse, die aus dem Rückgang der Investitionsaktivitäten resultierten. So wurden die Investitionen (preis-, kalender- und saisonbereinigt) in Ausrüstungen (- 0,8 %) sowie in Bauten (-1,3%) im Vorquartalsvergleich spürbar zurückgefahren. Dabei ist der deutliche Rückgang der Bauinvestitionen zu Jahresbeginn jedoch größtenteils auf das Auslaufen der staatlichen Fördermaßnahmen zurückzuführen. So gaben die Bauinvestitionen des Staates um 16,1% nach, während die Investitionen in Bauten nichtstaatlicher Sektoren um 0.9% zunahmen.

Nach dem deutlichen Anstieg der nominalen Warenexporte und -importe zu Beginn dieses Jahres zeigen die aktuellen Außenhandelszahlen nunmehr einen verhaltenen Einstieg in das 2. Vierteljahr. Die Niveaus sind jedoch weiterhin sehr hoch und liegen klar über dem Vorkrisenstand von 2008.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Insgesamt sind die nominalen Warenexporte im April um saisonbereinigt 1,7% gegenüber dem Vormonat gesunken. Im Zweimonatsvergleich (März/April gegenüber Januar/Februar) zeigt sich hingegen noch eine Aufwärtsbewegung. Auch im Zeitraum von Januar bis April 2012 lag das nominale Ausfuhrergebnis (Ursprungswerte) spürbar über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Dabei stiegen die Ausfuhren in Drittländer mit rund 11% besonders kräftig an. Die Exporte in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union wurden dabei um 4,6% ausgeweitet, während die Ausfuhren in den Euroraum nahezu auf dem Vorjahresniveau verharrten.

Insgesamt signalisieren die vorlaufenden Indikatoren, dass sich der Aufwärtstrend der Exporte im weiteren Jahresverlauf fortsetzen dürfte, wenn auch mit geringerer Dynamik als im Vorquartal. Zwar verringerte sich die Auslandsnachfrage im April, im Mehrmonatsvergleich ist das ausländische Bestellvolumen jedoch weiterhin aufwärtsgerichtet. Auch die zuletzt spürbar gestiegenen Exporterwartungen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe (ifo- und DIHK-Umfrage) deuten auf eine günstige außenwirtschaftliche Entwicklung hin. Zugute kommt der deutschen Wirtschaft dabei laut DIHK-Umfrage insbesondere der derzeit relativ niedrige Euro-Außenwert. Auch die Verbesserung des OECD Composite Leading Indicator und des ifo Weltwirtschaftsklimas deuten auf Erholungstendenzen der Weltwirtschaft hin. Die schwache Nachfrage aus dem Euroraum dürfte die deutsche Außenhandelstätigkeit jedoch auch weiterhin belasten.

Die nominalen Warenimporte verzeichneten im April einen deutlichen Rückgang. Damit sind die Einfuhren im Zweimonatsvergleich nahezu seitwärtsgerichtet. Im aussagekräftigeren Dreimonatsvergleich zeigt sich währenddessen noch eine Aufwärtstendenz. Im Zeitraum von Januar bis April dieses Jahres konnten die Einfuhren (Ursprungswerte) gegenüber dem Vorjahr dennoch merklich ausgeweitet werden.

Der Anstieg der Einfuhren aus dem Nicht-Euroraum der Europäischen Union (+ 3,7%) und aus den Euroländern (+ 3,3%) war dabei leicht höher als der aus Drittländern (+ 3,1%). Die gestiegene Nachfrage nach Importgütern aus Drittländern spiegelt sich auch in der Zunahme des Aufkommens der Einfuhrumsatzsteuer wider. So stiegen die Einnahmen der Einfuhrumsatzsteuer von Januar bis Mai dieses Jahres um 7,8% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum an.

Die statistischen Ergebnisse zu Nachfrage und Erzeugung im Verarbeitenden Gewerbe waren in den vergangenen Monaten in starkem Maße durch Sondereinflüsse geprägt. Nach dem durch Sondereffekte überzeichneten Monat März kam es nun im April zu einer deutlichen Gegenreaktion der industriellen Aktivität, in der sich zudem auch die Nachfrageabschwächung im Verlaufe des Winterhalbjahres zeigt. So wurde die Industrieproduktion nach drei Anstiegen in Folge im April spürbar eingeschränkt. Dabei wurde die industrielle Erzeugung für alle drei betrachteten Gütergruppen (Vorleistungs-, Investitions-, Konsumgüter) zurückgefahren. Im Zweimonatsvergleich ist die industrielle Erzeugung nunmehr seitwärtsgerichtet. Auch der Umsatz in der Industrie ging im April zurück. Dabei sanken Auslandsumsätze etwas mehr als die Inlandsumsätze. Insgesamt zeigt die industrielle Umsatzentwicklung in der Tendenz jedoch noch eine leichte Aufwärtsbewegung.

Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe war im April ebenfalls gegenüber dem Vormonat rückläufig (saisonbereinigt -1,9%). Dies dürfte jedoch zu einem guten Teil einen Rückpralleffekt auf die Aufwärtsrevision des Vormonatsergebnisses (März revidiert von +2,2% auf +3,2%) darstellen. So kam es in einzelnen Branchen, z. B. im sonstigen Fahrzeugbau, zu einer außergewöhnlich hohen Anzahl von Nachmeldungen.

Die Verringerung des Ordervolumens zu Beginn des 2. Quartals war

 $Konjunkturent wicklung \ aus \ finanz politischer \ Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2011		Veränderung in % gegenüber					
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd. €		Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	bzw. Index	ggü. Vorj. in%	3.Q.11	4.Q.11	1.Q.12	3.Q.11	4.Q.11	1.Q.12
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	109,7	+3,0	+0,6	-0,2	+0,5	+2,6	+1,5	+1,7
jeweilige Preise	2 571	+3,8	+0,8	+0,0	+0,9	+3,5	+2,6	+3,0
Einkommen								
Volkseinkommen	1 971	+3,8	+1,9	+0,1	+1,9	+4,3	+3,1	+3,4
Arbeitnehmerentgelte	1319	+4,4	+0,2	+0,8	+1,5	+4,3	+3,9	+3,8
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	652	+2,7	+5,4	-1,2	+2,6	+4,3	+1,1	+2,7
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 625	+3,1	+1,0	+0,7	+1,2	+3,4	+2,8	+3,6
Bruttolöhne ugehälter	1.075	+4,7	+0,1	+0,7	+1,9	+4,5	+4,2	+4,1
Sparen der privaten Haushalte	181	+0,1	+0,0	+3,4	+0,0	+0,3	+3,3	+4,1
		2011			Veränderung ir			
Außenhandel / Umsätze / Produktion /		2011				i // gegenub		
Auftragseingänge	Mrd. €	ggü.Vorj. in%	Vorpe	eriode saisor	_		Vorjahı	
	bzw.Index		Mrz 12	Apr 12	Zweimonats- durchschnitt	Mrz 12	Apr 12	Zweimonats- durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	92	+12,5	+14,8		-7,5	-2,0		-4,7
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1.060	+11,4	+0,8	-1,7	+0,7	+0,6	+3,4	+1,9
Waren-Importe	902	+13,2	+0,9	-4,8	-0,1	+2,5	-1,0	+0,8
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)	112,1	+7,9	+2,2	-2,2	+0,8	+1,4	-0,7	+0,4
Industrie ²	113,9	+8,8	+1,1	-2,4	+0,0	+1,9	-1,2	+0,4
Bauhauptgewerbe	123,1	+13,4	+26,0	-6,0	+11,3	+3,1	-0,5	+1,2
Umsätze im Produzierenden Gewerbe		-,	-,-		,			,
Industrie (Index 2005 = 100) ²	110,5	+7,6	+0,4	-1,3	+0,3	+0,8	-0,7	+0,1
Inland	106,4	+7,5	+0,4	-0,7	-0,4	+0,7	-1,3	-0,3
Ausland	115,4	+7,7	+0,4	-2,0	+1,1	+1,0	-0,2	+0,5
Auftragseingang (Index 2005 = 100)								
Industrie ²	114,0	+7,8	+3,2	-1,9	+2,5	-0,2	-3,8	-2,0
Inland	110,3	+7,4	+1,8	+0,4	+1,6	-1,4	-2,7	-2,0
Ausland	117,3	+8,1	+4,4	-3,6	+3,4	+0,6	-4,7	-1,9
Bauhauptgewerbe	101,1	+4,5	-1,6		+7,1	+6,9		+8,0
Umsätze im Handel								
(Index 2005=100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	98,5	+1,2	+2,1	-0,2	+1,5	+3,5	-4,3	-0,4
Handel mit Kfz	+94,3	+5,9	+3,2	-5,4	+1,3	+1,1	-1,6	-0,2

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2011		Veränderung in Tsd. gegenüber					
Arbeitsmarkt	Personen	ggü. Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr			
	Mio.		Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,98	-8,1	-13	+18	+0	-182	-115	-105	
Erwerbstätige, Inland	41,10	+1,3	+27	+29		+596	+572		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28,38	+2,4	+50			+675			
		2011		Veränderung in % gegenüber					
Preisindizes 2005 = 100		ggü Vori in∜		Vorperiode		Vorjahr			
2000 .00	Index	ggü. Vorj. in %	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	
Importpreise	117,0	+8,0	+0,7	-0,5		+3,1	+2,3		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	115,9	+5,7	+0,6	+0,2		+3,3	+2,4		
Verbraucherpreise	110,7	+2,3	+0,3	+0,2	-0,2	+2,1	+2,1	+1,9	
ifo Geschäftsklima	saison bereinigte Salden								
gewerbliche Wirtschaft	Okt 11	Nov 11	Dez 11	Jan 12	Feb 12	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	
Klima	+5,7	+6,1	+7,2	+9,2	+11,7	+12,0	+12,1	+6,4	
Geschäftslage	+21,5	+21,4	+21,4	+20,6	+22,7	+22,7	+22,9	+14,9	
Geschäftserwartungen	-9,0	-8,2	-6,1	-1,7	+1,1	+1,8	+1,8	-1,8	

¹Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

auf eine deutliche Abnahme der Auslandsbestellungen sowohl aus dem Euro- als auch aus dem Nicht-Euroraum zurückzuführen. Die Inlandsnachfrage nach Industriegütern stieg dagegen aufgrund der positiven Auftragsentwicklung im Investitionsgüterbereich leicht an. Zudem fiel das Volumen an Großaufträgen im April unterdurchschnittlich aus. Das insgesamt im Zweimonatsvergleich weiterhin klar aufwärtsgerichtete Bestellvolumen dürfte in den nächsten Monaten in industrielle Produktion umgesetzt werden.

Die verhaltene Entwicklung der Industrieindikatoren am aktuellen Rand steht im Einklang mit der zuletzt weniger günstigen Einschätzung der Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe. So setzte mit dem vierten Rückgang in Folge der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe seinen Abwärtstrend fort. Und auch die Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe verschlechterte sich laut ifo-Umfrage im Mai auf erhöhtem Niveau deutlich. Währenddessen stuften die Unternehmen gemäß DIHK-Umfrage ihre gegenwärtige Situation weiterhin als sehr gut ein, aber auch hier trübte sich die Lagebewertung im Frühsommer etwas ein. Insgesamt signalisiert die aktuelle Entwicklung der Stimmungsindikatoren, dass im 2. Quartal mit einer moderateren Entwicklung der industriellen Aktivität im Vergleich zum Vorquartal zu rechnen sein dürfte.

Der Produktionsrückgang im Bauhauptgewerbe im April ist noch Reflex der witterungsbedingten Schwankungen im monatlichen Verlauf und stellt somit eine gewisse Gegenbewegung zu dem sehr starken Anstieg im März dar. Ingesamt ist die

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Bauproduktion im Zweimonatsvergleich klar aufwärtsgerichtet. Der ifo Geschäftsklimaindex im Bauhauptgewerbe ist im Mai allerdings zum dritten Mal in Folge gesunken. Dabei wurde zwar die Lage geringfügig besser beurteilt als noch im Vormonat; dagegen wurden die Geschäftsperspektiven noch pessimistischer eingeschätzt als im April. Das Bestellvolumen im Bauhauptgewerbe zeigt hingegen eine deutliche Aufwärtstendenz, die sich sowohl auf den Tiefbau als auch auf den Hochbau erstreckt.

Nach dem Anstieg der Privaten
Konsumausgaben zu Beginn dieses
Jahres sind auch im 2. Quartal die
Voraussetzungen für eine weitere Zunahme
des privaten Konsums gegeben. So setzte
sich der Beschäftigungsaufbau im April
und Mai fort. Die damit einhergehenden
Einkommenssteigerungen und die aufgrund
der jüngsten Tariflohnabschlüsse erfolgten
Lohnerhöhungen dürften den privaten
Konsum begünstigen.

Die Stimmungsindikatoren zeigen dagegen ein eher gemischtes Bild. So schätzten die Einzelhändler im Mai laut ifo-Umfrage ihre Geschäftslage wesentlich schlechter ein als einen Monat zuvor, während sich die Stimmung der Verbraucher auf hohem Niveau stabilisierte. Dabei zeigen die – trotz mehrerer Rückgänge – überdurchschnittlich hohen Einkommenserwartungen, dass die Konsumenten weitere Verbesserungen ihrer finanziellen Verhältnisse in diesem Jahr erwarten. Gleichzeitig ist auch die Anschaffungsneigung der Verbraucher sehr hoch. Der zehnjährige Durchschnitt wird dabei deutlich überschritten. Bei den Antworten zur Anschaffungsneigung dürften die Verbraucher laut Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) im Blick gehabt haben, dass es sich bei der anhaltenden Unsicherheit auf den Finanzmärkten und den historisch niedrigen Zinsen eher lohnt, hochwertige Anschaffungen zu tätigen, als Geld anzulegen. Dies zeigt sich auch in einem tendenziellen Anstieg der Einzelhandelsumsätze für Möbel

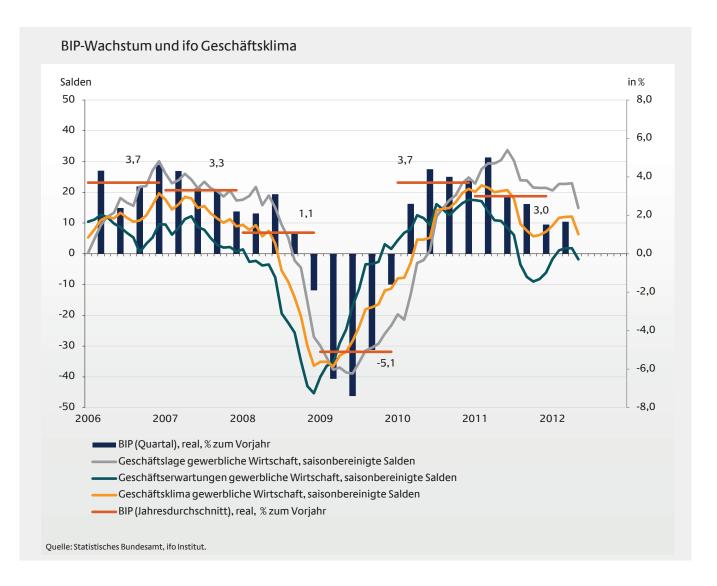
und Haushaltsgeräte. Eine Verschärfung der Schuldenkrise stellt jedoch auch für die weitere Entwicklung des privaten Konsums, insbesondere aufgrund möglicher negativer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, ein erhebliches Risiko dar.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin als günstig einzustufen. Die Zahl registrierter Arbeitsloser betrug im Mai 2,8 Millionen Personen und unterschritt damit das entsprechende Vorjahresniveau um 3,5 %. Die Arbeitslosenquote lag bei 6,7% und war damit um 0,3 Prozentpunkte geringer als vor einem Jahr. Saisonbereinigt veränderte sich die Arbeitslosenzahl im Mai gegenüber dem Vormonat nicht. Die Stagnation bei der Arbeitslosigkeit hängt laut der Bundsagentur für Arbeit (BA) – wie schon im vergangenen Monat – auch mit einer rückläufigen Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente zusammen.

Die Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) nahm in saisonbereinigter Rechnung im April weiterhin zu (+ 29 000 Personen gegenüber dem Vormonat). Der Anstieg hat sich jedoch nach dem überaus günstigen Ergebnis im Januar spürbar verlangsamt. Nach Ursprungswerten erreichte die Erwerbstätigenzahl im April ein Niveau von 41,4 Millionen Personen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 1,4% beziehungsweise eine Zunahme um mehr als eine halbe Million Personen.

Die sozialversicherungspflichtige
Beschäftigung (nach Ursprungswerten) wurde
im März 2012 – nach Hochrechnung der BA –
im Vorjahresvergleich um 675 000 Personen
(+ 2,4%) ausgeweitet. Dabei verzeichneten
wirtschaftliche Dienstleistungen das
größte Plus. Auch die Beschäftigung im
Verarbeitenden Gewerbe, im Gesundheitsund Sozialwesen und im Handel nahm
deutlich zu. Saisonbereinigt zeigt die
sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
mit einem Anstieg um 50 000 Personen
gegenüber dem Vormonat ebenfalls einen

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



deutlichen Aufwärtstrend. Aber auch hier verlief der Beschäftigungsaufbau in den Berichtsmonaten Februar und März etwas gedämpfter als zu Jahresbeginn.

Die Stimmungsindikatoren zeigen hinsichtlich der weiteren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ein uneinheitliches Bild. Einerseits ist das ifo Beschäftigungsbarometer im Mai zum dritten Mal in Folge gesunken und deutet nunmehr, insbesondere für das Verarbeitende Gewerbe, auf keinen weiteren Beschäftigungsaufbau hin. Auch die Einkaufsmanager des Verarbeitenden Gewerbes gehen den zweiten Monat in Folge von einem leichten Beschäftigungsrückgang aus. Andererseits sind die Beschäftigungspläne des Dienstleistungsgewerbes dagegen

expansiv ausgerichtet (ifo Geschäftsklima im Dienstleistungsgewerbe und jüngste DIHK-Umfrage). Hinzu kommt, dass nach dem Stellenindex der BA die Arbeitskräftenachfrage zuletzt wieder etwas höher ausfiel als im Vormonat. Auch das Vorkrisenniveau wurde deutlich übertroffen.

Der Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland lag im Mai um 1,9 % über dem Vorjahresniveau. Damit lag die Inflationsrate erstmals seit Dezember 2010 wieder unter 2,0 %. Ausschlaggebend für die Beruhigung des Preisklimas war vor allem eine sich abschwächende Teuerung bei den Mineralölprodukten. So lagen die Rohölpreise auf dem Weltmarkt (US-Dollar

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

pro Barrel der Sorte Brent) im Mai rund 4% unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Unter Berücksichtigung der Entwicklung des Euro/Dollar-Wechselkurses gab es jedoch einen Anstieg des Rohölpreises um rund 7%, der allerdings deutlich niedriger ausfiel als noch im 1. Quartal 2012. Auch die Zunahme der Import- und der Erzeugerpreise hat sich weiter abgeflacht. Dämpfend wirkte dabei die rückläufige Teuerungsrate von Energieprodukten. Die Beruhigung des Preisklimas auf den dem Verbrauch vorgelagerten Preisstufen wirkt sich auch auf die Entwicklung der Verbraucherpreise, insbesondere für Kraftstoffe und Heizöl, aus. Zudem lag die Kerninflation mit 1,6% im

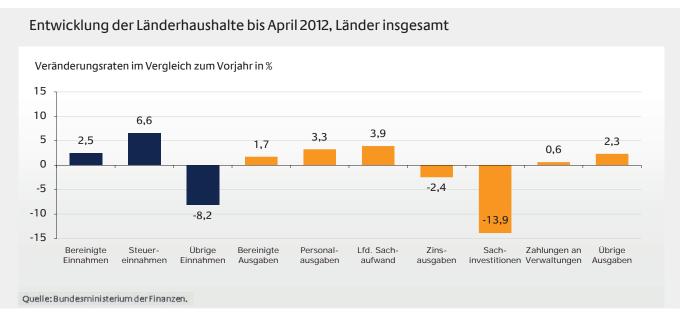
Mai (Inflation ohne Berücksichtigung des Preisniveauanstiegs für Energieprodukte sowie saisonabhängige Nahrungsmittel) weiterhin nur leicht über ihrem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre (1,4%). Die Entwicklung des Verbraucherpreisindex – insbesondere der Kerninflation – zeigt, dass die moderate Zunahme der Lohnstückkosten und die jetzt mehr am trendmäßigen Produktivitätsfortschritt orientierten Lohnsteigerungen kein Inflationsrisiko am aktuellen Rand darstellen. Laut jüngster Umfrage der GfK gehen auch die Konsumenten von einer Entspannung der Verbraucherpreisentwicklung aus.

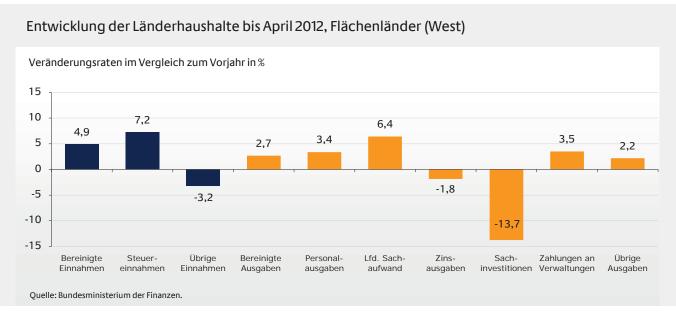
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2012

Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2012

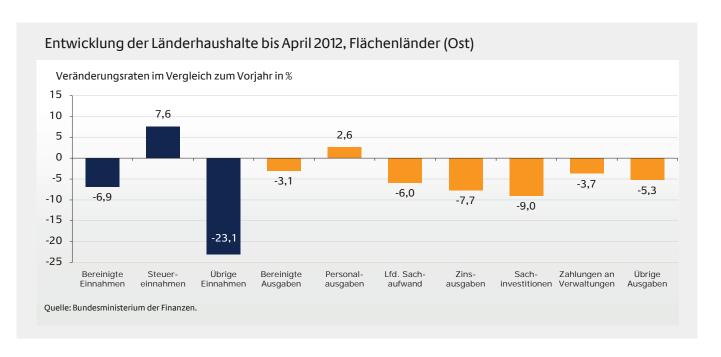
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich April 2012 vor.

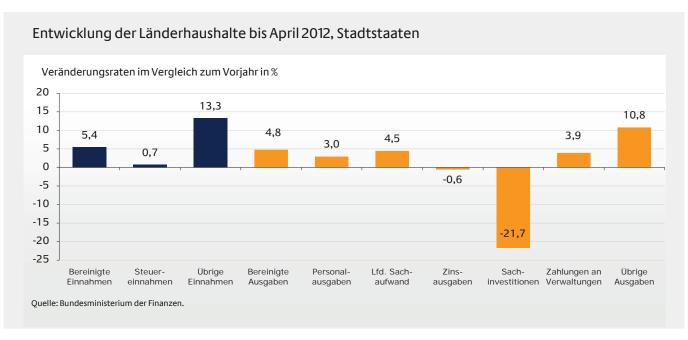
Die Ausgaben der Länder insgesamt erhöhten sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,7 %, während die Einnahmen um 2,5 % anstiegen. Die Steuereinnahmen lagen Ende April um 6,6 % über dem Vorjahreswert. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit beträgt am Ende des Berichtszeitraums rund 8,5 Mrd. € und unterschreitet den Vorjahreswert um rund 0,5 Mrd. €. Derzeit planen die Länder für das Haushaltsjahr 2012 ein Finanzierungsdefizit von rund 15 Mrd. €.





Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2012





TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

21./22. Juni 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Luxemburg
28./29. Juni 2012	Europäischer Rat in Brüssel
9./10. Juli 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
14./15. September 2012	Informeller ECOFIN in Zypern
8./9. Oktober 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Luxemburg
12./.14 Oktober 2012	Jahrestagung von IWF und Weltbank in Tokio
18./19. Oktober 2012	Europäischer Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2013 und des Finanzplans bis 2016

18. Januar 2012	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
bis Ende Februar 2012	Entwicklung des Eckwertebeschlusses und Erarbeitung der Kabinettvorlage durch das BMF
21. März 2012	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss
8. bis 10. Mai 2012	Steuerschätzung in Frankfurt/Oder
24. Mai 2012	Sitzung des Stabilitätsrates
27. Juni 2012	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Juli 2012	Juni 2012	20. Juli 2012
August 2012	Juli 2012	20. August 2012
September 2012	August 2012	21. September 2012
Oktober 2012	September 2012	22. Oktober 2012
November 2012	Oktober 2012	22. November 2012
Dezember 2012	November 2012	21. Dezember 2012

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

¹Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

☐ Analysen und Berichte

Analysen und Berichte

Demografischer Wandel als Chance	33
Konsolidierungsverpflichtungen der Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und	
Schleswig-Holstein	41
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	48

Analysen und Berichte

DEMOGRAFISCHER WANDEL ALS CHANCE

Demografischer Wandel als Chance

"Jedes Alter zählt" - die Demografiestrategie der Bundesregierung

1	Einleitung	33
2	Inhalte und Ziele der Demografiestrategie	
	"Jedes Alter zählt"	34
2.1	Familie als Gemeinschaft stärken	34
2.2	Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten	34
2.3	Selbstbestimmtes Leben im Alter	35
2.4	Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik fördern	35
2.5	Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sichern	36
2.6	Handlungsfähigkeit des Staates erhalten	36
3	Bedeutung der Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen im demografischen Wandel	37
4	Demografiestrategie als Auftakt eines ebenen- und ressortübergreifenden Prozesses	39
5	Schlussfolgerungen	40

- Der demografische Wandel ist gestaltbar und er ist zugleich Katalysator für politisch und gesellschaftlich erforderliche und wünschenswerte Veränderungen. Voraussetzung für das Gelingen ist, dass alle staatlichen Ebenen und gesellschaftlichen Akteure ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger ihre Verantwortung wahrnehmen und sich auf Veränderungen rechtzeitig und aktiv einstellen.
- Solide Staatsfinanzen sind die Grundvoraussetzung für einen handlungsfähigen Staat. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des hieraus resultierenden steigenden Ausgabendrucks hält die Bundesregierung an ihrer Politik der wachstumsfreundlichen Konsolidierung fest.
- Die Demografiestrategie der Bundesregierung zeigt Handlungsfelder auf, in denen Veränderungen angesichts des demografischen Wandels besonders vonnöten sind. Die Strategie ist aber kein Sofortprogramm, sondern der Beginn eines Prozesses, in den alle staatlichen Ebenen und gesellschaftliche Gruppierungen einbezogen werden.

1 Einleitung

Unter der Überschrift "Jedes Alter zählt" hat die Bundesregierung am 25. April 2012 unter Federführung des Bundesministeriums des Innern eine ressort- und ebenenübergreifende Demografiestrategie vorgelegt. Die Strategie basiert auf den Ergebnissen des "Berichts der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes" (Demografiebericht). Der im Oktober 2011 veröffentlichte Demografiebericht beschreibt die aktuelle und absehbare demografische

Entwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2060 und stellt die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die einzelnen Politikfelder systematisch dar. Ausgehend von diesem Bericht zeigt die Demografiestrategie sechs Handlungsfelder auf, in denen die Bundesregierung Veränderungen angesichts des demografischen Wandels für besonders wichtig hält. Ein Handlungsfeld der Demografiestrategie lautet: "Handlungsfähigkeit des Staates erhalten". Grundvoraussetzung hierfür sind solide Staatsfinanzen. Um diese auch in einer älter und zahlenmäßig kleiner werdenden Gesellschaft

Analysen und Berichte

DEMOGRAFISCHER WANDEL ALS CHANCE

gewährleisten zu können, verpflichtet sich die Bundesregierung in der Demografiestrategie dazu, für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sorgen.

2 Inhalte und Ziele der Demografiestrategie "Jedes Alter zählt"

Die Auswirkungen des demografischen Wandels werden in der Bevölkerung häufig mit Sorge betrachtet. Dabei ist die demografische Entwicklung auch Katalysator für politisch und gesellschaftlich erforderliche und wünschenswerte Veränderungen. Ein Beispiel sind die sich verbessernden Chancen für Frauen und ältere Menschen am Arbeitsmarkt, Unternehmen werden familienfreundlicher werden und mehr für die Förderung ihrer älteren Mitarbeiter tun, weil sie auf deren Arbeitskraft nicht mehr verzichten können. Zugleich trägt auch die Zuwanderung qualifizierter Erwerbspersonen zur Stärkung des Arbeitskräftepotenzials bei. Die Hauptbotschaft der Demografiestrategie lautet daher: Der demografische Wandel ist gestaltbar, wenn alle staatlichen Ebenen und gesellschaftlichen Akteure ebenso wie die Bürger ihre Verantwortung wahrnehmen und sich auf Veränderungen rechtzeitig und aktiv einstellen. Die Bundesregierung zeigt in der Demografiestrategie sechs Handlungsfelder auf, in denen sie Veränderungen angesichts des demografischen Wandels für besonders wichtig hält.

Die sechs Handlungsfelder der Demografiestrategie lauten:

- Familie als Gemeinschaft stärken
- Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten
- Selbstbestimmtes Leben im Alter
- Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik fördern

- Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sichern
- Handlungsfähigkeit des Staates erhalten

Zu diesen Handlungsfeldern zeigt die Demografiestrategie konkrete Ziele auf und skizziert Schwerpunktmaßnahmen zu ihrer Verwirklichung. Die Maßnahmen sollen zum Teil noch in dieser Legislaturperiode, zum Teil aber auch erst mittel- und langfristig umgesetzt werden.

2.1 Familie als Gemeinschaft stärken

Die Familie steht im Mittelpunkt der Demografiestrategie. Ziel der Bundesregierung ist die Wahlfreiheit für Eltern und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darüber hinaus will sie die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Familie und Beruf fördern und die Entscheidung für Kinder unterstützen. Um diese Ziele zu erreichen, will die Bundesregierung beispielsweise gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften für eine stärkere Verbreitung familienbewusster Zeiten sorgen, den Ausbau der Kinderbetreuung entsprechend der Zielsetzung des Kinderförderungsgesetzes sicherstellen sowie die Qualifizierung und Gewinnung von Tagespflegepersonen und Fachpersonal für Kindertagesstätten unterstützen. Ansatzpunkte für eine bessere Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen sollen umfassend geprüft und ungewollt kinderlose Paare besser unterstützt werden.

2.2 Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten

Ein Charakteristikum des demografischen Wandels in Deutschland ist, dass der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter deutlich zurückgeht und der Anteil der Älteren zunimmt. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf

DEMOGRAFISCHER WANDEL ALS CHANCE

67 Jahre bis zum Jahr 2029 beschlossen. Um die Arbeitsfähigkeit älterer Menschen zu erhalten und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen, verfolgt die Bundesregierung mit der Demografiestrategie folgende Ziele: Die Gesundheit am Arbeitsplatz soll erhalten und gefördert, Risiken vermieden oder minimiert werden; die Qualifizierung und Weiterbildung im gesamten Lebenslauf sollen ausgebaut und geeignete Rahmenbedingungen für eine längere Lebensarbeitszeit geschaffen werden. Zudem soll die Gesellschaft für eine Kultur des längeren Arbeitens sensibilisiert werden, und die verantwortlichen Akteure sollen ihre Kooperationin diesem Bereich verstärken; Lebensleistung in der Rente soll belohnt und Vorsorge für das Alter honoriert werden. Als eine Schwerpunktmaßnahme hierzu will die Bundesregierung eine gesundheitliche Präventionsstrategie mit dem Schwerpunkt der betrieblichen Gesundheitsförderung auf den Weg bringen. Darüber hinaus will sie Weiterbildungsallianzen mit den Ländern und Sozialpartnern in den Regionen entwickeln. Lebensleistung – langjährige Erwerbsarbeit mit niedrigem Einkommen, Kindererziehung und Pflege – soll in der Rente besser honoriert und der Anreiz zur zusätzlichen Vorsorge soll erhöht werden. Es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, um Rente und Erwerbstätigkeit flexibel zu kombinieren. Darüber hinaus soll es leichter werden, die Arbeitszeit über den gesamten Lebenslauf zu verteilen. Zudem will die Bundesregierung eine ressortübergreifende Initiative zur Förderung eines gesunden und produktiven Arbeitslebens starten und die Entwicklung der alternsgerechten Arbeitswelt sowie die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze unterstützen. Der Dialog über die demografiefeste Gestaltung von Arbeit soll fortgesetzt und intensiviert werden. Ziel ist es, hiermit weitere zukunftsorientierte Tarifverträge zur Bewältigung des demografischen Wandels anzustoßen.

2.3 Selbstbestimmtes Leben im Alter

Um den Menschen bei steigender Lebenserwartung ein selbstbestimmtes

Leben im Alter zu ermöglichen, will die Bundesregierung die Aktivität im Alter fördern und das Leitbild der sorgenden Gemeinschaft etablieren. Es soll gesellschaftliche Teilhabe im Alter ermöglicht und das Engagementpotenzial aller Generationen aktiviert werden. Ziel der Demografiestrategie ist es ebenso, gesundes Altern zu unterstützen sowie eine qualitätsvolle und bedarfsgerechte Pflege und Betreuung zu sichern. Hierzu plant die Bundesregierung die Entwicklung von Eckpunkten für ein langfristiges, strategisches Konzept "Selbstbestimmtes Altern", das u. a. ein selbstbestimmtes Wohnen im vertrauten Umfeld und Mobilität im Alter umfasst. Darüber hinaus soll unter dem Leitbild "Sorgende Gemeinschaften" ein Dialog mit den verantwortlichen Akteuren geführt werden. Thematisiert werden sollen zukunftsweisende Formen der bürgerlichen Mitverantwortung und Teilhabe sowie vorbildliche kommunale beziehungsweise regionale Strukturen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter einschließlich Pflege und Betreuung. Zudem arbeitet die Bundesregierung weiter an der Neuausrichtung der Pflegeversicherung. Dazu gehört auch die Entwicklung eines neuen Begriffs der Pflegebedürftigkeit. Für Menschen mit Demenz will die Bundesregierung eine nationale Allianz ins Leben rufen und die Bildung regionaler Hilfenetze unterstützen. Zudem sollen Pflegeberufe zukunftsgerecht weiterentwickelt werden. Hierzu will die Bundesregierung ein Pflegeberufsgesetz auf den Weg bringen.

2.4 Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik fördern

Regionen und Städte in Deutschland sind sehr unterschiedlich vom demografischen Wandel betroffen. Um die Lebensqualität in ländlichen Räumen und eine integrative Stadtpolitik zu unterstützen, setzt sich die Demografiestrategie folgende Ziele: Unterstützungsmöglichkeiten für Regionen, die vor besonderen demografischen Herausforderungen stehen, sollen besser aufeinander abgestimmt werden;

DEMOGRAFISCHER WANDEL ALS CHANCE

die Attraktivität ländlicher Räume soll bewahrt und die Daseinsvorsorge sowie bedarfsgerechte Mobilität und Kommunikation in den ländlichen Räumen sollen gesichert werden; Städte im demografischen Wandel sollen lebenswert gestaltet und integrative Stadtgesellschaften verwirklicht werden. Hierzu will die Bundesregierung einen nationalen Koordinierungsrahmen entwickeln, der die Unterstützungsmöglichkeiten für Regionen bündelt, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind. Darüber hinaus will sie eine angemessene Förderung strukturschwacher und ländlicher Regionen in der EU-Förderperiode ab dem Jahr 2014 sichern. In der Unterstützung der ländlichen Entwicklung sollen neue Wege erprobt und Klein- und Mittelzentren als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge gestärkt werden. Die Bundesregierung will die Umsetzung der mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz eingeführten Maßnahmen zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung begleiten und ihre Breitbandstrategie gemeinsam mit den Beteiligten zielorientiert weiterentwickeln und effektiv umsetzen. Die verkehrliche Infrastruktur für Mobilität in den ländlichen Räumen soll erhalten werden. Die Bundesregierung will zudem den Nationalen Aktionsplan Integration umsetzen und kommunale Integrationspolitik unterstützen. Die Städtebaupolitik soll verstärkt auf neue Aufgaben im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel und der Förderung der Integration ausgerichtet werden.

2.5 Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sichern

Der demografische Wandel verändert in den nächsten Jahrzehnten in erheblichem Maße die Rahmenbedingungen für Wachstum und Wohlstand. Mit der Demografiestrategie setzt sich die Bundesregierung das Ziel, angesichts der demografisch bedingten Veränderungen die Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand zu sichern. Hierzu sollen Bildungspotenziale entwickelt und ausgeschöpft, ein

ausreichendes Potenzial an gut qualifizierten Arbeitskräften und unternehmerisch tätigen Menschen gesichert sowie Innovationsund Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und Arbeitsproduktivität gesteigert werden. Als Schwerpunktmaßnahmen zur Erreichung dieser Ziele nennt die Demografiestrategie die Erarbeitung einer gemeinsamen Initiative mit den Ländern zur Sprachförderung, Sprachdiagnostik und Leseförderung. Darüber hinaus sollen zur Ausschöpfung des gesamten Ausbildungspotenzials ausbildungsfördernde Leistungen stärker auf benachteiligte Jugendliche ausgerichtet werden. Der Hochschulpakt 2020 für zusätzliche Studienplätze soll umgesetzt und die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Hochschulbereich sollen besser ausgeschöpft werden. Zudem wird die Bundesregierung ihr Fachkräftekonzept jährlich überprüfen und weiterentwickeln. Die Zuwanderung gut qualifizierter ausländischer Fachkräfte will sie durch die Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie erleichtern. Zudem will sie eine neue Willkommenskultur schaffen, um den Standort Deutschland für qualifizierte Menschen attraktiver zu machen. Ziel ist es auch, durch die Verbesserung der Arbeitsvermittlung den europäischen Arbeitsmarkt besser für die Fachkräftesicherung zu nutzen.

2.6 Handlungsfähigkeit des Staates erhalten

Um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten, verpflichtet sich die Bundesregierung in der Demografiestrategie dazu, für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sorgen. Ebenso will sie die öffentliche Verwaltung des Bundes modernisieren und seine Leistungsfähigkeit erhalten. Hierzu will die Bundesregierung im Rahmen eines wachstumsorientierten Konsolidierungskurses und durch Einhaltung der Schuldenregel die Schuldenquote zurückführen und den nationalen Konsolidierungskurs durch Entwicklung einer neuen europäischen Stabilitätskultur ergänzen. Die sozialen Sicherungssysteme sollen – auch zur Wahrung der Generationengerechtigkeit - nachhaltig

DEMOGRAFISCHER WANDEL ALS CHANCE

und demografiefest finanziert werden. Um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung bei veränderten Personalstrukturen zu erhalten, will die Bundesregierung die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als moderner Arbeitgeber erhöhen und die Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung im Blick behalten. Darüber hinaus ist es ihr Ziel, eine an Lebensphasen orientierte Personalpolitik des Bundes zu entwickeln und durch Flexibilisierung des Eintritts in den Ruhestand ein motiviertes, gesundes und längeres Arbeiten zu fördern.

3 Bedeutung der Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen im demografischen Wandel

Solide Staatsfinanzen als Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Staates sind ein zentrales Thema des sechsten Handlungsfeldes der Demografiestrategie "Handlungsfähigkeit des Staates erhalten". Dieses wird im Kontext des Monatsberichts des Bundesministeriums der Finanzen ausführlich dargestellt.

Solide Staatsfinanzen sind eine
Grundvoraussetzung für politische
Gestaltungskraft, Wachstum und
Zukunftsvertrauen. Ohne nachhaltig gesunde
öffentliche Finanzen werden weder die
notwendigen Zukunftsinvestitionen zu leisten
sein noch kann der soziale Schutz gewährleistet
werden, auf den sich die Menschen auch im
demografischen Wandel verlassen können
sollen. Nur generationengerecht ausgestaltete
Staatsfinanzen werden langfristig die
Bereitschaft der Generationen erhalten,
gemeinsam und nicht gegeneinander die
anstehenden Aufgaben anzugehen.

Die Verschuldungsprobleme im Euroraum unterstreichen die große Bedeutung tragfähiger öffentlicher Finanzen eindrucksvoll. In Deutschland belegt die positive wirtschaftliche Entwicklung seit der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise, dass ein glaubwürdiger Konsolidierungskurs zur Stärkung der binnenwirtschaftlichen Wachstumsgrundlagen beiträgt und eine rasche Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen ermöglicht. Um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen, sind jedoch weiterhin erhebliche Anstrengungen erforderlich.

Der demografische Wandel wird sich spürbar auf das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung der öffentlichen Finanzen auswirken. Probleme für die öffentlichen Finanzen ergeben sich dabei mittel- bis langfristig weniger aus dem Bevölkerungsrückgang als aus den Veränderungen in der Altersstruktur unserer Gesellschaft. Der Druck auf die öffentlichen Haushalte wird sich somit unter ansonsten unveränderten Bedingungen in Zukunft tendenziell erhöhen. Um diese Entwicklung abzufedern und damit zugleich Vorsorge für kommende Generationen zu treffen, ist es notwendig, bereits heute geeignete und gezielte Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört zuvorderst die Begrenzung der Staatsverschuldung.

Für die Bundesregierung sind die Maßnahmen zum Kampf gegen die Schuldenkrise im Euroraum zur Sicherung eines strikten Konsolidierungskurses und insbesondere zur umfassenden Verankerung des Prinzips der Nachhaltigkeit in den öffentlichen Haushalten und Sozialversicherungen eine zentrale Säule der Demografiestrategie.

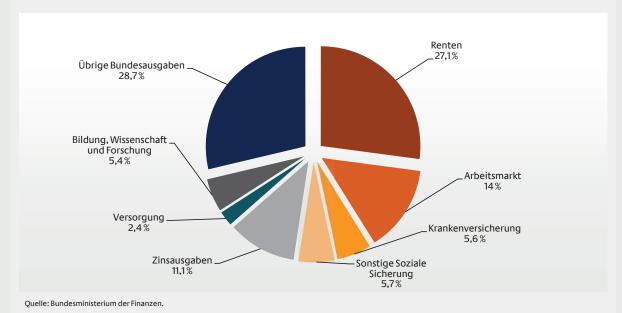
Mit der Einführung der Schuldenregel hat Deutschland bereits im Jahr 2009 den Grundsatz strukturell ausgeglichener Haushalte und damit das Ziel solider öffentlicher Finanzen verbindlich im Grundgesetz verankert und die Fortsetzung des Konsolidierungskurses bei Bund und Ländern institutionell sichergestellt. Auf europäischer Ebene hat sich Deutschland im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des neuen Fiskalvertrags zu einem mittelfristig nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt verpflichtet.

DEMOGRAFISCHER WANDEL ALS CHANCE

Die langfristige Einhaltung der Schuldenregel sichert selbst bei vorsichtigen Wachstumsannahmen eine nachhaltige Rückführung des Schuldenstands im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung. Gleichzeitig wird die relative Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte reduziert. So wird ein wichtiger Beitrag geleistet, um auch zukünftig die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern und den Herausforderungen aus der demografischen Entwicklung begegnen zu können.

Ein großer Teil der Einnahmen und Ausgaben des Staates wird durch die Altersstruktur der Bevölkerung maßgeblich beeinflusst. Ein Blick auf die Struktur des Bundeshaushalts zeigt, dass die altersabhängigen Ausgaben bereits jetzt eine große Bedeutung haben. So lag beispielsweise 2011 der Anteil der Rentenausgaben bei 27,1%





Die von der Europäischen Kommission erstellte und vom Rat der EU-Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) beauftragte langfristige Projektion zu den Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die öffentlichen Finanzen kommt zu dem Ergebnis, dass die demografieabhängigen staatlichen Ausgaben im Vergleich zur Wirtschaftsleistung wie auch in den meisten anderen Mitgliedstaaten weiter anwachsen werden.

Deutschland gehört trotz eines starken Anstiegs des Altenkoeffizienten zu den Ländern, in denen sich die Zunahme der fiskalischen Belastungen im Bereich der Rentenausgaben jedoch in Grenzen hält. Dies ist vor allem eine Folge der durchgeführten Reformen.

Gemessen am BIP werden sich nach der Projektion die Ausgaben für Bildung bis zum Jahr 2030 nur wenig verändern. Dies geht trotz steigender Bildungsausgaben pro Kopf auf die rückläufige Zahl jüngerer Menschen zurück. Zudem ist im Bereich des Arbeitsmarkts mit einem Ausgabenrückgang zu rechnen.

DEMOGRAFISCHER WANDEL ALS CHANCE

Um die Einhaltung dieser Regeln nachhaltig abzusichern, verfolgt die Bundesregierung einen wachstumsorientierten Konsolidierungskurs. Zur Erreichung der quantitativen Konsolidierungsziele ist dabei auch eine stetige Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen das Ziel. Wesentliche Bestandteile dieses Kurses sind eine Begrenzung des Staatskonsums, die Rückführung von Subventionen, eine Erhöhung von Leistungsanreizen und eine gezielte Stärkung der Wachstumskräfte durch Investitionen in Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung sowie Infrastruktur.

Um der Schuldenregel und dem Ziel tragfähiger Staatsfinanzen besser gerecht werden zu können, erfolgt die Aufstellung des Bundeshaushalts und des Finanzplans seit dem Jahr 2011 in einem Top-Down-Verfahren. Mit dem Top-Down-Verfahren kann die Haushalts- und Finanzplanung frühzeitiger und klarer an politischen Prioritäten ausgerichtet werden. Jedem Fachministerium wird ein Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel zugeordnet. Alle finanzwirksamen Vorhaben dieser Strategie müssen sich in dem Rahmen der Eckwerte von Bundeshaushalt und Finanzplan bis 2016 einfügen.

Mit Hilfe von Tragfähigkeitsanalysen, die die langfristige Entwicklung der Staatsfinanzen untersuchen und bestehende "Tragfähigkeitslücken" aufdecken, lassen sich Handlungsfelder identifizieren, um gezielt auf die Herausforderungen des demografischen Wandels zu reagieren und zugleich dauerhaft solide Staatsfinanzen sicherzustellen.

Dies hilft nicht nur bei der Planung des Bundeshaushalts, sondern auch, um deutlich zu machen, wie wichtig eine nachhaltige und demografiefeste Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist. Mit ihren Reformen in der Vergangenheit hat die Bundesregierung bereits wichtige Beiträge zur langfristigen Tragfähigkeit in diesem Bereich geleistet. Die Wahrung der Generationengerechtigkeit in den sozialen Sicherungssystemen ist allerdings eine Aufgabe, die weit über diese Legislaturperiode hinausreicht. Sie bleibt eine fortwährende Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten.

Der nationale Konsolidierungskurs muss durch eine neue europäische Stabilitätskultur ergänzt werden. Die Regeln der Wirtschaftsund Währungsunion wurden gehärtet, und der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde geschärft, um in der Europäischen Union die Grundlagen für nachhaltigen Wohlstand und nachhaltige Staatsfinanzen zu erneuern. Dem ausgeglichenen Haushalt wird dadurch im Euroraum größere Bedeutung beigemessen und der kontrollierte Abbau zu hoher Schuldenstandsquoten verbindlich geregelt. Die Glaubwürdigkeit der neuen Regeln wird durch ein abgestuftes Sanktionsverfahren sichergestellt, und Beschlüsse – etwa über die Verhängung von Bußgeldern – werden künftig leichter gefasst werden können. Nun gilt es, diese neuen Regeln konsequent anzuwenden. Ebenso müssen in denjenigen Ländern, in denen bisher keine entsprechenden nationalen Regelungen geschaffen wurden, der neue europäische Fiskalvertrag in nationales Recht (u. a. durch Einführung von nationalen Schuldenbremsen) umgesetzt und die Varianten von Wirtschaftspolitik in den Euroländern stärker koordiniert werden.

4 Demografiestrategie als Auftakt eines ebenen- und ressortübergreifenden Prozesses

Die Besonderheit der in der
Demografiestrategie benannten
Handlungsfelder besteht darin, dass sie
weder eins zu eins einem bestimmten
Politikbereich zuzuordnen sind noch in der
alleinigen Verantwortung des Bundes liegen.
Ein Beispiel ist der beabsichtigte Ausbau der
Kinderbetreuung. Hier kann der Bund nur in
Kooperation mit den Ländern vorankommen.
Ein anderes Beispiel ist die Schaffung
altersgerechter Arbeitsplätze. Hier ist vor allem

DEMOGRAFISCHER WANDEL ALS CHANCE

die Wirtschaft gefragt. Die Demografiestrategie ist dementsprechend ressort- und ebenenübergreifend angelegt, d. h. sie setzt auf die Zusammenarbeit der Fachministerien auf Bundesebene ebenso wie auf den Dialog mit den anderen Gestaltungspartnern des demografischen Wandels: den Ländern und Kommunen, den Verbänden, Sozialpartnern und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft. Die Strategie ist daher auch kein Sofortprogramm, sondern der Beginn eines Prozesses. Die Bundesregierung wird hierzu einen umfassenden und kontinuierlichen Dialogprozess mit den Gestaltungspartnern initiieren. Dazu beabsichtigt die Bundesregierung, die Gestaltungspartner regelmäßig zu einem Demografiegipfel einzuladen. Zur Vorbereitung dieser Treffen wird die Bundesregierung Arbeitsgruppen mit den jeweils thematisch vorrangig betroffenen Gestaltungspartnern einrichten. Dort wird es vor allem darum gehen, Umsetzungsmöglichkeiten für die in der Demografiestrategie benannten Themen zu erarbeiten und die Gestaltungspartner einzuladen, sich konstruktiv mit eigenen Beiträgen daran zu beteiligen.

5 Schlussfolgerungen

Der demografische Wandel verändert staatliche, gesellschaftliche und persönliche Rahmenbedingungen. Er ist ein Querschnittsthema, das verschiedene Politik- und Lebensbereiche durchzieht. Mit der ressort- und ebenenübergreifenden Demografiestrategie hat die Bundesregierung erstmals einen Ansatz entwickelt, der diesem Charakter eines Querschnittsthemas gerecht wird.

Zwei Botschaften der Demografiestrategie sind finanzpolitisch besonders wichtig. Erstens: Der demografische Wandel geht alle an, seine Gestaltung ist nicht allein Aufgabe des Bundes. Und zweitens: Ohne solide Staatsfinanzen ist kein Staat zu machen; d. h. gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen ist die Bundesregierung gut beraten, an ihrem Kurs der wachstumsfreundlichen Konsolidierung festzuhalten.

Der dritte Tragfähigkeitsbericht des Bundesministeriums der Finanzen vom Oktober 2011 und der Ageing Report 2012 der EU-Kommission zeigen eines ganz deutlich: Der demografische Wandel wird die staatlichen Ausgaben – unter ansonsten unveränderten Rahmenbedingungen – auf ein deutlich höheres Niveau treiben. Und das wird nicht erst in ferner Zukunft, sondern schon mittelfristig spürbar. Insbesondere die altersabhängigen Ausgaben in den demografiesensitiven Bereichen Rente, Gesundheit und Pflege werden weiter ansteigen. Der Anteil der Sozialausgaben an den Gesamtausgaben des Bundeshaushalts ist bereits heute sehr hoch. Ein Vergleich der deutschen Staatsausgabenquote mit dem EU- oder OECD-Durchschnitt zeigt, dass Deutschland gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels keinen Spielraum hat, seine Ausgabenquote weiter zu erhöhen. Sehr wohl möglich und sinnvoll ist es aber, Ausgabenstrukturen zu überdenken mit dem Ziel, Mittel effizienter einzusetzen. Vor diesem Hintergrund ist die Fortführung eines wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurses Bestandteil der Demografiestrategie. Der Bund ist ebenso wie die Länder und Kommunen gefordert, auch in diesem Kontext Einsparpotenziale zu identifizieren und vorhandene Ressourcen effizienter zu nutzen. Viele zur Bewältigung des demografischen Wandels erforderliche gesellschaftliche Veränderungen sind ohnehin nicht einfach durch den Einsatz von mehr finanziellen Mitteln lösbar.

Wenn alle staatlichen Ebenen und gesellschaftlichen Akteure ebenso wie die Bürger ihre Verantwortung wahrnehmen und sich auf Veränderungen rechtzeitig aktiv und kreativ einstellen, dann sind auch die Herausforderungen aus dem demografischen Wandel zu bewältigen, und die daraus erwachsenden Chancen können genutzt werden.

KONSOLIDIERUNGSVERPFLICHTUNGEN DER LÄNDER BERLIN, BREMEN, SAARLAND, SACHSEN-ANHALT UND SCHLESWIG-HOLSTEIN

Konsolidierungsverpflichtungen der Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein

Fünfte Sitzung des Stabilitätsrates am 24. Mai 2012

1	Einleitung	41
2	Konsolidierungsverpflichtungen der Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und	
	Schleswig-Holstein	42
2.1	Konsolidierungshilfengesetz und Verwaltungsvereinbarungen	42
2.2	Definition des strukturellen Finanzierungsdefizits	43
2.3	Konjunkturbereinigungsverfahren	43
2.4	Strukturelle Finanzierungsdefizite der Konsolidierungsländer	44
3	Sanierungsverfahren in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein	45
3.1	Sanierungsberichte der Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein	45
3.2	Beschlüsse des Stabilitätsrates	46
4	Zusammenfassung und Ausblick	47

- Der Stabilitätsrat hat in seiner fünften Sitzung am 24. Mai 2012 auf Grundlage von Konsolidierungsberichten der Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein festgestellt, dass diese Länder im Jahr 2011 ihren Konsolidierungsverpflichtungen nachgekommen sind. Die fünf Länder erhalten damit für das Jahr 2011 Konsolidierungshilfen in Höhe von insgesamt 800 Mio. € zur Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse.
- Die Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein, die sich im Sanierungsverfahren befinden, haben dem Stabilitätsrat über den Stand der Umsetzung konkreter Maßnahmen zur dauerhaften Haushaltssanierung berichtet. Der Stabilitätsrat begrüßt die Sanierungsanstrengungen und fordert die Länder auf, ihren eingeschlagenen Sanierungskurs konsequent fortzuführen.

1 Einleitung

Der Stabilitätsrat ist am 24. Mai 2012 unter dem Vorsitz des nordrhein-westfälischen Finanzministers Dr. Norbert Walter-Borjans und des Bundesfinanzministers Dr. Wolfgang Schäuble zu seiner fünften Sitzung in Berlin zusammengetreten. Er hat festgestellt, dass die Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein (Konsolidierungsländer) im Jahr 2011 die zwischen dem Bund und dem jeweiligen Land vereinbarten jährlichen Obergrenzen des Finanzierungsdefizits eingehalten haben. Die Einhaltung der

Konsolidierungsverpflichtungen ist Voraussetzung für die Auszahlung von Konsolidierungshilfen. Damit erhält Bremen für das Jahr 2011 insgesamt 300 Mio. €, das Saarland 260 Mio. € sowie Berlin, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein jeweils 80 Mio. € finanzielle Unterstützung.

In der fünften Sitzung des Stabilitätsrates im Mai 2012 haben außerdem die Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein über den Stand der Umsetzung ihrer Sanierungsprogramme berichtet. Im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung hatte der Stabilitätsrat im Frühjahr 2011 bei diesen Ländern eine drohende

KONSOLIDIERUNGSVERPFLICHTUNGEN DER LÄNDER BERLIN, BREMEN, SAARLAND, SACHSEN-ANHALT UND SCHLESWIG-HOLSTEIN

Haushaltsnotlage festgestellt. Sie befinden sich seitdem im Sanierungsverfahren.

Der zweite Abschnitt dieses Beitrags widmet sich den Konsolidierungsverpflichtungen gemäß den Verwaltungsvereinbarungen nach dem Konsolidierungshilfengesetz. Besonderes Augenmerk liegt auf der Bestimmung des strukturellen Finanzierungssaldos der Konsolidierungsländer und dem Verfahren zur Bereinigung konjunktureller Effekte. Im dritten Abschnitt wird der Stand der Umsetzung der Sanierungsprogramme auf Grundlage der Sanierungsberichte der Länder Bremen, Berlin, Saarland und Schleswig-Holstein dargelegt.

2 Konsolidierungsverpflichtungen der Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein

2.1 Konsolidierungshilfengesetz und Verwaltungsvereinbarungen

Im Zuge der Föderalismusreform II wurden mit Artikel 109 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 143d Absatz 1 GG neue Regelungen zur Schuldenbegrenzung und zur nachhaltigen Haushaltsentwicklung der Länder geschaffen. Auf Grundlage von Artikel 143d Absatz 2 GG können den Ländern Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein für den Zeitraum von 2011 bis 2019 Konsolidierungshilfen in Höhe von insgesamt 800 Mio. € jährlich gewährt werden. Von den 800 Mio. € entfallen auf Bremen 300 Mio. €, auf das Saarland 260 Mio. € und auf die Länder Berlin, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein jeweils 80 Mio. €. Durch die Konsolidierungshilfen sollen die genannten Länder angesichts ihrer besonders schwierigen Haushaltssituation in die Lage versetzt werden, die Vorgaben der Schuldenbremse (Artikel 109 Absatz 3 GG) im Jahr 2020 zu erfüllen. Im Gegenzug sind die Länder dazu verpflichtet, im Zeitraum

von 2011 bis 2020 das strukturelle Defizit des Jahres 2010 vollständig abzubauen.

Im Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen (Konsolidierungshilfengesetz) werden die bundesgesetzlichen Vorgaben für die Gewährung der Konsolidierungshilfen geregelt. Die Vorgaben wurden im Einzelnen in Verwaltungsvereinbarungen zum Konsolidierungshilfengesetz zwischen dem Bund und den fünf Ländern präzisiert.

Voraussetzung für den Erhalt der Hilfen ist die Einhaltung eines Konsolidierungspfades, der eine vollständige Rückführung des strukturellen Finanzierungsdefizits in gleichmäßigen Schritten bis 2020 vorsieht. Ausgangswert des Abbaupfades ist das strukturelle Finanzierungsdefizit des Jahres 2010, das jährlich um ein Zehntel reduziert werden muss. Der Stabilitätsrat überwacht die Einhaltung der vorgegebenen Konsolidierungsverpflichtungen. Nach Ablauf eines Kalenderjahres stellt er fest, ob die vorgegebene Obergrenze des Finanzierungsdefizits unterschritten wurde. Im Fall einer Überschreitung prüft er auf Antrag des jeweiligen Landes, ob diese auf eine besondere Ausnahmesituation zurückzuführen und daher unbeachtlich ist. Verfehlt ein Land sein Konsolidierungsziel in einem Jahr, wird es vom Stabilitätsrat verwarnt und verliert den Anspruch auf Konsolidierungshilfen für dieses Jahr.

Die Auszahlung des Jahresbetrages der Konsolidierungshilfe erfolgt durch das Bundesministerium der Finanzen zu zwei Dritteln zum 1. Juli des laufenden Jahres und zu einem Drittel zum 1. Juli des Folgejahres.

Die Einhaltung der Konsolidierungsverpflichtungen im Jahr 2011 wurde durch den Stabilitätsrat am 24. Mai 2012 auf Grundlage von Konsolidierungsberichten geprüft, die Ende April von den fünf Ländern vorgelegt wurden. In den Berichten sind das jeweilige strukturelle Finanzierungsdefizit dieser Länder und die Einhaltung der Obergrenzen für das Berichtsjahr dargelegt (Abschnitt 2.4).

KONSOLIDIERUNGSVERPFLICHTUNGEN DER LÄNDER BERLIN, BREMEN, SAARLAND, SACHSEN-ANHALT UND SCHLESWIG-HOLSTEIN

2.2 Definition des strukturellen Finanzierungsdefizits

Ausgangswert für die Bestimmung des strukturellen Finanzierungssaldos ist der Finanzierungssaldo einschließlich Auslaufperiode in Abgrenzung der vierteljährlichen Kassenstatistik des Statistischen Bundesamtes.

Um eine an die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts angenäherte Darstellung des Finanzierungssaldos zu erreichen, wird der finanzstatistische Finanzierungssaldo um den Saldo der finanziellen Transaktionen bereinigt. Als finanzielle Transaktionen sind auf der Einnahmeseite Veräußerungen von Beteiligungen, Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich sowie Darlehensrückflüsse definiert, auf der Ausgabenseite der Erwerb von Beteiligungen, Tilgungen an den öffentlichen Bereich und die Darlehensvergabe. Für eine periodengerechte Darstellung wird der Finanzierungssaldo zudem um die systembedingt zeitlich nachlaufende Abrechnung des Länderfinanzausgleichs korrigiert. Der Finanzierungssaldo muss außerdem um die Konsolidierungshilfen reduziert werden, da diese keine strukturellen Einnahmen darstellen. Die Vorgaben zum Defizitabbau gelten nicht nur für den Kernhaushalt, sondern auch für alle Extrahaushalte mit eigener Kreditermächtigung eines Landes, die statistisch dem Sektor Staat zugeordnet werden.

In einem letzten Schritt wird der Finanzierungssaldo um unmittelbar konjunkturell bedingte Effekte bereinigt. Den Konsolidierungsländern wird damit in Einklang mit Artikel 109 Absatz 3 GG ein "Atmen mit der Konjunktur" ermöglicht. Das strukturelle Defizit liegt um konjunkturbedingte Mindereinnahmen unter dem Finanzierungsdefizit und um konjunkturbedingte Mehreinnahmen über dem Finanzierungsdefizit.

2.3 Konjunkturbereinigungsverfahren

Ex-post-Konjunkturkomponente

Konjunkturell bedingte Effekte sind keine direkt beobachtbaren Größen.
Sie müssen mit Hilfe eines geeigneten Konjunkturbereinigungsverfahrens geschätzt werden. Im Rahmen der Verwaltungsvereinbarungen haben sich Bund und Konsolidierungsländer auf ein einfaches und pragmatisches Regelwerk der Konjunkturbereinigung verständigt, das den Konsolidierungsländern hohe Planungssicherheit bietet. Mit dem Verfahren können jedoch – wie mit allen anderen Verfahren – nur näherungsweise die konjunkturellen Effekte bestimmt werden.

Das vereinbarte Konjunkturbereinigungsverfahren knüpft an das Verfahren des Bundes an, das sogenannte Produktionsfunktions-Verfahren, das auch im Rahmen der Haushaltsüberwachung auf europäischer Ebene Anwendung findet. Danach sind konjunkturbedingte Schwankungen des Finanzierungssaldos auf Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials zurückzuführen. Anders als beim Bund wird aber davon ausgegangen, dass in den Landeshaushalten nur die Steuereinnahmen. jedoch nicht die Ausgaben, durch konjunkturelle Schwankungen beeinflusst werden. Unterschiedliche konjunkturbedingte Entwicklungen der Steuereinnahmen in den einzelnen Ländern werden durch die Wirkungen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs weitgehend ausgeglichen. Um ausreichende Planungssicherheit für die Länder zu gewährleisten, wird zusätzlich, abweichend vom Bundesverfahren, die tatsächliche Entwicklung der Steuereinnahmen bei der Ermittlung der Konjunkturkomponente berücksichtigt.

Die Höhe des gesamten konjunkturellen Effekts, die sogenannte Ex-post-Konjunkturkomponente, setzt sich

KONSOLIDIERUNGSVERPFLICHTUNGEN DER LÄNDER BERLIN, BREMEN, SAARLAND, SACHSEN-ANHALT UND SCHLESWIG-HOLSTEIN

dementsprechend aus einer Ex-ante-Konjunkturkomponente und der Steuerabweichungskomponente zusammen.

Ex-ante-Konjunkturkomponente

Die Ex-ante-Konjunkturkomponente ist Planungsgrundlage für die Haushaltsaufstellung und wird zum jeweiligen Beginn der Haushaltsaufstellung auf Basis des Produktionsfunktions-Verfahrens ermittelt. Hierbei wird eine Produktionslücke geschätzt, die die Abweichung des BIP von der Normalauslastung des Produktionspotentials darstellt. Aus der Multiplikation dieser absoluten nominalen Produktionslücke mit einer empirisch ermittelten Budgetsensitivität lässt sich die Konjunkturkomponente der Ländergesamtheit bestimmen. Diese wird dann entsprechend dem Anteil eines Landes an den Steuereinnahmen der Ländergesamtheit auf die Länder aufgeteilt.

Steuerabweichungskomponente

Die Steuerabweichungskomponente eines Landes errechnet sich als Differenz zwischen den tatsächlichen Steuereinnahmen und den zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung geschätzten Steuereinnahmen. Sie muss zusätzlich um die Auswirkungen von Rechtsänderungen bereinigt werden, die in dem betrachteten Jahr zwar kassenwirksam werden, zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung jedoch noch nicht berücksichtigt wurden.

2.4 Strukturelle Finanzierungsdefizite der Konsolidierungsländer

Für das Jahr 2011 sind für die Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein folgende strukturelle Finanzierungssalden berechnet worden (siehe Tabelle 1).

Aus dem Vergleich der strukturellen Finanzierungssalden mit den Defizitobergrenzen gemäß den Verwaltungsvereinbarungen wird ersichtlich, dass jedes Land die Konsolidierungsverpflichtung für das Jahr 2011 eingehalten hat. Damit kann den Ländern Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein zum 1. Juli jeweils das letzte Drittel ihrer Konsolidierungshilfen für das Jahr 2011 ausgezahlt werden.

Tabelle 1: Struktureller Finanzierungssaldo gemäß den Verwaltungsvereinbarungen zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen (in Mio. €).

Struktureller Finanzierungssaldo	Berlin	Bremen	Saarland	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein
Finanzierungssaldo gemäß SFK-3 inkl. Auslaufperiode	-1 114,3	- 600,7	- 399,9	- 174,6	- 690,3
- Saldo der finanziellen Transaktionen	- 56,7	-2,2	-38,5	18,7	- 29,8
+ Saldo der periodengerechten Abrechnung des Finanzausgleichs	550,3	- 32,1	- 30,5	-36,4	129,7
- Einnahmen aus der Konsolidierungshilfe	53,3	200,0	173,3	53,3	53,3
+ Finanzierungssalden der Einrichtungen mit eigener Kreditermächtigung	0,0	54,7	-264,4	0,0	0,0
- Ex post-Konjukturkomponente	645,6	168,8	163,0	313,6	378,5
= Struktureller Finanzierungssaldo	-1 206,3	- 944,8	- 992,6	- 596,6	- 962,6
nachrichtlich: Obergrenzen des Finanzierungssaldos gemäß Verwaltungsvereinbarung zu den Konsolidierungshilfen	-1 810,4	-1 128,2	-1 122,8	- 599,2	-1 185,8

KONSOLIDIERUNGSVERPFLICHTUNGEN DER LÄNDER BERLIN, BREMEN, SAARLAND, SACHSEN-ANHALT UND SCHLESWIG-HOLSTEIN

3 Sanierungsverfahren in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein

In der vierten Sitzung des Stabilitätsrates im Dezember 2012 hatte der Stabilitätsrat mit den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein Sanierungsprogramme vereinbart. Die vier Sanierungsländer haben dem Stabilitätsrat zur Sitzung am 24. Mai 2012 ihre Sanierungsberichte vorgelegt. Die Berichte zeigen den Stand der Umsetzung der Sanierungsprogramme auf und konkretisieren beziehungsweise aktualisieren die Sanierungsplanungen. Der vom Stabilitätsrat eingesetzte Evaluationsausschuss, dem die Finanzstaatssekretäre des Bundes und der Länder Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen angehören, hat diese Berichte eingehend geprüft und bewertet.

3.1 Sanierungsberichte der Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein

Berlin

Der Sanierungsbericht Berlins legt auf Grundlage des vom Berliner Senat beschlossenen Entwurfs des Haushalts 2012/2013 dar, dass die voraussichtliche Nettokreditaufnahme von 1270 Mio. € im Jahr 2011 schrittweise auf 247 Mio. € im Jahr 2016 reduziert werden soll. Dabei wurde die geplante Nettokreditaufnahme gegenüber der ursprünglichen Planung vom letzten Jahr in allen Jahren verringert.

Der Evaluationsausschuss hat den Bericht des Landes Berlin bewertet: Der Sanierungsbericht Berlins zeigt auf, dass der Berliner Senat mit dem im Januar 2012 beschlossenen Entwurf des Haushalts für die Jahre 2012/2013 im Wesentlichen an den im Sanierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen festhält. Neue den Haushalt belastende Maßnahmen sind aus dem Bericht nicht ersichtlich. Ab 2014 ist gegenüber

dem Sanierungsprogramm vom Oktober 2011 jedoch eine zunehmende Erhöhung der Ausgaben (konsumtive Sachausgaben und Personalausgaben) zu erkennen, die ab 2015 die erwarteten Steuermehreinnahmen in etwa ausgleichen. Der gegen Ende des Planungszeitraums bestehende Handlungsbedarf zur Einhaltung der Berlininternen Ausgabenlinie von 0,3 % ist damit auch mit der von Berlin vorgenommenen Anrechnung der einnahmeseitigen Maßnahmen – deutlich gestiegen. Angesichts dessen, dass die für 2012 und 2013 vorgesehene Ausgabenentwicklung weitgehend dem im Sanierungsprogramm vom Oktober 2012 angelegten Pfad folgt und mit der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes zum 1. April 2012 eine zusätzliche Maßnahme zur strukturellen Entlastung auf der Einnahmeseite beschlossen wurde, dürfte der Sicherheitsabstand zwischen der Sanierungsplanung und den Obergrenzen der Nettokreditaufnahme weiterhin ausreichend sein, um in einem gewissen Umfang Abweichungen von den Planungen auszugleichen.

Bremen

Bremen hat eine aktualisierte Sanierungsplanung auf Grundlage des vom Bremer Senat im Februar 2012 beschlossenen Entwurfs des Doppelhaushalts 2012/2013 vorgelegt. Diese sieht vor, die Nettokreditaufnahme von 546 Mio. € im Jahr 2011 bis auf 80 Mio. € im Jahr 2016 zu reduzieren. Die Einnahmen nehmen jahresdurchschnittlich um 2,7% zu. Der Ausgabenanstieg soll auf jahresdurchschnittlich 0,8 % begrenzt werden. Die in der Sanierungsplanung vorgesehene Nettokreditaufnahme bleibt unterhalb der vereinbarten Kreditobergrenze. Der Sicherheitsabstand zur maximal zulässigen Nettokreditaufnahme liegt auf Grundlage des aktualisierten Sanierungsprogramms in allen Jahren über 150 Mio €.

Der Evaluationsausschuss kommt zu folgendem Fazit: Der Stabilitätsrat hatte Bremen am 1. Dezember 2011 aufgefordert,

KONSOLIDIERUNGSVERPFLICHTUNGEN DER LÄNDER BERLIN, BREMEN, SAARLAND, SACHSEN-ANHALT UND SCHLESWIG-HOLSTEIN

die in dem Sanierungsprogramm vom Oktober 2011 dargelegten Maßnahmen mit dem vorgelegten Sanierungsbericht deutlich zu konkretisieren. Bremen ist dieser Aufforderung grundsätzlich nachgekommen. Es ist wünschenswert, die Transparenz hinsichtlich des Sanierungskonzepts und der Sanierungsmaßnahmen in den zukünftigen Berichten weiter zu verbessern. Die finanzwirtschaftliche Lage hat sich allgemein gebessert und ermöglicht eine schnellere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Bremen weist in seinem konkretisierten Sanierungsprogramm nun durchgehend einen Sicherheitsabstand auf, der es erlaubt, einzelne Abweichungen von den Planungen auszugleichen. Um eine dauerhafte Sanierung des Landeshaushalts zu erreichen, bleibt es erforderlich, auf der Ausgabenseite einen strikten Sparkurs zu verfolgen und sämtliche Steuermehreinnahmen konsequent zur Verringerung der Nettokreditaufnahme einzusetzen.

Saarland

Das Saarland zeigt in seinem Sanierungsbericht auf, dass mit der Einbringung des Haushaltsplans 2011 bereits im Jahr 2010 eine Reihe von Maßnahmen beschlossen wurde, die den Haushalt im Jahr 2011 und in den Folgejahren erheblich entlasten sollen.

Der Evaluationsausschuss hat den Sanierungsbericht bewertet: Der Sanierungsbericht des Saarlandes vom April 2012 legt dar, dass das Land für die Jahre 2011 und 2012 alle im Sanierungsprogramm vom Oktober 2011 vorgesehenen Maßnahmen umgesetzt hat. Aufgrund der noch zu konkretisierenden Sanierungsmaßnahmen für die Jahre 2014 bis 2016 in einer Größenordnung von 27 Mio. € im Jahr 2014 bis knapp 260 Mio. € im Jahr 2016 besteht allerdings angesichts der bisher erzielten Entlastung in Höhe von 94 Mio. € – ein erheblicher Handlungsbedarf, der in den nächsten Berichten noch auszufüllen sein wird. Die neue Landesregierung hat im Koalitionsvertrag

vereinbart, den Konsolidierungskurs des Landes fortzusetzen und einen jährlichen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 65 Mio. € zu erbringen. Mit der Konkretisierung und Umsetzung des Konsolidierungsbeitrags kann ein notwendiger Schritt zur nachhaltigen Sanierung des Landeshaushalts getan werden.

Schleswig-Holstein

Der Sanierungsbericht Schleswig-Holsteins stellt dar, dass im Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012 bereits die wesentlichen im vergangenen und in diesem Jahr vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen enthalten sind. Der Bericht stellt die Umsetzung dieser Maßnahmen dar.

Der Evaluationsausschuss hat das aktualisierte Sanierungsprogramm geprüft und festgestellt: Der Sanierungsbericht des Landes Schleswig-Holstein vom April 2012 legt dar, dass das Land für die Jahre 2011 und 2012 alle im Sanierungsprogramm vom Oktober 2011 vorgesehenen Maßnahmen umgesetzt hat. Zur Verbesserung der Nettokreditaufnahme trägt auch die positive Entwicklung der Steuereinnahmen bei, worauf das Land auch hinweist. Die Ausgaben liegen aufgrund durchgeleiteter Mittel leicht oberhalb der bisherigen Planung. Wenn der eingeschlagene Sanierungspfad konsequent weiterverfolgt wird, erscheint der Sicherheitsabstand derzeit ausreichend, um überschaubare Abweichungen von den Planungen auszugleichen. Es wird Aufgabe der zukünftigen Landesregierung sein, den eingeschlagenen Sanierungskurs konsequent fortzusetzen und im Rahmen des Doppelhaushalts 2013/2014 mit weiteren konkreten Konsolidierungsmaßnahmen zu unterlegen.

3.2 Beschlüsse des Stabilitätsrates

Der Stabilitätsrat hat in seiner fünften Sitzung auf Grundlage der Bewertungen durch den Evaluationsausschuss die Sanierungsberichte zur Kenntnis genommen. Er weist die vier Sanierungsländer darauf

KONSOLIDIERUNGSVERPFLICHTUNGEN DER LÄNDER BERLIN, BREMEN, SAARLAND, SACHSEN-ANHALT UND SCHLESWIG-HOLSTEIN

hin, dass eine nachhaltige Sanierung des Haushalts nur gelingen kann, wenn die erwarteten Steuermehreinnahmen auch weiterhin nicht zu entsprechenden Ausgabensteigerungen genutzt werden. Bei Bremen erkennt der Stabilitätsrat die Konsolidierungsanstrengungen an und fordert das Land auf, seinen Kurs verstärkt fortzusetzen. Der Stabilitätsrat bittet das Land, die Transparenz in den zukünftigen Berichten hinsichtlich des Sanierungskonzepts und der Sanierungsmaßnahmen weiter zu verbessern.

4 Zusammenfassung und Ausblick

Die Beschlussfassungen des Stabilitätsrates am 24. Mai 2012 zur Einhaltung der Konsolidierungsverpflichtungen gemäß Konsolidierungshilfengesetz und zur Umsetzung der Sanierungsprogramme belegen, dass die betroffenen Länder die notwendigen Schritte zur Rückführung ihrer Finanzierungsdefizite beziehungsweise zur Sanierung ihrer Haushalte eingeleitet haben. Es gilt nun für diese Länder, wie vom Stabilitätsrat gefordert, den Konsolidierungskurs weiter fortzusetzen und Sanierungsmaßnahmen konsequent umzusetzen.

In der nächsten Sitzung des Stabilitätsrates im Herbst 2012 müssen die vier Sanierungsländer Berichte vorlegen, in denen die ergriffenen und noch geplanten Maßnahmen im Einzelnen detailliert aufgezeigt und die finanziellen Auswirkungen quantifiziert werden. Eine Prüfung der Einhaltung der Konsolidierungsverpflichtungen der fünf Konsolidierungsländer im Jahr 2012 durch den Stabilitätsrat erfolgt im Mai 2013.

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

Kurzfassung der Broschüre "Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2011"

1	Einleitung	48
2	Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen	48
3	Steuerliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften	50
3.1	Körperschaftsteuertarife	50
3.2	Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer	53
3.3	Abschreibungsmöglichkeiten	55
4	Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen	57
5	(Lohn-)Steuer- und Abgabenbelastung von Arbeitnehmern 2010	59
6	Besteuerung des Finanzsektors	61
7	Umsatzsteuersätze	61
8	Fazit	61

- Die deutsche Abgabenquote d. h. die Belastung durch Steuern und Beiträgen zur Sozialversicherung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt - ist im Jahr 2010 auf 36,3 % leicht gesunken. Im internationalen Vergleich befindet sie sich damit im Mittelfeld.
- Durch die Absenkung des deutschen K\u00f6rperschaftsteuersatzes im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 ist Deutschland international deutlich wettbewerbsf\u00e4higer.

1 Einleitung

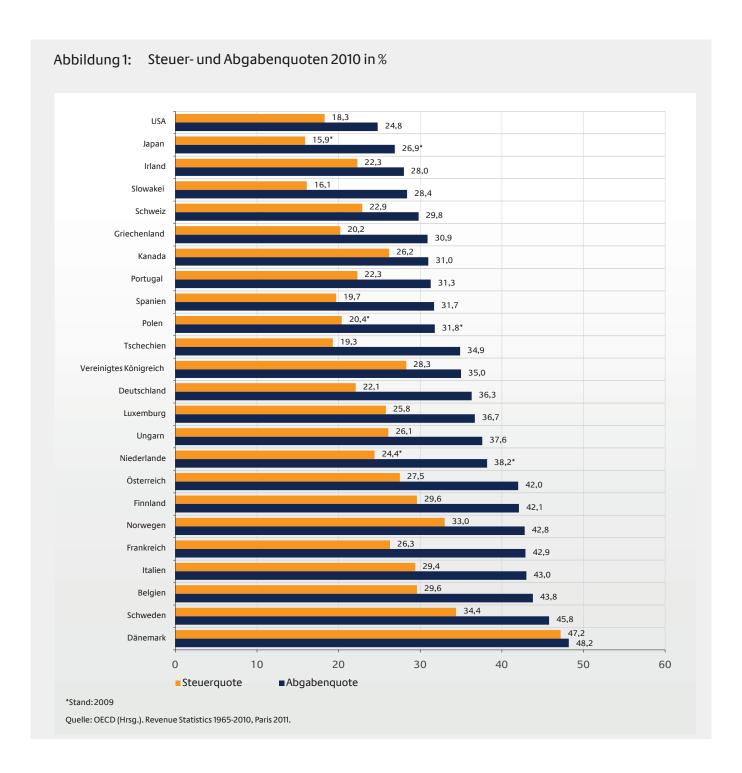
Der folgende Beitrag stellt einige Vergleiche zur internationalen Besteuerung an. Diese erstrecken sich grundsätzlich auf alle EU-Staaten und einige andere ausgewählte Industriestaaten (die USA, Kanada, Japan, die Schweiz und Norwegen). Sie beschreiben den Rechtsstand zum Ende des Jahres 2011 und enthalten dem Stichtagsprinzip folgend keine Maßnahmen, die bisher lediglich angekündigt oder beschlossen wurden, sich jedoch erst ab 2012 auswirken werden.

2 Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

Um die nationale Belastung durch (in einer Volkswirtschaft gezahlte) Steuern festzustellen, werden sogenannte Steuerquoten ermittelt. Die Aussagekraft dieser Steuerquoten ist aber begrenzt, weil die in den Vergleich einbezogenen Staaten ihre staatlichen Sozialversicherungssysteme in unterschiedlichem Ausmaß über eigenständige Beiträge (die nicht in der Steuerquote enthalten sind) oder aus allgemeinen Haushaltsmitteln – und damit über entsprechend hohe Steuern – finanzieren. Erst die Abgabenquote, die die Belastung durch Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung in Relation zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt darstellt, macht die Belastung mit Steuern und Abgaben international vergleichbar.

Abbildung 1 zeigt, dass insbesondere in den skandinavischen Staaten, aber auch in Belgien, Frankreich, Italien und Österreich die Abgabenquote vergleichsweise hoch ist (> 40 %), während die USA, Irland, die Slowakei und die Schweiz relativ niedrige

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH



DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Abgabenquoten aufweisen (<30%). Die deutsche Abgabenquote ist im Vergleich zum Vorjahr (37,0%) leicht auf 36,3% gesunken. Die niedrigste Abgabenquote haben wie bereits im vergangenen Jahr mit 24,8% die USA, die höchste Abgabenquote findet sich ebenfalls unverändert zum Vorjahr mit 48,2% in Dänemark. Die deutsche Steuerquote ist im Vergleich zum Vorjahr leicht von 22,6% auf 22,1% gesunken. Auch hier rahmen die USA im unteren und Dänemark am oberen Rand das Feld der Vergleichsstaaten ein. Es sei darauf hingewiesen, dass hohe Abgabenquoten meist gut ausgebaute Sozial-und Altersversicherungssysteme finanzieren.

3 Steuerliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften

Die nominale Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften lässt sich leicht anhand der Steuergesetze feststellen. Ihr kann eine bedeutende Signalfunktion bei der internationalen Verteilung von Buchgewinnen und Verlusten zugesprochen werden. Die tatsächliche oder auch effektive Steuerbelastung ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Steuerbemessungsgrundlage und Steuersatz. Im Folgenden werden die Steuersätze und Eckpunkte der Bemessungsgrundlagen verglichen.

3.1 Körperschaftsteuertarife

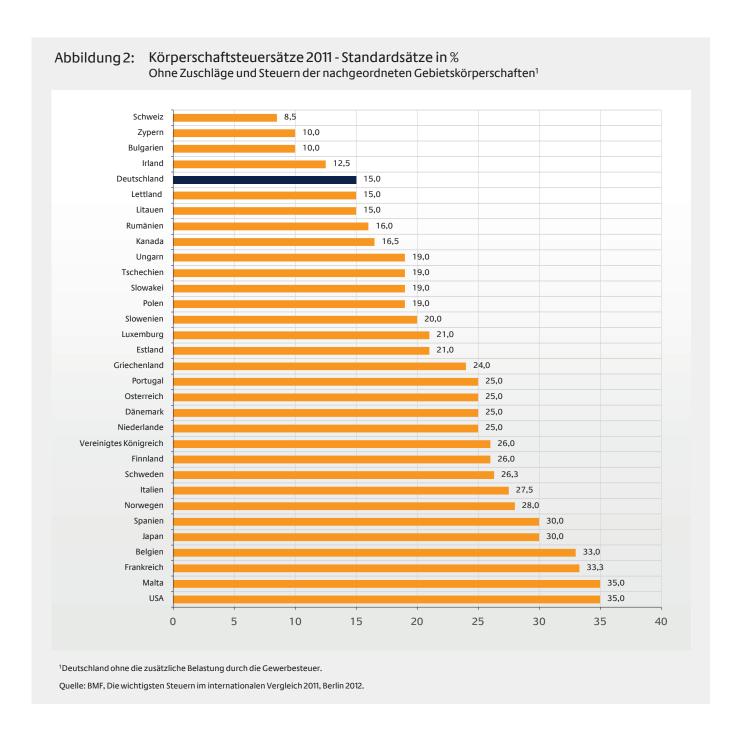
Um Doppelbelastungen ausgeschütteter Gesellschaftsgewinne durch die Körperschaftsteuer der Gesellschaft und die Einkommensteuer des Anteilseigners zu verhindern oder zumindest abzumildern, haben inzwischen fast alle Staaten Systeme zur Entlastung der Dividenden beim Anteilseigner eingeführt. Von den europäischen Staaten sehen Irland und die Schweiz keine Entlastung ausgeschütteter Gewinne auf der Ebene des Anteilseigners vor (klassische Systeme ohne Tarifermäßigung). Diese Staaten haben aber als Ausgleich nach wie vor vergleichsweise

niedrige allgemeine Körperschaftsteuertarife. Drei Staaten besteuern die Gewinne nur bei der Gesellschaft, sodass Dividenden beim Anteilseigner steuerfrei bleiben (Estland, die Slowakei und Zypern). Zum gleichen wirtschaftlichen Ergebnis kommt auch Malta, indem die Körperschaftsteuer auf ausgeschüttete Gewinne dem Einkommensteuersatz auf Dividenden entspricht und voll auf die Einkommensteuer angerechnet wird (sogenanntes Vollanrechnungsverfahren).

Im Vergleich zum Vorjahr blieben die (nominalen) Körperschaftsteuersätze weitgehend unverändert. Abbildung 2 zeigt die geltenden Körperschaftsteuersätze (ohne Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften). Seit der Absenkung des deutschen Körperschaftsteuersatzes im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 auf 15 % ist die Stellung Deutschlands im internationalen Vergleich deutlich wettbewerbsfähiger.

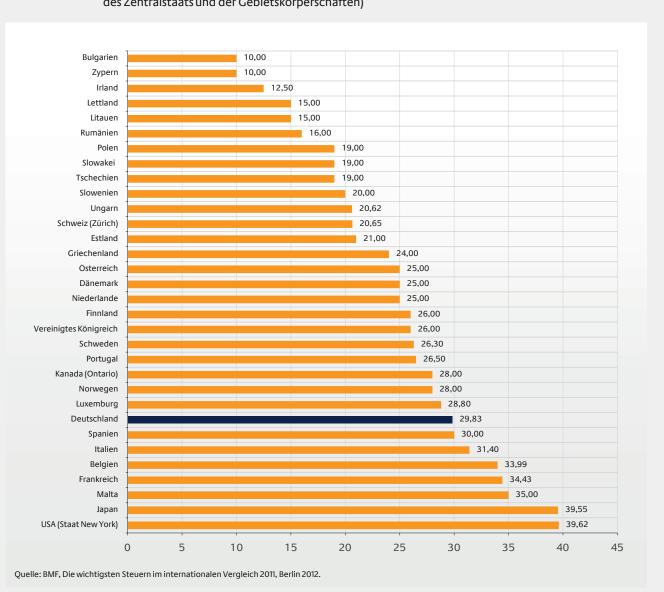
Über die Körperschaftsteuer hinaus erheben in mehreren Staaten die Unterverbände (Einzelstaaten, Provinzen, Regionen, Gemeinden usw.) eigene Körperschaftsteuern oder ihnen ähnliche Steuern, wie in Deutschland und Luxemburg die Gewerbesteuer. Hinzu kommen vielfach Zuschläge und Ähnliches des Zentralstaats und/oder der Gebietskörperschaften. Die Höhe all dieser die Kapitalgesellschaften belastenden Unternehmensteuern, die vom Gewinn als Bemessungsgrundlage ausgehen, sind in Abbildung 3 dargestellt. Zu beachten ist, dass die von lokalen Gebietskörperschaften erhobenen Steuern von der Steuerbemessungsgrundlage der übergeordneten Gebietskörperschaften in manchen Staaten abzugsfähig sind (z. B. in der Schweiz und den USA). Die Gesamtsteuerbelastung auf Unternehmensebene ergibt sich dann nicht als einfache Addition der nominalen Steuersätze der einzelnen Steuern. Bis 2008 minderte die Gewerbesteuer auch in Deutschland als Betriebsausgabe die Bemessungsgrundlage. Um die Transparenz der Besteuerung zu erhöhen (additive Steuerbelastungsermittlung)

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH



DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Abbildung 3: Unternehmensbesteuerung 2011 im internationalen Vergleich Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften 2011 (nominal) in % (Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften)



DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

und die Finanzströme der unterschiedlichen öffentlichen Gebietskörperschaftsebenen zu entflechten, ist die Gewerbesteuer nicht mehr als Betriebsausgabe abziehbar. Die steuertarifliche Gesamtbelastung von Kapitalgesellschaften reicht von 10 % in Bulgarien und Zypern bis fast 40 % in den USA. Deutschland bleibt knapp unter der im internationalen Vergleich wichtigen Marke von 30 %.

3.2 Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die tatsächliche steuerliche Belastung von Unternehmen hat auch die in Tabelle 1 dargestellte periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer in Form des Verlustrückbeziehungsweise Verlustvortrags. Hierbei weisen die einzelnen Staaten sehr unterschiedliche Regelungen auf. So sind die überperiodischen Verlustausgleichsregeln

in den meisten Staaten, verglichen mit Deutschland, als restriktiver zu bezeichnen. Dies zeigt sich vor allem daran, dass viele Staaten keinen Verlustrücktrag kennen. In Deutschland, aber auch in Frankreich, Irland, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Japan, Kanada und den USA führt die Möglichkeit, Verluste rückzutragen, zu einer Liquiditätszufuhr in wirtschaftlich weniger ertragsreichen Zeiten. Der Verlustvortrag ist in den meisten Staaten auf fünf bis sieben Jahre befristet. In einigen Staaten ist es deutlich länger möglich, Verluste vorzutragen. Zum Teil ist der Verlustvortrag sogar zeitlich unbegrenzt gestattet. Eine zeitliche Begrenzung des Verlustvortrags hat zur Folge, dass die Verlustvorträge in außergewöhnlich langen rezessiven Phasen für die steuerliche Berücksichtigung verloren gehen können. Deutschland, Österreich und Polen beschränken die Verrechnung von Verlusten der Höhe nach (Mindestbesteuerung).

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Tabelle 1: Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer 2011

Staaten	Verlustrücktrag	Verlustvortrag
EU-Staaten		
Belgien	-	Unbegrenzt
Bulgarien	-	5 Jahre
Dänemark	-	Unbegrenzt
Deutschland	1 Jahr (begrenzt auf 511 500 €)	Unbegrenzt (bis zu 1 Mio. € pro Jahr voll abzugsfähig, darüber hinaus Verrechnung nur bis zu 60 % der 1 Mio. € übersteigenden Einkünfte)
Estland	Keine Regelung erforderlich	Keine Regelung erforderlich
Finnland	-	10 Jahre
Frankreich ¹	1 Jahr (begrenzt auf 1 Mio. €, Verlustrücktrag führt zu Steuergutschrift, die in den darauf folgenden 5 Jahren mit künftigen Steuerschulden verrechnet wird und deren Restbetrag im 6. Jahr erstattet wird)	Unbegrenzt (bis zu 1 Mio. € pro Jahr voll abzugsfähig, darüber hinaus Verrechnung nur bis zu 60 % der 1 Mio. € übersteigenden Einkünfte)
Griechenland	-	5 Jahre
Irland	1 Jahr (bei Betriebsaufgabe 3 Jahre)	Unbegrenzt (für Verluste aus der gleichen Quelle)
Italien	-	Unbegrenzt (Verrechnung von Verlustvorträgen nur bis zu 80% der jährlichen Einkünfte; Rest wird weiter vorgetragen)
Lettland	-	8 Jahre
Litauen	-	Unbegrenzt
Luxemburg	-	Unbegrenzt
Malta	-	Unbegrenzt
Niederlande	1 Jahr (für Verluste aus dem Steuerjahr 2011 über 3 Jahre möglich, jedoch im 2. und 3. Jahr auf maximal jeweils 10 Mio. € begrenzt)	9 Jahre (Begrenzung auf 6 Jahre bei Inanspruchnahme der Option für den Verlustrücktrag über 3 Jahre)
Österreich		Unbegrenzt (Verrechnung von Verlustvorträgen nur bis zu 75 % der jährlichen Einkünfte; Rest wird weiter vorgetragen)
Polen	-	5 Jahre (Beschränkung des Vortrags auf maximal 50 % des entstandenen Verlusts pro Berücksichtigungsjahr)
Portugal	-	4 Jahre (7 Jahre in bestimmten strukturschwachen Gebieten)
Rumänien	-	7 Jahre
Schweden	- (Indirekter Verlustrücktrag jedoch möglich durch Auflösung sogenannter "Periodisierungsrücklagen" aus	Unbegrenzt
Slowakei	-	7 Jahre
Slowenien	-	Unbegrenzt
Spanien	-	18 Jahre (in den Jahren 2011 bis 2013 bei Unternehmen, deren Umsatz bestimmte Beträge überschreitet, Beschränkung des Vortrags auf maximal 75 % bzw. 50 % der jährlichen Einkünfte
Tschechien	-	5 Jahre
Ungarn	-	Unbegrenzt
Vereinigtes Königreich	1 Jahr (bei Betriebsaufgabe 3 Jahre)	Unbegrenzt
Zypern		Unbegrenzt

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

noch Tabelle 1: Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer 2011

Staaten	Verlustrücktrag	Verlustvortrag
Andere Staaten		
Japan	1 Jahr (wird für Steuerjahre, die zwischen dem 1. April 1992 und 31. März 2012 enden, nicht gewährt, ausgenommen für bestimmte kleine und mittlere Unternehmen und bei Liquidation)	9 Jahre
Kanada	3 Jahre	20 Jahre
Norwegen	- (ein Rücktrag auf die vorangegangenen 2 Jahre ist bei Liquidation zulässig)	Unbegrenzt
Schweiz		7 Jahre
USA	2 Jahre	20 Jahre

Die Übersicht stellt Regelungen für Verluste dar, die ab dem 1. Januar 2011 anfallen. Beschränkungen durch Gesellschafterwechsel sowie Verluste aus der Veräußerung betrieblichen Anlagevermögens (capital losses), die in verschiedenen Staaten Sonderregeln unterliegen, wurden nicht betrachtet.

Quelle: BMF, Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2011, Berlin 2012.

Der Verlustvortrag ist in den meisten Staaten auf fünf bis sieben Jahre befristet. In einigen Staaten ist es deutlich länger möglich, Verluste vorzutragen. Zum Teil ist der Verlustvortrag sogar zeitlich unbegrenzt gestattet. Eine zeitliche Begrenzung des Verlustvortrags hat zur Folge, dass die Verlustvorträge in außergewöhnlich langen rezessiven Phasen für die steuerliche Berücksichtigung verloren gehen können. Deutschland, Österreich und Polen beschränken die Verrechnung von Verlusten der Höhe nach (Mindestbesteuerung). Dieser Praxis haben sich nun auch Frankreich, Italien und Spanien angeschlossen.

3.3 Abschreibungsmöglichkeiten

Neben der Berücksichtigung von
Verlusten wirken sich ebenfalls die
Abschreibungsmöglichkeiten des
Anlagevermögens auf die steuerliche
Belastung der Unternehmen aus. Als
Abschreibungsmethoden kommen die lineare
und die degressive Abschreibung in Betracht.
Je schneller Wirtschaftsgüter abgeschrieben
werden können, desto niedriger ist die
steuerliche Bemessungsgrundlage und somit
die steuerliche Belastung der Unternehmen.
Bisher bestand in Deutschland, wie auch in
vielen anderen Staaten (siehe Tabelle 2), eine

¹ Gilt für Verluste aus Wirtschaftsjahren, die am oder nach dem 21.9.2011 enden.

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Tabelle 2: Abschreibungen für bewegliches Anlagevermögen 2011

	Einzelnes W	irtschaftsgut	Pool-/		
Staaten	Lineare Abschreibung	Degressive Abschreibung	Sammel- abschreibung	Bemerkungen	
EU-Staaten					
Belgien	X	Х		Übergang von der degressiven zur linearen Abschreibung zulässig	
Bulgarien	x			Prozentuale Höchstgrenzen, bis zu denen die Abschreibungssätze jährlich geändert werden können	
Dänemark			х	Degressive Abschreibung mit prozentualer Höchstgrenze, bis zu der der Abschreibungssatz jährlic geändert werden kann	
Deutschland	х		Х	Bei Sammelposten (einheitliches Wahlrecht bei Wirtschaftsgütern mit AK/HK von 150 € bis 1.000 €) Iineare Abschreibung	
Estland				Keine Regelungen erforderlich (Gewinnausschüttungsteuer)	
Finnland			х	Degressive Abschreibung mit prozentualer Höchstgrenze, bis zu der der Abschreibungssatz jährlic geändert werden kann	
Frankreich	x	X		Jährliche Begrenzung der degressiven Abschreibung a den Betrag der linearen Abschreibung zulässig	
Griechenland	X	Х			
Irland	X				
Italien	X				
Lettland			Х	Degressive Abschreibung	
Litauen	X	Х			
Luxemburg	Х	Х		Übergang von der degressiven zur linearen Abschreibung zulässig	
Malta	X				
Niederlande	X	X			
Österreich	X				
Polen	X	X			
Portugal	X	X			
Rumänien	X	X			
Schweden	Х	Х		Jährliches Wahlrecht einheitlich für das bewegliche Anlagevermögen	
Slowakei	X	Х			
Slowenien	X				
Spanien	X	Х		Weitere Methoden möglich	
Tschechien	X	Х			
Ungarn	X				
Vereinigtes Königreich			X	Degressive Abschreibung	
Zypern	X				

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

noch Tabelle 2: Abschreibungen für bewegliches Anlagevermögen 2011

	Einzelnes Wirtschaftsgut		Pool-/		
Staaten	Lineare Abschreibung	Degressive Abschreibung	Sammel- abschreibung	Bemerkungen	
Andere Staaten					
Japan	X	Х		Wechsel zwischen den Methoden möglich	
Kanada			Х	Degressive Abschreibung mit prozentualen Höchstgrenzen, bis zu denen der Abschreibungssatz jährlich geändert werden kann	
Norwegen			X	Degressive Abschreibung	
Schweiz	X	Х			
USA	Х	Х		Übergang von der degressiven Abschreibung zur höheren linearen Abschreibung	

Dargestellt wird der Grundfall. Die meisten Staaten haben Sonderregelungen, die tabellarisch nicht umfassend darstellbar sind. Auf wichtige Besonderheiten wird in den Bemerkungen hingewiesen.

Quelle: BMF, Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2011, Berlin 2012.

Wahlmöglichkeit zwischen linearer und degressiver Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter. Diese Wahlmöglichkeit ist in Deutschland für ab dem Jahr 2011 angeschaffte oder hergestellte bewegliche Wirtschaftsgüter weggefallen. Somit können diese Wirtschaftsgüter nur noch linear abgeschrieben werden.

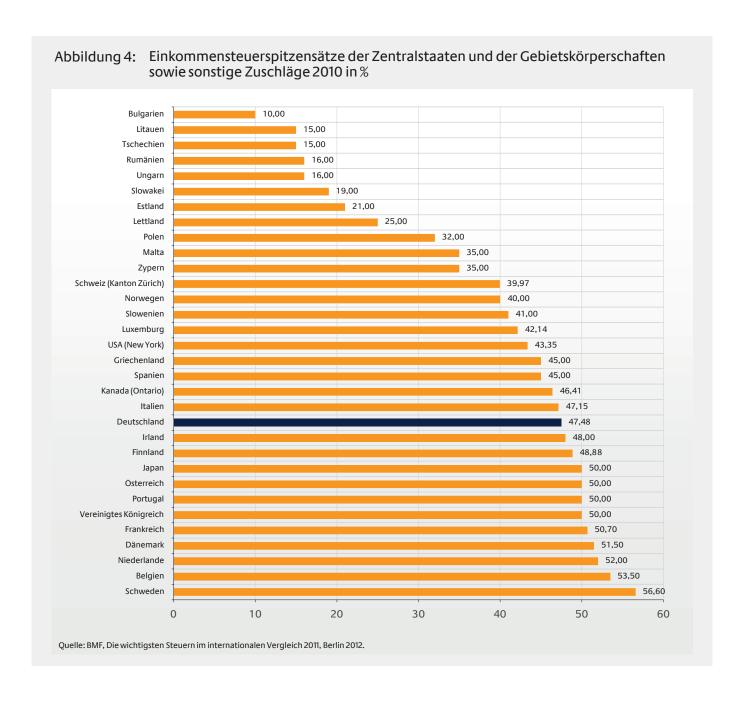
4 Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen

Nur einige Staaten, die einen Grundfreibetrag beziehungsweise eine Nullzone im Tarif haben, hoben diesen im Vergleich zum Vorjahr an. Bei den meisten Staaten blieb er unverändert. Beachtlich sind die Senkungen des Grundfreibetrags beziehungsweise der Nullzone in Griechenland und Irland. In Griechenland wurde der Grundfreibetrag um mehr als die Hälfte gekürzt, in Irland sogar um fast drei Viertel. Beachtet werden muss bei der Interpretation dieser Daten, dass in mehreren Staaten mit vergleichsweise hohen Tarifeingangssätzen die Beiträge

zur gesetzlichen Sozialversicherung abgedeckt werden, so z. B. in den nordischen Staaten und den Niederlanden. Dies erschwert die Vergleichbarkeit. Auch die Ehegattenbesteuerung ist unterschiedlich geregelt. In einigen Staaten wird eine Einzelveranlagung vorgenommen (etwa in Österreich), in anderen eine Zusammenveranlagung, wobei diese mit Splitting (etwa in Deutschland) oder ohne (etwa in den USA) durchgeführt werden kann.

Auch bezogen auf die Einkommensteuerspitzensätze haben einige Staaten Änderungen vorgenommen. Irland und Spanien haben den Spitzensteuersatz leicht angehoben; Frankreich, Luxemburg, Portugal und Zypern nahmen eine kräftige Anhebung vor. Lettland senkte den Spitzensteuersatz und Ungarn führte eine Flat tax ein. Obgleich in Deutschland der Spitzensteuersatz unverändert geblieben ist, hat sich aufgrund der Anpassungen der anderen Staaten die relative Position Deutschlands leicht verbessert. Abbildung 4 zeigt die höchstmöglichen Steuersätze (inklusive sonstige Zuschläge)

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH



DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

bei der Einkommensbesteuerung natürlicher Personen.

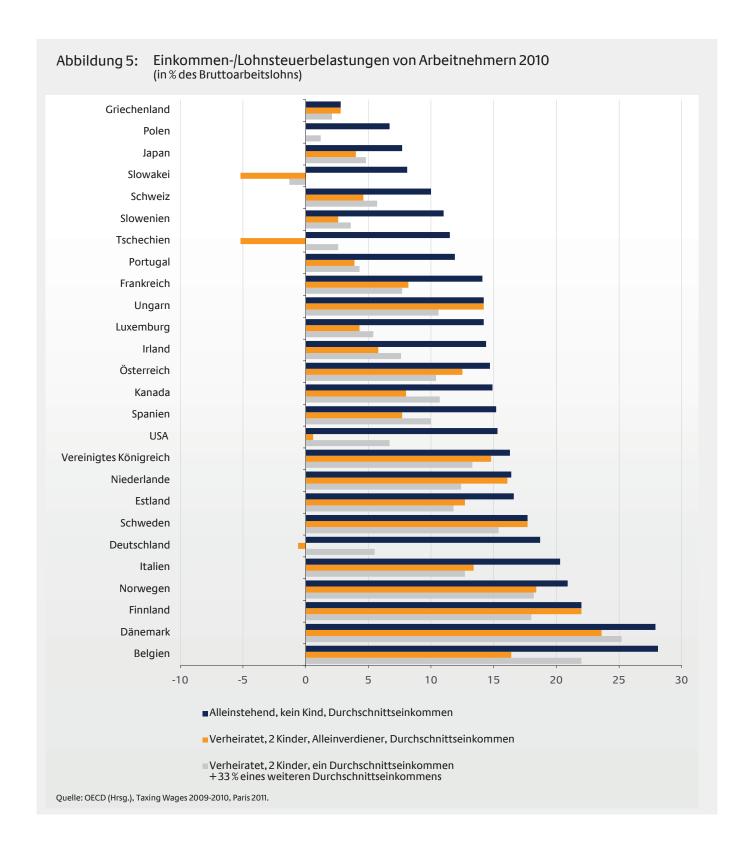
5 (Lohn-)Steuer- und Abgabenbelastung von Arbeitnehmern 2010

Für Arbeitnehmerhaushalte in verschiedenen Familienverhältnissen und Einkommensgruppen veröffentlicht die OECD regelmäßig eine international vergleichende Untersuchung.

Abbildung 5 zeigt die Belastung des durchschnittlichen Bruttoarbeitslohns eines Arbeitnehmerhaushalts durch die Lohn- oder Einkommensteuer klassifiziert nach verschiedenen Familienverhältnissen (Alleinstehender, Familie mit Allein- und

Doppelverdiener). Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist stark eingeschränkt, da die OECD Transferzahlungen länderspezifisch unterschiedlich berücksichtigt. Das Kindergeld wird z. B. in der Belastungsrechnung für Deutschland als Steuergutschrift behandelt, wenn die Berücksichtigung von Kindern in Form von Kindergeld erfolgt. Andernfalls wird der Kinderfreibetrag bei der Steuerberechnung abgezogen (Günstigerprüfung). Damit wird die Steuerbelastungsquote für Haushalte mit Kindern erheblich verringert. In anderen Staaten, wie in Frankreich, wird das Kindergeld als separate Transferleistung außerhalb des Besteuerungssystems behandelt und mindert daher nicht die Steuerbelastungsquote.

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH



DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

6 Besteuerung des Finanzsektors

Eine Finanztransaktionssteuer, die über die Erfassung von börslich gehandelten Finanzinstrumenten hinausgeht, wurde bislang in keinem Staat eingeführt. Am häufigsten ist die Börsenumsatzsteuer, die auf Umsätze an Wertpapierbörsen erhoben wird. Lange Tradition haben Stempelsteuern auf Wertpapiere oder Urkunden. Finanzaktivitätssteuern und Bankenabgaben sind ebenfalls in den Staaten recht unterschiedlich ausgestaltet, sofern sie überhaupt eingeführt sind. So ist z.B. die Bankenabgabe in Österreich mit 0,055% bis 0,085% der Bilanzsumme mehr als doppelt so hoch wie in Schweden (0,036%). Auch die Bemessungsgrundlage ist unterschiedlich. In Österreich wird sie pauschal um 1 Mrd. € reduziert, im Vereinigten Königreich beträgt der Freibetrag 20 Mrd. GBP.

7 Umsatzsteuersätze

Der Trend, die Umsatzsteuer zunehmend als Einnahmequelle zu nutzen, setzt sich fort. Bereits in den vergangenen beiden Jahren hoben einige Staaten ihre Umsatzsteuersätze an. In diesem Jahr erhöhten insgesamt sieben Staaten die Normalsätze: Italien von 20 % auf 21 %, Lettland von 21 % auf 22 %, Polen von 22 % auf 23 %, Portugal von 21 % auf 23 %, die Slowakei von 19 % auf 20 %, das Vereinigte Königreich von 17,5 % auf 20 %, die Schweiz von 7,6 % auf 8 %. Der in Deutschland erhobene Umsatzsteuer-Normalsatz von 19 % liegt nach wie vor im unteren Mittelfeld.

8 Fazit

Für die Einordnung der Position Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb können die Übersichten nützliche Hinweise liefern. Der Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland steht ein gut ausgebautes soziales Sicherungssystem gegenüber. Als Produktionsstandort ist Deutschland attraktiv. Die nominale Steuerbelastung in Deutschland versteuerter Gewinne liegt im oberen Mittelfeld der EU-Staaten. Ein nach Standorten suchender Unternehmer wird bei der Auswahl aber natürlich nicht isoliert die Abgabenbelastungen analysieren, sondern ebenso die "Leistungsseite" des Standorts berücksichtigen (Infrastruktur, Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer usw.). Hier kann ein Staat nur dann ein attraktives Angebot unterbreiten, wenn er die Mittel zur Finanzierung hat. Allerdings können auch bei gleichem Leistungs- und Abgabenniveau Unterschiede durch die Steuerstruktur entstehen. Dieser Ausgleich zwischen Steuerbelastung und Staatsleistung muss von allen Staaten regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	64
1	Kreditmarktmittel	64
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2007 bis 2012	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2007 bis 2012	66
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Soll 2012	68
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012	
7	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	84
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	91
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012	91
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2011/2012	91
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis April 2012	
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2012	94
Kenr	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	98
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	00
1	Preisentwicklung	
2		
3 4	Außenwirtschaft Einkommensverteilung	
4	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
_		
5 6	Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten Prouktionspotenzial und -lücken	
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	104
/	Potenzialwachstum	105
Q	Bruttoinlandsprodukt	
8	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
9		
10 11	Kapitalstock und Investitionen	
11 12	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität Preise und Löhne	
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	
13 14	- ' '	
14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	112

15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	114
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	115
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	116
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	117
18	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	118
19	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	122

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 31. März 2012	Zunahme	Abnahme	Stand: 30. April 2012	
		in Mio. €			
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	48 000	0	0	48 000	
Anleihen ¹	642 736	8 000	0	650 736	
Bundesobligationen	215 000	4 000	16000	203 000	
Bundesschatzbriefe ²	7 869	20	111	7 7 7 8	
Bundesschatzanweisungen	131 000	5 000	0	136 000	
Unverzinsliche Schatzanweisungen	52 023	6 9 9 6	6 9 5 3	52 066	
Finanzierungsschätze ³	409	18	34	392	
Tagesanleihe	2 134	36	52	2 1 1 8	
Schuldscheindarlehen	12 061	0	0	12 061	
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	852	0	0	852	
Kreditmarktmittel insgesamt	1 112 084			1 113 004	

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:		Stand:
	31. März 2012		30. April 2012
		in Mio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	214 444		226 581
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	351 945		362 000
langfristig (mehr als 4 Jahre)	545 695		524423
Kreditmarktmittel insgesamt	1 112 084		1 113 004

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

 $^{^3}$ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. März 2012	Belegung am 31. März 2011
		in Mrd. €	
Ausfuhren	135,0	120,3	111,4
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	40,7	35,2
FZ-Vorhaben	9,00	3,8	2,4
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	171,0	108,6	105,8
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	55,9	54,1
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	6,0	6,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	95,3	9,2

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2007 bis 2012 Gesamtübersicht

	2007	2008	2009	2010	2011	2012				
Cogonstand dar Nachweisung										
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹				
		Mrd. €								
1. Ausgaben	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	312,7				
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,6	+4,4	+3,5	+3,9	-2,4	+5,6				
2. Einnahmen ²	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	280,2				
Veränderung gegen Vorjahr in %	+9,8	+5,8	- 4,7	+0,6	+7,4	+0,6				
darunter:										
Steuereinnahmen	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	252,2				
Veränderung gegen Vorjahr in %	+12,8	+4,0	- 4,8	-0,7	+9,7	+ 1,7				
3. Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,4	-17,7	-32,5				
in % der Ausgaben	5,4	4,2	11,8	14,6	6,0	10,4				
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos										
4. Bruttokreditaufnahme ³ (-)	222,1	229,6	269,0	288,2	274,2	255,7				
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-8,4	0,5	-6,4	5,0	3,1	11,1				
6. Tilgungen (+)	216,2	216,2	228,5	239,2	260,0	232,0				
7. Nettokreditaufnahme	-14,3	-11,5	-34,1	-44,0	17,3	32,1				
8. Münzeinnahmen	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4				
Nachrichtlich:										
Investive Ausgaben	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	35,6				
Veränderung gegen Vorjahr in %	+15,4	-7,2	+11,5	-3,8	-2,7	+40,3				
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	3,5	2,2	0,6				

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juni 2012.

¹ Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

 $^{^2}$ Gem. BHO \S 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

³ Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹
			in Mic	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 038	27 012	27 939	28 196	27 856	28 497
Aktivitätsbezüge	19 662	20 298	20977	21 117	20 702	21 349
Ziviler Bereich	8 498	8 870	9 2 6 9	9 443	9274	11 468
Militärischer Bereich	11 164	11 428	11 708	11 674	11 428	9 881
Versorgung	6376	6714	6962	7 079	7154	7 147
Ziviler Bereich	2 334	2 416	2 462	2 459	2 472	2 483
Militärischer Bereich	4 041	4298	4500	4 620	4 682	4 665
Laufender Sachaufwand	18 757	19 742	21 395	21 494	21 946	23 828
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 365	1 421	1 478	1 544	1 545	1 283
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 908	9 622	10281	10 442	10 137	10 673
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 699	9 635	9 508	10 264	11 871
Zinsausgaben	38 721	40 171	38 099	33 108	32 800	34 207
an andere Bereiche	38 721	40 171	38 099	33 108	32 800	34 207
Sonstige	38 721	40 171	38 099	33 108	32 800	34207
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 677	40 127	38 054	33 058	32 759	34165
an Ausland	3	3	3	8	0	C
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	160 352	168 424	177 289	194 377	187 554	190 295
an Verwaltungen	14003	12 930	14396	14114	15 930	17 600
Länder	8 698	8 341	8 754	8 579	10 642	11 856
Gemeinden	38	21	18	17	12	11
Sondervermögen	5 267	4 5 6 8	5 624	5 5 1 8	5 2 7 6	5 732
Zweckverbände	1	0	1	1	1	1
an andere Bereiche	146 349	155 494	162 892	180 263	171 624	172 696
Unternehmen	15 399	22 440	22 951	24212	23 882	25 106
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 123	29 120	29 699	29 665	26718	26 93 1
an Sozialversicherung	97 712	99 123	105 130	120 831	115 398	113 678
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	869	1 099	1 249	1 336	1 665	1 673
an Ausland	3 240	3 708	3 858	4216	3 958	5 305
an Sonstige	5	4	5	3	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	243 868	255 350	264 721	277 175	270 156	276 826

¹ Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

	2007	2008	2009	2010	2011	2012			
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll 1			
		in Mio. €							
Ausgaben der Kapitalrechnung									
Sachinvestitionen	6 903	7 199	8 504	7 660	7 175	7 997			
Baumaßnahmen	5 478	5 777	6830	6 2 4 2	5814	6 5 1 9			
Erwerb von beweglichen Sachen	909	918	1 030	916	869	899			
Grunderwerb	516	504	643	503	492	578			
Vermögensübertragungen	16 947	16 660	15 619	15 350	15 284	15 201			
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 580	14018	15 190	14944	14 589	14734			
an Verwaltungen	8 234	5 713	5 852	5 209	5 243	5 006			
Länder	6 030	5 654	5 804	5 142	5 178	4 9 3 0			
Gemeinden und Gemeindeverbände	54	59	48	68	65	74			
Sondervermögen	2 150	0	0	0	0	2			
an andere Bereiche	8 345	8 305	9 3 3 8	9 735	9346	9 728			
Sonstige - Inland	6 099	5 836	6 462	6 599	6 060	6 3 6 8			
Ausland	2 247	2 469	2 876	3 136	3 287	3 360			
Sonstige Vermögensübertragungen	367	2 642	429	406	695	467			
an andere Bereiche	367	2 642	429	406	695	467			
Unternehmen - Inland	0	2 267	0	0	260	0			
Sonstige - Inland	162	149	148	137	123	145			
Ausland	205	225	282	269	311	322			
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 732	3 099	3 409	3 473	3 613	12 919			
Darlehensgewährung	2 100	2 3 9 5	2 490	2 663	2 825	4 2 3 1			
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	79			
Länder	1	1	1	1	1	1			
Sondervermögen	0	0	0	0	0	78			
an andere Bereiche	2 100	2 3 9 5	2 490	2 662	2 825	4153			
Sozialversicherung	0	0	0	0	0				
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	900	922	872	1 075	1 1 1 1 5	2 271			
Ausland	1 199	1 473	1 618	1 587	1710	1 881			
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	632	704	919	810	788	8 687			
Inland	28	26	13	13	0	1			
Ausland	604	678	905	797	788	8 687			
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 582	26 958	27 532	26 483	26 072	36 117			
Darunter: Investive Ausgaben	26 215	24316	27 103	26077	25 378	35 650			
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	0	0	0	- 243			
Ausgaben zusammen	270 450	282 308	292 253	303 658	296 228	312 700			

¹ Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012 ¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe			i	in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	63 904	49 101	23 258	19 096	-	6 747
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	5 798	5 585	3 450	1 363	-	772
2	Auswärtige Angelegenheiten	17 967	4773	508	175	-	4089
3	Verteidigung	31 734	31 461	14546	15 908	-	1 008
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 707	3 330	2 108	998	-	224
5	Rechtsschutz	371	356	248	92	-	16
6	Finanzverwaltung	4326	3 596	2 398	560	-	638
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 994	14 714	479	892	-	13 343
13	Hochschulen	4032	3 037	10	10	-	3 018
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 491	2 491	-	-	-	2 491
15	Sonstiges Bildungswesen	616	540	9	65	-	465
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 083	8 091	459	812	-	6820
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	771	555	1	6	-	549
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	154 880	153 940	229	399	-	153 312
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	109 004	109 004	52		-	108 953
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	8 327	8 327	-	3	-	8 324
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 524	2 198	-	30	-	2 168
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 049	32 933	49	113	-	32 771
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	280	280	-	-	-	280
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 695	1 198	128	253	-	817
3	Gesundheit und Sport	1 548	918	277	312	-	329
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	455	372	147	177	-	48
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	455	372	147	177	-	48
32	Sport	131	115	-	4	-	111
33	Umwelt- und Naturschutz	440	254	80	72	-	102
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	521	176	50	59	-	68
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 066	818	-	19	-	799
41	Wohnungswesen	1 387	801	-	2	-	799
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	666	17	-	17	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	957	546	29	179	-	338
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	132	132	-	70	-	62
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	132	132	-	70	-	62
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	258	215	29	108	-	78

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012 ¹

		Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	901	2 681	11 219	14 802	14 770
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	211	2	-	212	212
2	Auswärtige Angelegenheiten	114	2 512	10568	13 194	13 193
3	Verteidigung	205	67	-	273	241
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	278	99	-	377	377
5	Rechtsschutz	15	-	-	15	15
6	Finanzverwaltung	78	1	651	730	730
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	133	3 147	-	3 280	3 280
13	Hochschulen	1	993	-	995	995
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	77	-	77	77
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	131	1 861	-	1 992	1 992
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion1	0	216	-	216	216
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	9	930	1	940	505
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	$Familien-, Sozial hilfe, F\"{o}rderung\ der\ Wohlfahrtspflege\ u.\"{A}.$	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	324	1	326	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	113	-	116	4
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	494	-	498	498
3	Gesundheit und Sport	417	213	-	630	630
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	72	11	-	83	83
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	72	11	-	83	83
32	Sport	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	180	-	186	186
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	339	6		345	345
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 244	4	1 248	1 248
41	Wohnungswesen	-	583	4	587	587
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	12	-	12	12
44	Städtebauförderung	-	649		649	649
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	409	1	411	411
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		-	-	-	-
533	Gasölverbilligung		-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	2	42	-	44	44

 $^{^1}$ Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012 $^{\rm 1}$

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe			iı	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 715	2 309	62	473	-	1 773
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	720	557	-	353	-	204
621	Kernenergie	288	188	-	-	-	188
622	Erneuerbare Energieformen	51	20	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	381	349	-	349	-	-
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 443	1 425	-	0	-	1 425
64	Handel	63	63	-	9	-	54
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	635	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 855	254	62	103	-	89
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 384	4 173	1 050	1 982	-	1 141
72	Straßen	7 462	1 040	-	886	-	154
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 770	889	511	310	-	69
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	3	-	-	-	3
	Luftfahrt	203	200	50	24	-	126
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 615	2 042	489	762	-	790
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 407	12 257	-	6	-	12 251
81	Wirtschaftsunternehmen	11 090	7018	-	6	-	7012
832	Eisenbahnen	4016	76	-	5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	7 074	6 942		2	-	6 940
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5317	5 239	-	-	-	5 239
873	Sondervermögen	5317	5 2 3 9	-	-	-	5 2 3 9
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	37 846	38 050	3 113	469	34 207	262
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	300	261	-	-	-	261
92	Schulden	34220	34 220	-	13	34207	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	3 3 2 6	3 569	3 113	456	-	0
Summe al	ler Hauptfunktionen	312 700	276 826	28 497	23 828	34 207	190 295

¹Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012 ¹

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	101	714	1 591	2 407	2 407
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	100	62	-	162	162
621	Kernenergie	100	-	-	100	100
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	32	-	32	32
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	626	-	626	626
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	8	1 591	1 600	1 600
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 434	1 777	-	8 211	8 211
72	Straßen	4992	1 429	-	6 421	6 421
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	3	-	-	3	3
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	558	16	-	573	573
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 047	103	4 150	4 150
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4 0 4 7	25	4072	4072
832	Eisenbahnen	-	3 9 1 5	25	3 940	3 940
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	132	-	132	132
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	78	78	78
873	Sondervermögen	-	-	78	78	78
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	ller Hauptfunktionen	7 997	15 201	12 919	36 117	35 650

¹Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
Segenstand der Nachweisung				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts ³	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr	wiid.€	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1.7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des	/0	17,0	10,3	14,0		10,3		11,5
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des		0,1				·		
Bundes Antoil am Finanziorung dealdo dos	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9
nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
degenstand der Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				Soll ⁴
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	312,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	- 2,4	5,
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	280,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	0,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 32,
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 32,
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,2	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	-0,3	- 0,3	- 0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	2
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	15,3	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	34
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	4
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	10
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	58,3	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1	
Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	35
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	-3,8	- 2,7	40
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,2	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	252
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	-0,7	9,7	1
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	80
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 32
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	10
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	90
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	59,5	68,8		111,2	37,1	54,5	67,3	
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2030	205
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1282	130

 $^{^{1}\,}Nach\,Abzug\,der\,Erg\"{a}nzungszuweisungen\,an\,L\"{a}nder.$

² Ab 1991 Gesamtdeutschland.

³ Stand April 2012; 2011, 2012 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

⁴ Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	626,7	638,0	649,2	679,2	716,5	734,4	774,5
Einnahmen	574,2	597,6	648,5	668,9	626,5	652,7	748,2
Finanzierungssaldo	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-82,8	-28,7
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2
Einnahmen	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5
Finanzierungssaldo	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7
Länder ³							
Ausgaben	260,0	260,0	265,5	277,2	287,1	286,7	296,7
Einnahmen	237,2	250,1	273,1	276,2	260,1	265,9	286,3
Finanzierungssaldo	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,8	-10,3
Gemeinden ⁴							
Ausgaben	153,2	157,4	161,5	168,0	178,3	182,2	185,3
Einnahmen	150,9	160,1	169,7	176,4	170,8	174,5	183,6
Finanzierungssaldo	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,5	-7,7	-1,7
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	2,0	1,8	1,7	4,6	5,5	2,5	5,5
Einnahmen	4,6	4,1	8,5	3,2	-6,3	4,2	14,6
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4
Einnahmen	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4
Länder							
Ausgaben	1,1	0,0	2,1	4,4	3,6	-0,1	3,5
Einnahmen	1,6	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,2	7,7
Gemeinden							
Ausgaben	2,0	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,7
Einnahmen	3,3	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,1	5,2

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,4	-1,8	-0,0	-0,4	-3,8	-3,3	-1,1
darunter:							
Bund	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8	-0,7
Länder	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8	-0,4
Gemeinden	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3	-0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,3	-3,7
darunter:							
Bund	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6	-6,0
Länder	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,4	-7,2	-3,5
Gemeinden	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,2	-4,2	-0,9
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,2	27,6	26,7	27,5	30,2	29,6	30,1
darunter:							
Bund	11,7	11,3	11,1	11,4	12,3	12,3	11,5
Länder	11,7	11,2	10,9	11,2	12,1	11,6	11,5
Gemeinden	6,9	6,8	6,7	6,8	7,5	7,4	7,2

¹ Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Juni 2012.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

³ Kernhaushalte; bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009 bis 2011: Kassenergebnisse.

⁴ Kernhaushalte; bis 2009 Rechnungsergebnisse; 2010 bis 2011: Kassenergebnisse.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen					
			dav	on				
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern			
Jahr	in Mrd. € in %							
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990				
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4			
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7			
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2			
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7			
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4			
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2			
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5			
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7			
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2			
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3			
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1			
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0			
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7			
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9			
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6			
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5			
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3			
		Bundesrepublik	Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1			
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0			
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8			
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7			
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2			
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8			
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6			
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0			
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1			

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	insgesamt		dav	/on	
	mageamit	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublil	k Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012 ²	596,5	298,2	298,4	50,0	50,0
2013 ²	618,1	313,5	304,7	50,7	49,3
2014 ²	642,1	330,9	311,2	51,5	48,5
2015 ²	664,7	346,9	317,7	52,2	47,8
2016 ²	687,3	362,9	324,4	52,8	47,2

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 8. bis 10. Mai 2012.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	inanzstatistik ³
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zu	·	
1960	23,0	33,4	22,6	32,7
1965	23,5	34,1	23,1	33,
1970	23,0	34,8	21,8	32,
1975	22,8	38,1	22,5	36,9
1980	23,8	39,6	23,7	38,
1981	22,8	39,1	22,9	38,
1982	22,5	39,1	22,5	38,
1983	22,5	38,7	22,6	37,
1984	22,6	38,9	22,5	37,
1985	22,8	39,1	22,7	38,
1986	22,3	38,6	22,3	37,
1987	22,5	39,0	22,5	38,
1988	22,2	38,6	22,2	37,
1989	22,7	38,8	22,8	37,
1990	21,6	37,3	22,2	37,
1991	22,0	38,9	22,0	38,
1992	22,3	39,6	22,7	39,
1993	22,4	40,1	22,6	39,
1994	22,3	40,5	22,5	39,
1995	21,9	40,5	22,5	40,
1996	21,8	41,0	21,8	40,
1997	21,5	41,0	21,3	39,
1998	22,1	41,3	21,7	39,
1999	23,3	42,3	22,6	40,
2000	23,5	42,1	22,8	40,
2001	21,9	40,2	21,3	38,
2002	21,5	39,9	20,7	38,
2003	21,6	40,1	20,6	38,
2004	21,1	39,2	20,2	37,
2005	21,4	39,2	20,3	37,
2006	22,2	39,5	21,1	38,
2007	23,0	39,5	22,2	37,
2008	23,1	39,7	22,7	38,
2009	23,0	40,3	22,1	38,
2010	22,2	39,1	21,4	37,
2011	22,9	39,8	22,3	38,

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011. 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2012.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2009 Rechnungsergebnisse. 2010 bis 2011: Kassenergebnisse.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates			
laha.	insgesamt	darunte	er		
Jahr	insgesami	Gebietskörperschaften³	ten ³ Sozialversicherung ³		
		in Relation zum BIP in %	BIP in %		
1960	32,9	21,7	1		
1965	37,1	25,4	1		
1970	38,5	26,1	1		
1975	48,8	31,2	1		
1980	46,9	29,6	1		
1981	47,5	29,7	1		
1982	47,5	29,4	1		
1983	46,5	28,8	1		
1984	45,8	28,2	1		
1985	45,2	27,8	1		
1986	44,5	27,4	1		
1987	45,0	27,6	1		
1988	44,6	27,0	1		
1989	43,1	26,4	1		
1990	43,6	27,3	1		
1991	46,2	28,2	1		
1992	47,1	27,9	1		
1993	48,1	28,2	1		
1994	48,0	28,0	2		
1995 ⁴	48,2	27,7	2		
1995	54,9	34,3	2		
1996	49,1	27,6	2		
1997	48,2	27,0	2		
1998	48,0	26,9	2		
1999	48,2	27,0	2		
2000 ⁵	47,6	26,4	2		
2000	45,1	23,9	2		
2001	47,6	26,3	2		
2002	47,9	26,2	2		
2003	48,5	26,4	2		
2004	47,1	25,8	2		
2005	46,9	26,0	2		
2006	45,3	25,4	1		
2007	43,5	24,5	1		
2008	44,0	25,0	1		
2009	48,1	27,0	2		
2010	47,9	27,4	2		
2011	45,7	25,9	1		

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011. 2011: Vorläufige Ergebnis; Stand: Mai 2012.

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
i i			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 93
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	1754
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	52674
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-		986	1124	1 3 2 5	2082
Kassenkredite	-	-		10		25	57
Gemeinden	107 531	111796	115 232	112 243	110 627	108 864	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2612	2 682	277
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 5 6 0	2 626	272
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 383 997	1 455 032	1 526 322	1 574 606	1 582 362	1 649 271	176794
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	-	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 49
FMS Wertmanagement							

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	56
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	53
Kreditmarktmittel iwS		-	-	-	-	-	53
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	3
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	3
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
			Anteil a	ın den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	64,0	66,5	70,0	70,5	72,6	77,
Kernhaushalte	56,5	59,8	65,4	67,7	69,2	70,7	73,
Extrahaushalte	4,3	4,2	1,1	2,3	1,3	1,9	4,
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,
Kernhaushalte	35,7	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,3	68,6	68,0	65,2	66,7	74,
	Schulden insgesamt (€)						
je Einwohner	16 454	17331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 70
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 3 1 3, 9	2 428,5	2 473,8	2 374,
Einwohner 30.06.	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86

¹Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2\,\}mathrm{Kreditmarktschulden}\,\mathrm{im}\,\mathrm{weiteren}\,\mathrm{Sinne}\,\mathrm{zuz\ddot{u}glich}\,\mathrm{Kassenkredite}.$

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in Mi	io.€	in % der S insge		in%de	s BIP
Öffentlicher Gesamthaushalt ²		2 011 537				81,
Bund						
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460		64,0		52,
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204		63,2	43,5	51,
Kassenkredite		16256		0,8		0,
Kernhaushalte		1 035 647		51,5		41,
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192		50,8	41,0	41,
Kassenkredite		13 454		0,7		0,
Extrahaushalte		251 813		12,5		10,
Wertpapierschulden und Kredite	59 533	249 011		12,4	2,6	10,
Kassenkredite		2802		0,1		0,
im Einzelnen:						
Entschädigungsfonds	0	0		0,0	0,0	0,
SoFFin	36 540	28 552		1,4	1,5	1,
Investitions- und Tilgungsfonds	7493	13 991		0,7	0,3	0,
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17 302		0,9		0,
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14 500		0,7	0,7	0,
Kassenkredite		2 802		0,1		0,
FMS Wertmanagement		191 968		9,5		7,
Länder						
Kern- und Extrahaushalte		599 970		29,8		24,
Wertpapierschulden und Kredite		595 039		29,6		24,
Kassenkredite		4930		0,2		0,
Kernhaushalte		524 182		26,1		21,
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 347		25,8	21,0	21,
Kassenkredite		4835		0,2		0,
Extrahaushalte		75 788		3,8		3
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 692		3,8	1,2	3
Kassenkredite		95		0,0		0,

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in M	io.€	in % der So insges		in % de	s BIP
Gemeinden						
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569		6,1		5,
Wertpapierschulden und Kredite		84363		4,2		3,
Kassenkredite		39 206		1,9		1,
Kernhaushalte		115 253		5,7		4,
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326		3,8	3,2	3,
Kassenkredite		38 927		1,9		1,
Zweckverbände ³		1602		0,1		0,
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551		0,1	0,1	0,
Kassenkredite		52		0,0		0,
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713		0,3		0,
Wertpapierschulden und Kredite	6322	6 486		0,3	0,3	0,
Kassenkredite		227		0,0		0,
Gesetzliche Sozialversicherung						
Kern- und Extrahaushalte		539		0,0		0,
Wertpapierschulden und Kredite		539		0,0		0,
Kassenkredite		0		0,0		0,
Kernhaushalte		506		0,0		0,
Wertpapierschulden und Kredite	531	506		0,0	0,0	0,
Kassenkredite		0		0,0		0,
Extrahaushalte ⁴		32		0,0		0,
Wertpapierschulden und Kredite	36	32		0,0	0,0	0,
Kassenkredite		0		0,0		0,
chulden insgesamt (Euro)						
je Einwohner		24606				
Naastricht-Schuldenstand	1 766 943	2 056 711			74,4	83,
achrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 3 7 5	2 477				
Einwohner 30.06.	81 861 862	81 750 716				

 $^{^1} Aufgrund \ method is cher \ \ddot{A}nderungen \ und \ Erweiterung \ des \ Berichtskreises \ nur eingeschränkt \ mit \ den \ Vorjahren \ vergleich bar.$

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2} Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$

 $^{^3}$ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4}$ Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	ftlichen Gesam	trechungen ²		Abgrenzung de	er Finanzstatisti
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher G	esamthaushalt ^s
		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP i	n%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 ⁴	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1995	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0		-
2000	23,3	23,4	0,0	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,2	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,5	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-73,9	-69,9	-4,0	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-37,9	-42,9	5,0	-1,6	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,8	-5,1	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,4	-8,6	7,2	-0,1	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-76,3	-61,1	-15,2	-3,2	-2,6	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-105,9	-108,1	2,3	-4,3	-4,4	0,1	-82,8	-3,3
2011	-26,3	-39,7	13,5	-1,0	-1,5	0,5	-28,7	-1,1

¹Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011. 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2012.

 $^{^3\,}Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Krankenh\"{a}user.\,Bis\,2009\,Rechnungsergebniss, 2010\,bis\,2011\,Kassenergebnisse.$

 $^{^4} Ohne Schulden "ubernahmen" (Treuhandan stalt, Wohnungswirtschaft der DDR) bzw. gel. Vermögen "ubertragungen" (DKB). \\$

 $^{^{\}rm 5}$ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in%de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	-1,0	-3,3	-0,1	-3,2	-4,3	-1,0	-0,9	-0,7
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-1,0	-5,6	-3,8	-3,7	-3,0	-3,3
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,9	-2,0	0,2	1,0	-2,4	-1,3
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-9,8	-15,6	-10,3	-9,1	-7,3	-8,4
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-4,5	-11,2	-9,3	-8,5	-6,4	-6,3
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-3,3	-7,5	-7,1	-5,2	-4,5	-4,2
Irland	-	-10,6	-2,7	-2,0	4,7	1,7	-7,3	-14,0	-31,2	-13,1	-8,3	-7,5
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-2,7	-5,4	-4,6	-3,9	-2,0	-1,1
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	0,9	-6,1	-5,3	-6,3	-3,4	-2,5
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,0	-0,8	-0,9	-0,6	-1,8	-2,2
Malta	-	-	-	-4,2	-5,8	-2,9	-4,6	-3,8	-3,7	-2,7	-2,6	-2,9
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	0,5	-5,6	-5,1	-4,7	-4,4	-4,6
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-1,7	-1,7	-0,9	-4,1	-4,5	-2,6	-3,0	-1,9
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,2	-6,5	-3,6	-10,2	-9,8	-4,2	-4,7	-3,1
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-2,1	-8,0	-7,7	-4,8	-4,7	-4,9
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-1,9	-6,1	-6,0	-6,4	-4,3	-3,8
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	6,9	2,8	4,3	-2,5	-2,5	-0,5	-0,7	-0,4
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-2,1	-6,4	-6,2	-4,1	-3,2	-2,9
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	1,7	-4,3	3,1	-2,1	-1,9	-1,7
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	3,2	-2,7	-2,5	-1,8	-4,1	-2,0
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-4,2	-9,8	-8,2	-3,5	-2,1	-2,1
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-3,3	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-3,0
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,7	-7,4	-7,8	-5,1	-3,0	-2,5
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-5,7	-9,0	-6,8	-5,2	-2,8	-2,2
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	2,2	-0,7	0,3	0,3	-0,3	0,1
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-2,2	-5,8	-4,8	-3,1	-2,9	-2,6
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-3,7	-4,6	-4,2	4,3	-2,5	-2,9
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	3,6	-3,4	-5,0	-11,5	-10,2	-8,3	-6,7	-6,5
EU	-	-	-	-7,0	0,6	-2,5	-2,4	-6,9	-6,5	-4,5	-3,6	-3,3
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-1,9	-8,8	-8,4	-8,2	-8,2	-8,0
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-6,4	-11,5	-10,6	-9,6	-8,3	-7,1

 $^{^{1}\}mbox{F\"{u}r}$ EU-Mitglied staaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012.

Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschulden quoten im internationalen Vergleich

Land	in% des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,6	66,7	74,4	83,0	81,2	82,2	80,7	
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	89,3	95,8	96,0	98,0	100,5	100,8	
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	4,5	7,2	6,7	6,0	10,4	11,7	
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	113,0	129,4	145,0	165,3	160,6	168,0	
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,1	40,2	53,9	61,2	68,5	80,9	87,0	
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	68,2	79,2	82,3	85,8	90,5	92,5	
Irland	68,3	99,5	92,1	82,1	37,5	27,2	44,2	65,1	92,5	108,2	116,1	120,2	
Italien	56,9	80,2	94,3	120,9	108,5	105,4	105,7	116,0	118,6	120,1	123,5	121,8	
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	48,9	58,5	61,5	71,6	76,5	78,1	
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	13,7	14,8	19,1	18,2	20,3	21,6	
Malta	-	-	-	35,3	55,0	69,7	62,3	68,1	69,4	72,0	74,8	75,2	
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	58,5	60,8	62,9	65,2	70,1	73,0	
Österreich	35,3	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	63,8	69,5	71,9	72,2	74,2	74,3	
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	48,5	62,5	71,6	83,1	93,9	107,8	113,9	117,1	
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	27,9	35,6	41,1	43,3	49,7	53,5	
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	21,9	35,3	38,8	47,6	54,7	58,1	
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	33,9	43,5	48,4	48,6	50,5	51,7	
Euroraum	33,4	50,2	56,5	72,1	69,2	70,2	70,1	79,9	85,6	88,0	91,8	92,6	
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	13,7	14,6	16,3	16,3	17,6	18,5	
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	33,4	40,6	42,9	46,5	40,9	42,1	
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	19,8	36,7	44,7	42,6	43,5	44,7	
Litauen	-	-	-	11,4	23,6	18,3	15,5	29,4	38,0	38,5	40,4	40,9	
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	47,1	50,9	54,8	56,3	55,0	53,7	
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	13,4	23,6	30,5	33,3	34,6	34,6	
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	38,8	42,6	39,4	38,4	35,6	34,2	
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	28,7	34,4	38,1	41,2	43,9	44,9	
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	73,0	79,8	81,4	80,6	78,5	78,0	
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	54,8	69,6	79,6	85,7	91,2	94,6	
EU	-	-	-	69,6	61,9	62,9	62,5	74,8	80,2	83,0	86,2	87,2	
Japan	47,7	68,4	63,0	85,1	133,6	174,5	175,2	194,0	197,6	211,4	219,0	221,8	
USA	42,6	56,2	64,5	71,9	55,1	68,2	76,5	90,4	99,1	103,5	108,9	111,8	

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land		Steuern in % des BIP											
Lanu	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010		
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	21,0	22,8	23,1	22,9	22,1		
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,1	30,2	28,7	29,6		
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	47,9	47,1	47,1	47,2		
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,1	30,9	29,9	29,6		
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,8	27,5	27,3	25,7	26,3		
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,6	20,9	20,5	19,8	20,2		
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,0	25,7	26,2	23,9	22,2	22,3		
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	30,4	29,8	29,7	29,4		
Japan	14,1	14,7	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	18,0	17,4	15,9	-		
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,2	27,5	27,0	26,2		
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,5	26,3	25,8		
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,3	24,7	24,4	-		
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	34,5	33,9	32,8	33,0		
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,4	27,7	27,7	28,5	27,8	27,5		
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	22,8	22,9	20,4	-		
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,6	22,9	22,7	24,0	23,8	21,6	22,3		
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	35,0	34,9	35,3	34,4		
Schweiz	14,9	19,0	19,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,1	22,4	22,6	22,9		
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	18,8	17,7	17,4	16,3	16,1		
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,4	24,0	23,0	22,4	22,5		
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,3	23,7	25,2	21,2	18,6	19,7		
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,6	21,5	21,1	20,0	19,4	19,3		
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	25,7	27,2	27,1	27,4	26,1		
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,4	28,9	27,6	28,3		
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,4	19,8	17,6	18,3		

¹Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik, \, werden \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, Deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, Oder \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Deutschen$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Lond			Ste	uern und Soziala	bgaben in % des	BIP		
Land	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,4	37,3	36,3
Belgien	33,9	41,3	42,0	44,7	44,6	44,1	43,2	43,8
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	48,1	48,1	48,2
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,6	42,1
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,4	42,9
Griechenland	20,0	21,6	26,2	34,0	31,9	31,5	30,0	30,9
Irland	28,4	31,0	33,1	31,2	30,3	29,1	27,8	28,0
Italien	25,7	29,7	37,8	42,2	40,8	43,3	43,4	43,0
Japan	19,5	25,1	29,0	27,0	27,4	28,3	26,9	-
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,4	32,2	32,0	31,0
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,6	36,7
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,1	38,2	-
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,5	42,9	42,9	42,8
Österreich	33,8	38,9	39,7	43,0	42,1	42,8	42,7	42,0
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,8	-
Portugal	17,8	22,2	26,9	30,9	31,2	32,5	30,6	31,3
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,7	45,8
Schweiz	19,7	25,2	25,8	30,0	29,2	29,1	29,7	29,8
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,0	28,4
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,0	37,4	37,7
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,2	35,7	33,3	30,6	31,7
Tschechien	-	-	-	35,2	37,5	36,0	34,7	34,9
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,6
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,3	35,7	35,7	34,3	35,0
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,1	24,8

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land					Gesamtau	_	s Staates in :	% des BIP				
	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ¹	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	43,5	44,0	48,1	47,9	45,7	45,6	45,2
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,8	48,2	49,8	53,7	52,7	53,2	53,9	53,7
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	39,5	45,2	40,6	38,2	41,2	39,3
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,4	50,2	47,4	49,3	55,9	55,2	53,7	54,3	54,7
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	52,6	53,3	56,8	56,5	55,9	56,3	56,2
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	47,3	50,5	53,8	50,0	50,0	49,7	50,6
Irland	52,6	42,3	40,9	31,2	33,8	36,6	42,8	48,8	66,8	48,8	44,1	43,1
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	47,7	48,6	52,0	50,6	50,0	50,4	49,5
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	36,3	37,1	43,0	42,4	42,0	43,6	44,0
Malta	-	-	39,7	40,3	44,6	42,8	44,1	43,5	43,3	43,0	44,4	43,8
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,2	46,2	51,6	51,3	50,2	50,8	50,8
Österreich	53,5	51,5	56,2	51,8	49,9	48,5	49,3	52,9	52,6	50,5	51,4	50,6
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,3	44,7	49,7	51,2	48,9	47,7	46,1
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,2	34,9	41,5	40,0	37,4	37,7	37,3
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	42,5	44,2	49,3	50,3	50,9	48,7	47,9
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	39,2	41,5	46,3	45,6	43,6	42,4	42,0
Zypern	-	-	33,4	37,1	43,1	41,3	42,1	46,2	46,4	47,3	46,0	45,3
Euroraum	-	-	52,8	46,2	47,3	46,0	47,1	51,2	51,0	49,4	49,4	49,0
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	37,3	39,8	38,3	40,7	37,4	35,2	35,2	35,3
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	50,8	51,6	57,8	57,6	57,8	58,6	56,6
Lettland	-	31,6	38,6	37,6	35,8	36,0	39,1	44,5	43,9	39,1	38,1	37,0
Litauen	-	-	34,2	38,9	33,2	34,6	37,2	43,8	40,9	37,5	36,8	36,1
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	42,2	43,2	44,5	45,4	43,6	43,1	42,4
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	38,2	39,3	41,1	40,2	37,7	36,2	35,4
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	50,9	51,7	54,7	52,2	51,1	52,1	51,8
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,0	41,2	44,9	44,2	43,4	43,3	43,1
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	50,7	49,2	51,5	49,4	48,6	48,6	47,6
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	43,8	47,9	51,6	50,4	49,1	47,4	47,2
EU	-	-	51,9	44,7	46,8	45,6	47,1	51,1	50,6	49,1	48,9	48,4
USA	36,8	37,3	37,2	33,9	36,3	36,8	39,1	42,7	42,5	41,7	40,4	39,2
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,5	35,8	37,0	41,9	40,8	43,0	43,9	44,0

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		Eu-Haush	nalt 2011 ¹		EU-Haushalt 2012 ²					
	Verpflichtu	ungen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen		
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%		
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
Rubrik										
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9		
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1		
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4		
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1		
5. Verwaltung	8 172,8	8 172,8 5,7 8 171,5 6,4 8 279,6 5,6					8 277,7	6,4		
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0		

¹ EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	- 12,7	5,4	- 215,8
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	-4,0	646,6	- 287,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2.360,9

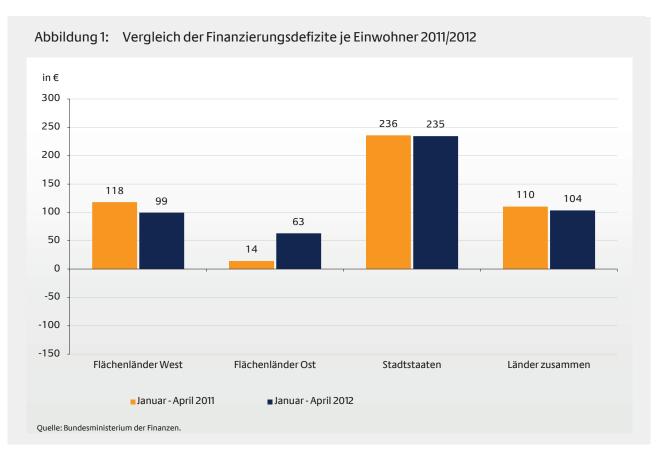
 $^{^2}$ EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012

	Flächenlän	der (West)	Flächenläi	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zusammen				
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist			
		in Mio. €									
Bereinigte Einnahmen	203 736	64 955	51 021	15 339	34 322	11 485	282 888	89 63			
darunter:											
Steuereinnahmen	159 417	51 401	28 344	9 3 5 9	22 497	6 842	210 258	67 60			
Übrige Einnahmen	44319	13 555	22 677	5 980	11824	4 643	72 630	22 029			
Bereinigte Ausgaben	215 723	71 230	51 424	16 148	31 419	12 880	292 377	98 110			
darunter:											
Personalausgaben	84 175	29 287	12 555	4244	9 9 4 2	4 0 6 8	106 672	37 599			
Lfd. Sachaufwand	14019	4282	3 686	1 089	5 3 5 7	2 911	23 062	8 282			
Zinsausgaben	14030	6389	3 007	1 186	3 9 1 5	1 537	20 952	9 112			
Sachinvestitionen	4343	759	1 625	260	726	148	6 694	1 16			
Zahlungen an Verwaltungen	60 351	18 199	18 003	5 805	1 127	231	73 291	22 08			
Übrige Ausgaben	38 805	12314	12 549	3 564	10 352	3 986	61 706	1986			
Finanzierungssaldo	-11 987	-6 275	- 404	- 809	-2 652	-1 395	-15 043	-8 47			



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2012

		in Mio. €								
			April 2011			März 2012			April 2012	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	80 147	87 414	161 685	58 613	71 385	125 937	81 374	89 631	165 205
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	78 602	81 272	159 875	58 026	69 087	127 113	80 100	86 055	166 156
111	Steuereinnahmen	71 856	63 424	135 281	53 855	53 662	107 517	73 931	67 602	141 533
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	843	13 747	14590	640	12 522	13 162	893	14 651	15 544
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	609	609	-	647	647	-	647	647
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 545	6 142	7 687	587	2 298	2 885	1 274	3 576	4850
121	Veräußerungserlöse	768	231	998	49	420	469	685	447	1 13
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	663	74	738	0	311	311	625	352	97
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	301	4 2 5 0	4550	182	1 166	1 347	177	2 081	2 258
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	109 028	96 433	199 585	82 673	76 071	154 683	108 233	98 110	200 542
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	102 562	88 646	191 208	78 586	71 016	149 602	102 159	91 457	193 61
211	Personalausgaben	10 051	36 415	46 466	7 598	29 017	36616	9 773	37 599	4737
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 854	10 403	13 257	2 272	8 479	10 752	2 888	10907	13 79
212	Laufender Sachaufwand	5 499	7 968	13 467	4796	6 2 2 7	11 023	6 169	8 282	1445
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	2 630	5 2 2 1	7 851	2 386	4 040	6 427	3 213	5 298	8 51
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	16 818	9 3 3 9	26 157	12 042	7 093	19 135	16 614	9 112	25 72
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 655	18 815	23 470	3 502	15 755	19 257	4728	19841	24 569
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	12	12	-	- 68	- 68	-	41	4
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5	17 535	17 540	3	14803	14806	4	18 473	18 47
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	6 465	7 787	14252	4087	5 055	9 142	6 0 7 5	6 653	12 72
221	Sachinvestitionen	1 091	1 354	2 445	770	812	1 582	1 179	1 167	2 34
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 674	3 132	4806	852	1 848	2 700	1 597	2 246	3 84
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	6 3 2 6	7515	13 841	3 971	4 909	8 8 7 9	5874	6 470	1234

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2012

						in Mio. €						
			April 2011			März 2012			April 2012			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt		
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-28 849 ²	-9 018	-37 867	-24 040 ²	-4 686	-28 726	-26 836 ²	-8 479	-35 315		
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung											
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	101 418	29 642	131 060	62 769	18 410	81 179	79 356	23 956	103 312		
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	92 874	38 097	130 971	60 362	31 820	92 182	80 654	37 363	118 017		
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	8 544	-8 454	90	2 407	-13 410	-11 003	-1 297	-13 408	-14 704		
	Zum Ende des Monats bestehende											
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände											
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-6815	8 127	1 312	158	4316,4	4474,6	1913	6 076	7 989		
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 021	15 021	-	18 947	18947	-	18 171	18 17		
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	6 8 1 6	-9 008	-2 192	- 156	-1145,8	-1302,1	1911	-4 321	-2 410		

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
l	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	11 537	14 299 ª	3 023	6 022	2 123	8 493	17 089	4 056	94
1	Einnahmen der laufenden Rechung	11 142	13 808	2874	5 844	1 936	7 923	16519	3 907	91
11	Steuereinnahmen	8 910	11 382	1 827	4886	1 143	6419 4	14 030	2 903	75
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 691	1 152	809	623	654	828	1718	710	12
121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	50	-	-	34	-	37	1
122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	111	-	148	63	69	54	3
2	Einnahmen der Kapitalrechnung	395	491 ª	149	178	187	571	570	149	2
21	Veräußerungserlöse	0	0	5	2	3	239	2	36	
211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	283	-	36	
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	298	382	87	166	89	246	317	77	1
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	12 554	14 247 ^b	3 172	7 463	2 122	8 673	18 780	5 068	1 40
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	11 837	13 181 b	2 907	6 968	1 942	8 076	17 458	4681	1 31
211	Personalausgaben	5 690	6722	854	2 659	557	3 257 2	6 975 ²	2 1 1 8	52
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 758	2 009	68	879	37	1 044	2 372	661	20
212	Laufender Sachaufwand	589	994	165	544	137	573	1 062	310	į
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	525	804	143	447	120	412	810	262	Ę
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	998	569 ^b	229	839	141	826	1 865	597	30
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 840	3 465	1 133	1 914	721	2 128	4232	1 004	18
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	732	1017	-	716	-	-	-	-	
142	Zuweisungen an Gemeinden	2 088	2 416	956	1 178	617	2 127	4169	984	18
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	717	1 065	265	495	180	597	1 322	387	g
21	Sachinvestitionen	152	315	19	138	44	40	51	19	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	297	421	95	226	80	62	595	139	:
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	697	1 036	265	483	180	597	1 249	377	8

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 016	53 ^c	- 149	-1 441	2	- 180	-1 691	-1 011	- 465
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4353	1 845	1 145	2 648	400	- 448	3 307	2 471	260
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	5887	1 758	2 358	3 776	250	781	7 080	3 869	347
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-1 534	87	-1 213	-1 128	150	-1 229	-3 773	-1 398	-88
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	200	1 295	-	-	1 344	441	314
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 058	4302	30	1 385	1 041	2 667	1 195	2	702
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 176	-	- 780	-1 185	508	965	-1 746	- 440	169

 $^{^1} In\, der\, L\"{a}nder summe \, ohne\, Zuweisungen\, von\, L\"{a}nder n\, im\, L\"{a}nder finanzausgleich.$

²Ohne Mai-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 6,1 Mio. \in , b 192,4 Mio. \in , c -186,3 Mio. \in .

⁴ NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,5 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2012

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	4 561	2 780	2 791	2 852	7 035	1 193	3 370	89 63
11	Einnahmen der laufenden Rechung	4501	2 685	2 677	2 680	6 760	1 160	3 259	86 05
111	Steuereinnahmen	2 975	1 654	2 114	1 759	3 569	654	2 619	67 60
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 365	931	388	804	2 2 3 6	387	232	1465
1121	darunter: Allgemeine BEZ	96	57	34	53	256	43	-30	64
1122	Länderfinanzausgleich ¹	287	190	51	182	1 095	246	1	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	60	96	114	172	275	33	111	3 57
121	Veräußerungserlöse	0	1	6	35	73	0	43	44
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	28	1	-	1	35
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	18	65	55	90	95	17	60	2 08
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	4 631	3 214	3 313	3 010	7 371	1 559	4 062	98 11
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	4 2 4 5	2 996	3 151	2833	7 096	1 465	3 841	91 45
211	Personalausgaben	1 296	785	1 3 3 9	752	2 490	472	1 107	37 59
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	75	61	473	52	649	156	409	10 90
212	Laufender Sachaufwand	255	338	155	194	1 616	248	1 047	8 28
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	219	97	135	120	682	109	364	5 29
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	147	375	396	294	927	242	367	911
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende	1 602	922	874	1 091	93	40	133	1984
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	113	4
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 221	750	819	954	2	2	4	18 47
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	386	219	162	176	275	94	221	6 65
221	Sachinvestitionen	114	38	32	45	39	11	98	116
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	75	57	70	29	34	30	14	2 24
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	386	219	161	176	253	90	221	6 47

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2012

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 70	- 434	- 523	- 158	- 336	- 367	- 692	-8 479
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	1 867	701	718	3 880	1 664	-855	23 956
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	171	1 387	1 178	925	4154	2 452	991	37363
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo	- 171	481	- 477	- 207	-274	-788	-1 846	-13 408
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 117	-	210	115	663	378	6 07
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 647	70	-	-	388	493	2 192	18 17
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-1 195	-973	143	- 106	- 658	1 154	-432

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne Mai-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 6,1 Mio. €, b 192,4 Mio. €, c -186,3 Mio. €.

⁴ NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,5 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,0	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,5	53,1	2,9	6,8	+3,7	+3,2	+1,4	17,5
2011	41,1	+1,3	53,2	2,5	5,7	+3,0	+1,6	+1,4	18,2
2006/01	39,1	-0,1	52,1	3,9	9,2	+1,0	+1,2	+1,6	18,2
2011/06	40,2	+1,0	53,0	3,3	7,5	+1,1	+0,2	+0,4	18,0

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,} Erwerbspersonen\, (inländische\, Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO])\, in\, \%\, der\, Wohnbev\"{o}lkerung\, nach\, ESVG\, 95.$

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4}$ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			V	/eränderung in % p.a	ı.		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,7	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,1	+0,1	+0,4	+6,0
2010	+4,3	+0,6	-2,0	+1,4	+1,9	+1,1	-1,5
2011	+3,8	+0,8	-2,4	+1,8	+2,1	+2,3	+1,2
2006/01	+1,9	+0,9	+0,0	+1,0	+1,3	+1,4	-0,5
2011/06	+2,1	+1,0	-0,4	+1,2	+1,4	+1,7	+1,4

 $^{^{1}} Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+3,8	+6,1	154,2	153,3	48,1	41,8	6,2	6,2
2009	-16,2	-15,2	118,5	136,7	41,9	37,0	5,0	5,8
2010	+16,5	+16,7	135,5	143,2	46,8	41,4	5,5	5,8
2011	+11,2	+13,4	127,7	138,3	50,1	45,2	5,0	5,4
2006/01	+7,6	+6,0	96,4	73,9	38,6	34,2	4,4	3,3
2011/06	+4,1	+4,7	139,3	150,7	46,6	40,9	5,7	6,2

¹ In jeweiligen Preisen.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)		quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
1.1.		0/	_	unbereinigt ¹	bereinigt ²	\/=	!
Jahr	V	eränderung in % p.a	a. —————		1%	Veränderui	ng in % p.a.
1991	•	•	•	70,8	70,8	•	•
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,9	-3,7	+3,6	64,9	66,3	+2,2	-0,4
2009	-4,6	-13,5	+0,1	68,2	69,6	-0,3	-0,5
2010	+5,1	+10,5	+2,5	66,5	68,0	+2,2	+1,6
2011	+3,8	+2,7	+4,4	66,9	68,3	+3,3	+0,2
2006/01	+2,8	+8,0	+0,4	68,8	70,0	+0,8	-0,6
2011/06	+1,7	-0,0	+2,7	65,6	67,1	+1,8	+0,1

 $^{^1} Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 25. April 2012

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/outgaps/library.

Die Berechnungen zu den verwendeten Budgetsensitivitäten werden in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: Girouard und André (2005), Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamtes sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem HP-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamtes zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2012 der Bundesregierung.
- 5. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige

Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium. de/nn_123210/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Monatsbericht__des__BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node. html?__nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität ¹	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)			in Mrd. € (nominal)
2013	2 737,4	2 714,5	-23,0	0,160	-3,7
2014	2 812,2	2 794,9	-17,2	0,160	-2,8
2015	2 886,8	2 877,8	-9,0	0,160	-1,4
2016	2 963,1	2 963,1	0,0	0,160	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken				
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	ninal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP	
1980	1 381,0		833,7		34,7	2,5	21,0	2,5	
1981	1 413,4	+2,3	888,9	+6,6	9,8	0,7	6,2	0,7	
1982	1 444,7	+2,2	950,2	+6,9	-27,1	-1,9	-17,8	-1,9	
1983	1 475,7	+2,1	997,8	+5,0	-35,8	-2,4	-24,2	-2,4	
1984	1 506,8	+2,1	1 039,1	+4,1	-26,2	-1,7	-18,1	-1,7	
1985	1 536,0	+1,9	1 081,8	+4,1	-21,0	-1,4	-14,8	-1,4	
1986	1 567,6	+2,1	1 137,1	+5,1	-17,9	-1,1	-13,0	-1,1	
1987	1 600,9	+2,1	1 176,2	+3,4	-29,5	-1,8	-21,7	-1,8	
1988	1 640,0	+2,4	1 225,3	+4,2	-10,4	-0,6	-7,7	-0,6	
1989	1 686,1	+2,8	1 296,0	+5,8	7,0	0,4	5,4	0,4	
1990	1 744,8	+3,5	1 386,7	+7,0	37,3	2,1	29,6	2,1	
1991	1 799,3	+3,1	1 474,0	+6,3	73,9	4,1	60,6	4,1	
1992	1 849,2	+2,8	1 596,8	+8,3	59,8	3,2	51,6	3,2	
1993	1 893,5	+2,4	1 700,2	+6,5	-3,7	-0,2	-3,3	-0,2	
1994	1 930,7	+2,0	1 776,8	+4,5	5,9	0,3	5,4	0,3	
1995	1 965,9	+1,8	1 845,5	+3,9	3,2	0,2	3,0	0,2	
1996	1 999,7	+1,7	1 889,2	+2,4	-15,1	-0,8	-14,2	-0,8	
1997	2 031,9	+1,6	1 924,7	+1,9	-12,8	-0,6	-12,1	-0,6	
1998	2 063,8	+1,6	1 966,5	+2,2	-7,1	-0,3	-6,8	-0,3	
1999	2 096,3	+1,6	2 001,3	+1,8	-1,1	-0,1	-1,1	-0,1	
2000	2 129,0	+1,6	2 018,8	+0,9	30,2	1,4	28,7	1,4	
2001	2 161,7	+1,5	2 072,9	+2,7	30,2	1,4	29,0	1,4	
2002	2 193,0	+1,5	2 133,1	+2,9	-0,9	0,0	-0,9	0,0	
2003	2 221,7	+1,3	2 184,7	+2,4	-37,8	-1,7	-37,2	-1,7	
2004	2 248,9	+1,2	2 235,0	+2,3	-39,6	-1,8	-39,3	-1,8	
2005	2 274,0	+1,1	2 274,0	+1,7	-49,6	-2,2	-49,6	-2,2	
2006	2 300,7	+1,2	2 307,9	+1,5	6,0	0,3	6,0	0,3	
2007	2 329,4	+1,2	2 374,8	+2,9	52,7	2,3	53,7	2,3	
2008	2 357,2	+1,2	2 421,7	+2,0	50,7	2,2	52,1	2,2	
2009	2 378,9	+0,9	2 472,7	+2,1	-94,5	-4,0	-98,2	-4,0	
2010	2 409,1	+1,3	2 519,0	+1,9	-40,4	-1,7	-42,2	-1,7	
2011	2 445,1	+1,5	2 576,4	+2,3	-5,4	-0,2	-5,6	-0,2	
2012	2 481,6	+1,5	2 655,2	+3,1	-24,1	-1,0	-25,8	-1,0	
2013	2 518,8	+1,5	2 737,4	+3,1	-21,1	-0,8	-23,0	-0,8	
2014	2 551,8	+1,3	2 812,2	+2,7	-15,6	-0,6	-17,2	-0,6	
2015	2 583,4	+1,2	2 886,8	+2,7	-8,1	-0,3	-9,0	-0,3	
2016	2 615,1	+1,2	2 963,1	+2,6	0,0	0,0	0,0	0,0	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,2	1,1
1982	+2,2	1,0	0,2	1,0
1983	+2,1	1,2	0,1	0,9
1984	+2,1	1,2	0,0	0,9
1985	+1,9	1,3	-0,2	0,8
1986	+2,1	1,4	-0,2	0,8
1987	+2,1	1,5	-0,2	0,8
1988	+2,4	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,5	1,8	0,7	0,9
1991	+3,1	1,8	0,3	1,0
1992	+2,8	1,6	0,0	1,1
1993	+2,4	1,4	-0,1	1,1
1994	+2,0	1,3	-0,3	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,0	-0,2	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,2	0,9
1998	+1,6	0,9	-0,2	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,2	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,5	1,0	-0,3	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,2	0,8	-0,1	0,5
2005	+1,1	0,7	-0,1	0,5
2006	+1,2	0,7	0,0	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,2	0,5	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,1	0,4
2010	+1,3	0,4	0,5	0,4
2011	+1,5	0,4	0,6	0,4
2012	+1,5	0,5	0,6	0,4
2013	+1,5	0,6	0,5	0,4
2014	+1,3	0,6	0,2	0,5
2015	+1,2	0,7	0,1	0,5
2016	+1,2	0,7	0,0	0,5

 $^{^{1}} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	ınıgt'	nomin	di
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
962	755,3	+4,7	207,0	+11,1
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,7
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,7
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,1
1978	1340,4	+3,0	735,9	+6,
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,
		+1,4		
1980	1 415,7		854,7	+6,9
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,7
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,!
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2 019,1	+1,7	1 912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,7
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,:
2006	2 306,7	+3,7	2313,9	+4,1
2007	2382,1	+3,3	2 428,5	+5,1
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,:
2009	2 284,5	-5,1	2374,5	-4,
2010	2 3 6 8 , 8	+3,7	2 476,8	+4,:
2010				
	2 439,7	+3,0	2 570,8	+3,8
2012	2 457,5	+0,7	2 629,5	+2,3
2013	2 497,6	+1,6	2714,5	+3,7
2014	2 536,2	+1,5	2 794,9	+3,(
2015	2 575,4	+1,5	2 877,8	+3,
2016	2 615,1	+1,5	2 963,1	+3,

 $^{^{1}} Verkette te Volumen angaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005=100). \\$

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorja
1960	46 765			70,0	32 275	
1961	46 821	+0,1		70,6	32 725	+1,4
1962	47 178	+0,8		70,2	32 839	+0,3
963	47 403	+0,5		70,1	32 917	+0,2
964	47 644	+0,5		69,8	32 945	+0,
965	47 966	+0,7	69,2	69,6	33 132	+0,
966	48 146	+0,4	68,9	69,2	33 030	-0,
967	47 914	-0,5	68,7	68,3	31 954	-3,
968	47 823	-0,2	68,6	68,0	31 982	+0,
969	48 208	+0,8	68,6	68,0	32 479	+1,
1970	47 887	-0,7	68,7	69,1	32 926	+1,
971	48 340	+0,9	68,8	68,9	33 076	+0,
1972	48 657	+0,7	68,8	69,0	33 258	+0,
1973	49 013	+0,7	68,8	69,4	33 660	+1,
1974	49 192	+0,4	68,7	69,0	33 341	-0,
1975	49 133	-0,1	68,5	68,3	32 504	-2,
1976	49 116	-0,0	68,3	68,1	32 369	-0,
1977	49 289	+0,4	68,2	67,9	32 442	+0,
1978	49 553	+0,5	68,2	68,1	32 763	+1,
1979	49 978	+0,9	68,3	68,5	33 396	+1,
1980	50 649	+1,3	68,5	68,7	33 956	+1,
1981	51 392	+1,5	68,8	68,8	33 996	+0,
1982	52 069	+1,3	69,2	69,1	33 734	-0,
1983	52 586	+1,0	69,7	69,6	33 427	-0,
1984	52 916	+0,6	70,2	69,9	33 715	+0,
1985	53 020	+0,2	70,8	70,8	34 188	+1,
1986	53 093	+0,1	71,5	71,4	34845	+1,
1987	53 124	+0,1	72,1	72,2	35 331	+1,
1988	53 294	+0,3	72,6	72,9	35 834	+1,
1989	53 664	+0,7	73,1	73,1	36 507	+1,
1990	54518	+1,6	73,4	73,5	37 657	+3,
1991	55 023	+0,9	73,6	74,3	38 712	+2,
1992	55 349	+0,6	73,6	73,6	38 183	-1,
1993	55 613	+0,5	73,6	73,3	37 695	-1,
1994	55 686	+0,1	73,7	73,6	37 667	-0,
1995	55 775	+0,2	73,8	73,6	37 802	+0,
1996	55 907	+0,2	74,0	73,8	37 772	-0,
1997	55 980	+0,1	74,4	74,2	37 716	-0,
1998	55 991	+0,0	74,8	74,8	38 148	+1,
1999	55 952	-0,1	75,3	75,3	38 721	+1,
2000	55 852	-0,2	75,8	76,1	39 382	+1,
2001	55 772	-0,1	76,4	76,5	39 485	+0,
2002	55 719	-0,1	76,9	76,8	39 257	-0,
2003	55 596	-0,2	77,5	77,0	38 918	-0,
2004	55 359	-0,4	78,1	78,0	39 034	+0,
2005	55 063	-0,5	78,7	79,1	38 976	-0,
2006	54746	-0,6	79,2	79,3	39 192	+0,
2007	54 496	-0,5	79,7	79,7	39 857	+1,
2008	54 276	-0,4	80,1	80,1	40 345	+1,
2009	54 006	-0,5	80,5	80,7	40 362	+0,
2010	53 922	-0,2	80,8	80,7	40 553	+0,
2011	53 892	-0,1	81,2	80,9	41 100	+1,
2012	53 810	-0,2	81,5	81,6	41 520	+1,
2013	53 663	-0,3	81,8	81,9	41 610	+0,
2014	53 451	-0,4	82,2	82,1	41 610	+0,
2015	53 188	-0,5	82,5	82,4	41 610	+0,
2016	52 898	-0,5	82,9	82,8	41 610	+0,
2017	52 580	-0,6	83,3	83,3	41010	τυ,
2017	52 244	-0,6	83,8	83,8	•	
2019	51 892	-0,7	84,2	84,3	•	

 $^{^112.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1.$

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbs	stätigen, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw				in % der Erwerbs-	NAIRU ³	
	Stunden	in % ggü. Voriahr	Stunden	in % ggü. Voriahr	in Tsd.	in % ggü. Voriahr	personen ²		
960		·	2 165	·	25 095		1,4		
961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9		
962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8		
963			2 071	-1,4	26 377	+1,1	1,0		
964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9		
965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8		
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8		
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,	
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,	
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,	
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,	
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,	
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,	
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,	
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,	
975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,	
1976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,	
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,	
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,	
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,	
1980	1 742	-0,9	1743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,	
1981	1 727	-0,9	1722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,	
1982	1 712	-0,9	1711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,	
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,	
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,	
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	6,	
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,	
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,	
				•					
1988	1610	-1,0	1617	-0,3 -1,4	32 356	+1,6	7,7	7,	
1989	1 594	-1,0	1 594		33 004	+2,0	6,9		
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,	
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,	
1992	1 556	-0,7	1 5 6 4	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,	
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34 020	-1,6	7,5	7,	
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,	
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,	
1996	1 516	-0,7	1511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,	
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,	
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,	
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,	
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,	
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,	
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,	
2003	1 440	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,	
2004	1 433	-0,5	1 436	+0,0	34 777	-0,1	9,6	8,	
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,	
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34 736	+0,5	9,8	8,	
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,	
2008	1 412	-0,3	1 422	-0,0	35 866	+1,4	7,2	7,	
2009	1 409	-0,3	1 383	-2,8	35 894	+0,1	7,4	7,	
2010	1 408	-0,1	1 408	+1,8	36 065	+0,5	6,8	6,	
2011	1 408	+0,0	1 413	+0,3	36 554	+1,4	5,7	6,	
2012	1 410	+0,1	1 413	+0,0	36 933	+1,0	5,5	5,	
2013	1 411	+0,1	1 413	+0,0	36 993	+0,2	5,3	5,	
2014	1 411	+0,0	1 412	-0,1	36 993	+0,0	5,2	5,	
2015	1 411	+0,0	1 411	-0,1	36 993	+0,0	5,1	5,	
2016	1 411	-0,0	1 411	-0,1	36 993	+0,0	5,0	4,	
2017	1 410	-0,0	1 410	-0,0					
2018	1 410	-0,0	1 409	-0,0		•			
2019	1 409	-0,0	1 409	-0,0	•	· .			

 $^{^112.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1.$

 $^{{}^2\,} Erwerbs lose nquote \, nach \, Definition \, der \, International \, Labour \, Organization \, (ILO).$

 $^{^{\}rm 3}\,{\rm NAIRU}$ - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6 3 0 7, 7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	443,0	+1,7	2,2
2009	11 982,8	+1,3	392,5	-11,4	2,0
2010	12 111,4	+1,1	414,1	+5,5	2,4
2011	12 257,0	+1,2	440,7	+6,4	2,4
2012	12 411,1	+1,3	448,8	+1,9	2,4
2013	12 565,7	+1,2	467,4	+4,1	2,5
2014	12 730,0	+1,3	480,6	+2,8	2,5
2015	12 906,4	+1,4	494,3	+2,8	2,5
2016	13 092,1	+1,4	508,3	+2,8	2,5

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4392
1981	-7,4270	-7,4291
1982	-7,4314	-7,4187
1983	-7,4141	-7,4072
1984	-7,3961	-7,3948
1985	-7,3814	-7,3815
1986	-7,3718	-7,3675
1987	-7,3662	-7,3526
1988	-7,3450	-7,3364
1989	-7,3180	-7,3192
1990	-7,2866	-7,3015
1991	-7,2573	-7,2841
1992	-7,2459	-7,2680
1993	-7,2510	-7,2538
1994	-7,2351	-7,2411
1995	-7,2238	-7,2299
1996	-7,2171	-7,2197
1997	-7,2052	-7,2102
1998	-7,2001	-7,2009
1999	-7,1966	-7,1916
2000	-7,1770	-7,1817
2001	-7,1639	-7,1720
2002	-7,1615	-7,1629
2003	-7,1628	-7,1547
2004	-7,1585	-7,1471
2005	-7,1532	-7,1399
2006	-7,1223	-7,1328
2007	-7,1056	-7,1265
2008	-7,1082	-7,1213
2009	-7,1474	-7,1175
2010	-7,1296	-7,1132
2011	-7,1152	-7,1088
2012	-7,1192	-7,1041
2013	-7,1088	-7,0984
2014	-7,0975	-7,0921
2015	-7,0866	-7,0851
2016	-7,0760	-7,0777

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı
1960	24,2		27,7		83,9	
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,7	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	+0,1	1 230,6	+0,1
2010	104,6	+0,6	106,3	+1,9	1 261,4	+2,5
2011	105,4	+0,8	108,5	+2,1	1 317,1	+4,4
2012	107,0	+1,5	110,8	+2,1	1 361,5	+3,4
2013	108,7	+1,6	112,8	+1,8	1 395,4	+2,5
2014	110,2	+1,4	114,7	+1,7	1 428,1	+2,3
2015	111,7	+1,4	116,7	+1,7	1 462,7	+2,4
2016	113,3	+1,4	118,7	+1,7	1 498,4	+2,4

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche \	/eränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	+1,1	-5,1	+3,7	+3,0	+0,7	+1,7
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+1,0	-2,8	+2,3	+1,9	+0,0	+1,2
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-3,7	-14,3	+2,3	+7,6	+1,6	+3,8
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-0,2	-3,3	-3,5	-6,9	-4,7	+0,0
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+0,9	-3,7	-0,1	+0,7	-1,8	-0,3
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-0,1	-2,7	+1,5	+1,7	+0,5	+1,3
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,3	+5,3	-3,0	-7,0	-0,4	+0,7	+0,5	+1,9
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-1,2	-5,5	+1,8	+0,4	-1,4	+0,4
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+3,6	-1,9	+1,1	+0,5	-0,8	+0,3
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+0,8	-5,3	+2,7	+1,6	+1,1	+2,1
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	+4,1	-2,7	+2,3	+2,1	+1,2	+1,9
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,8	-3,5	+1,7	+1,2	-0,9	+0,7
Österreich	+2,5	+4,2	+2,7	+3,7	+2,4	+1,4	-3,8	+2,3	+3,1	+0,8	+1,7
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+0,0	-2,9	+1,4	-1,6	-3,3	+0,3
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+5,8	-4,9	+4,2	+3,3	+1,8	+2,9
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+3,6	-8,0	+1,4	-0,2	-1,4	+0,7
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+0,3	-8,4	+3,7	+2,9	+0,8	+1,6
Euroraum	+2,2	+3,5	+2,3	+3,8	+1,7	+0,4	-4,3	+1,9	+1,5	-0,3	+1,0
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,2	-5,5	+0,4	+1,7	+0,5	+1,9
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-0,8	-5,8	+1,3	+1,0	+1,1	+1,4
Lettland	-	-	-0,9	+6,1	+10,1	-3,3	-17,7	-0,3	+5,5	+2,2	+3,6
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	+2,9	-14,8	+1,4	+5,9	+2,4	+3,5
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+5,1	+1,6	+3,9	+4,3	+2,7	+2,6
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+7,3	-6,6	-1,6	+2,5	+1,4	+2,9
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-0,6	-5,0	+6,1	+3,9	+0,3	+2,1
Tschechien	-	-	+5,9	+4,2	+6,8	+3,1	-4,7	+2,7	+1,7	+0,0	+1,5
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+0,9	-6,8	+1,3	+1,7	-0,3	+1,0
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,5	+2,1	-1,1	-4,4	+2,1	+0,7	+0,5	+1,7
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+0,3	-4,3	+2,0	+1,5	+0,0	+1,3
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-1,0	-5,5	+4,4	-0,7	+1,9	+1,7
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-0,4	-3,5	+3,0	+1,7	+2,0	+2,1

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Belgien Estland Griechenland Spanien Frankreich Irland Italien Zypern Luxemburg Malta Niederlande Österreich Portugal Slowakei Slowenien Finnland Euroraum Bulgarien Dänemark Lettland			jährlich	ne Veränderunger	n in %		
Land	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,3	+1,8
Belgien	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,9	+1,8
Estland	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+3,9	+3,4
Griechenland	+3,0	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	-0,5	-0,3
Spanien	+2,8	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+1,9	+1,1
Frankreich	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,1	+1,9
Irland	+2,9	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+1,7	+1,2
Italien	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,2	+2,3
Zypern	+2,2	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,4	+2,5
Luxemburg	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+3,0	+2,0
Malta	+0,7	+4,7	+1,8	+2,0	+2,4	+2,0	+2,2
Niederlande	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,5	+1,8
Österreich	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,4	+2,0
Portugal	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+3,0	+1,1
Slowakei	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+2,9	+1,9
Slowenien	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,2	+1,7
Finnland	+1,6	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5
Euroraum	+2,1	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,4	+1,8
Bulgarien	+7,6	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,6	+2,7
Dänemark	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,6	+1,5
Lettland	+10,1	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,6	+2,1
Litauen	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,1	+2,9
Polen	+2,6	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+2,9
Rumänien	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,1	+3,4
Schweden	+1,7	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+1,1	+1,5
Tschechien	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,3	+2,2
Ungarn	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,5	+3,9
Vereinigtes Königreich	+2,3	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,9	+2,0
EU	+2,4	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,9
Japan	+0,0	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	-0,3	+0,8
USA	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,5	+2,0

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

land				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,5	7,8	7,1	5,9	5,5	5,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,0	7,9	8,3	7,2	7,6	7,9
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	5,5	13,8	16,9	12,5	11,6	10,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,7	9,9	7,7	9,5	12,6	17,7	19,7	19,6
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	11,3	18,0	20,1	21,7	24,4	25,1
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	7,8	9,5	9,8	9,7	10,2	10,3
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	6,3	11,9	13,7	14,4	14,3	13,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	6,7	7,8	8,4	8,4	9,5	9,7
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	3,7	5,3	6,2	7,8	9,8	9,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,9	5,1	4,6	4,8	5,2	5,9
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,0	6,9	6,9	6,5	6,6	6,3
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,1	3,7	4,5	4,4	5,7	6,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	3,8	4,8	4,4	4,2	4,3	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	8,5	10,6	12,0	12,9	15,5	15,1
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	9,5	12,0	14,4	13,5	13,2	12,7
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,4	5,9	7,3	8,2	9,1	9,4
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,4	8,2	8,4	7,8	7,9	7,7
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,7	9,2	7,6	9,6	10,1	10,2	11,0	11,0
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	5,6	6,8	10,2	11,2	12,0	11,9
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,4	6,0	7,5	7,6	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	7,5	17,1	18,7	16,1	14,8	13,2
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,8	13,7	17,8	15,4	13,8	12,7
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	7,1	8,2	9,6	9,7	9,8	9,6
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	5,8	6,9	7,3	7,4	7,2	7,1
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	6,2	8,3	8,4	7,5	7,7	7,7
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	4,4	6,7	7,3	6,7	7,2	7,2
Ungarn	-	-	9,8	6,4	7,2	7,8	10,0	11,2	10,9	10,6	9,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,6	7,6	7,8	8,0	8,5	8,4
EU	9,4	7,3	10,7	8,8	9,0	7,1	9,0	9,7	9,7	10,3	10,3
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8	4,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	5,8	9,3	9,6	9,0	8,2	8,0

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

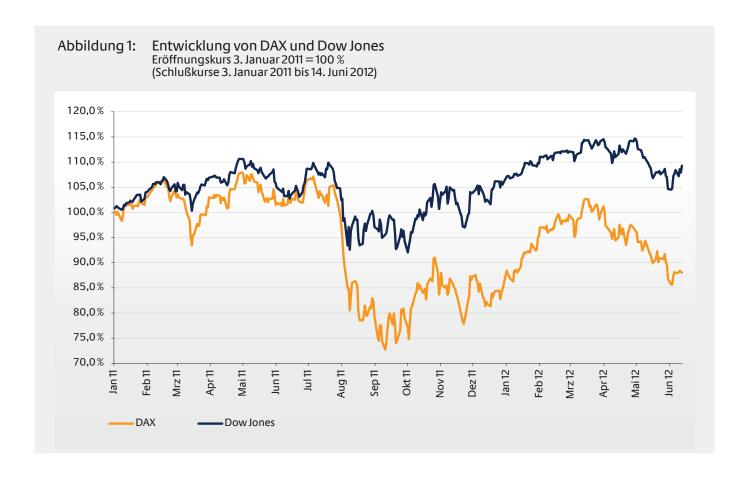
	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	ısbilanz	
			Verände	rung gege	enüber Vorjahr in %				in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+4,9	+4,2	+4,1	+7,2	+10,1	+7,1	+7,7	3,7	4,6	4,0	1,7
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+4,3	+4,0	+3,9	+6,9	+8,4	+4,8	+6,4	4,7	5,5	4,8	1,9
Ukraine	+4,1	+5,2	+3,0	+3,5	+9,4	+8,0	+4,5	+6,7	-2,2	-5,6	-5,9	-5,2
Asien	+9,7	+7,8	+7,3	+7,9	+5,7	+6,5	+5,0	+4,6	3,2	1,8	1,2	1,4
darunter												
China	+10,4	+9,2	+8,2	+8,8	+3,3	+5,4	+3,3	+3,0	5,1	2,8	2,3	2,6
Indien	+10,6	+7,2	+6,9	+7,3	+12,0	+8,6	+8,2	+7,3	-3,3	-2,8	-3,2	-2,9
Indonesien	+6,2	+6,5	+6,1	+6,6	+5,1	+5,4	+6,2	+6,0	0,8	0,2	-0,4	-0,9
Korea	+6,3	+3,6	+3,5	+4,0	+2,9	+4,0	+3,4	+3,2	2,9	2,4	1,9	1,5
Thailand	+7,8	+0,1	+5,5	+7,5	+3,3	+3,8	+3,9	+3,3	4,1	3,4	1,0	1,4
Lateinamerika	+6,2	+4,5	+3,7	+4,1	+6,0	+6,6	+6,4	+5,9	-1,1	-1,2	-1,8	-2,0
darunter												
Argentinien	+9,2	+8,9	+4,2	+4,0	+10,5	+9,8	+9,9	+9,9	0,6	-0,5	-0,7	-1,1
Brasilien	+7,5	+2,7	+3,0	+4,1	+5,0	+6,6	+5,2	+5,0	-2,2	-2,1	-3,2	-3,2
Chile	+6,1	+5,9	+4,3	+4,5	+1,4	+3,3	+3,8	+3,0	1,5	-1,3	-2,4	-2,4
Mexiko	+5,5	+4,0	+3,6	+3,7	+4,2	+3,4	+3,9	+3,0	-0,3	-0,8	-0,8	-0,9
Sonstige												
Türkei	+9,0	+8,5	+2,3	+3,2	+8,6	+6,5	+10,6	+7,1	-6,3	-9,9	-8,8	-8,2
Südafrika	+2,9	+3,1	+2,7	+3,4	+4,3	+5,0	+5,7	+5,3	-2,8	-3,3	-4,8	-5,5

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2012.

	••	
T - L - H - 47	Übersicht Weltfinanz	
	TIDARSICHT WAITTINANA	marvta
Tabelle II.		

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.06.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dow Jones	12 652	12 218	+3,6	10 655	13 279
Eurostoxx 50	2 148	2317	-7,3	1 995	3 068
Dax	6139	5 8 9 8	+4,1	5 072	7 528
CAC 40	3 032	3 160	-4,0	2 782	4 157
Nikkei	8 569	8 455	+1,3	8 160	10 858
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	14.06.2012	2011	US-Bond	2011/2012	2011/2012
USA	1,65	1,89	-	1,46	3,78
Deutschland	1,51	1,83	-0,1	1,17	3,49
Japan	0,86	0,99	-0,8	0,82	1,36
Vereinigtes Königreich	1,76	1,95	+0,1	1,53	3,90
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.06.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dollar/Euro	1,26	1,29	-3,0	1,23	1,49
Yen/Dollar	79,40	76,86	+3,3	75,79	85,39
Yen/Euro	99,51	100,20	-0,7	96,25	122,80
Pfund/Euro	0,81	0,84	-3,1	0,80	0,91



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	+3,7	+3,0	+0,7	+1,7	+1,2	+2,5	+2,3	+1,8	7,1	5,9	5,5	5,3
OECD	+3,6	+3,1	+1,2	+2,0	+1,2	+2,5	+2,3	+2,0	6,8	5,7	5,4	5,2
IWF	+3,6	+3,1	+0,6	+1,5	+1,2	+2,5	+1,9	+1,8	7,1	6,0	5,6	5,5
USA												
EU-KOM	+3,0	+1,7	+2,0	+2,1	+1,6	+3,2	+2,5	+2,0	9,6	9,0	8,2	8,0
OECD	+3,0	+1,7	+2,4	+2,6	+1,6	+3,1	+2,3	+1,9	9,6	8,9	8,1	7,6
IWF	+3,0	+1,7	+2,1	+2,4	+1,6	+3,1	+2,1	+1,9	9,6	9,0	8,2	7,9
Japan												
EU-KOM	+4,4	-0,7	+1,9	+1,7	-0,7	-0,3	-0,3	+0,8	5,1	4,9	4,8	4,7
OECD	+4,5	-0,7	+2,0	+1,5	-0,7	-0,3	-0,2	-0,2	5,1	4,6	4,5	4,4
IWF	+4,4	-0,7	+2,0	+1,7	-0,7	-0,3	+0,0	+0,0	5,1	4,5	4,5	4,4
Frankreich												
EU-KOM	+1,5	+1,7	+0,5	+1,3	+1,7	+2,3	+2,1	+1,9	9,8	9,7	10,2	10,3
OECD	+1,6	+1,7	+0,6	+1,2	+1,7	+2,3	+2,4	+1,8	9,4	9,3	9,8	10,0
IWF	+1,4	+1,7	+0,5	+1,0	+1,7	+2,3	+2,0	+1,6	9,8	9,7	9,9	10,1
Italien												
EU-KOM	+1,8	+0,4	-1,4	+0,4	+1,6	+2,9	+3,2	+2,3	8,4	8,4	9,5	9,7
OECD	+1,8	+0,5	-1,7	-0,4	+1,6	+2,9	+3,3	+2,3	8,4	8,4	9,4	9,9
IWF	+1,8	+0,4	-1,9	-0,3	+1,6	+2,9	+2,5	+1,8	8,4	8,4	9,5	9,7
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+2,1	+0,7	+0,5	+1,7	+3,3	+4,5	+2,9	+2,0	7,8	8,0	8,5	8,4
OECD	+2,1	+0,7	+0,5	+1,9	+3,3	+4,5	+2,6	+1,9	7,9	8,1	8,6	9,0
IWF	+2,1	+0,7	+0,8	+2,0	+3,3	+4,5	+2,4	+2,0	7,9	8,0	8,3	8,2
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+3,2	+2,5	+2,2	+2,6	+1,8	+2,9	+2,3	+2,2	8,0	7,5	6,9	6,6
IWF	+3,2	+2,5	+2,1	+2,2	+1,8	+2,9	+2,2	+2,0	8,0	7,5	7,4	7,3
Euroraum												
EU-KOM	+1,9	+1,5	-0,3	+1,0	+1,6	+2,7	+2,4	+1,8	10,1	10,2	11,0	11,0
OECD	+1,9	+1,5	-0,1	+0,9	+1,6	+2,7	+2,4	+1,9	9,9	10,0	10,8	11,1
IWF	+1,9	+1,4	-0,3	+0,9	+1,6	+2,7	+2,0	+1,6	10,1	10,1	10,9	10,8
EZB	+1,7	+1,5	-0,1	+1,1	+1,6	+2,7	+2,4	+1,6	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	+2,0	+1,5	+0,0	+1,3	+2,1	+3,1	+2,6	+1,9	9,7	9,7	10,3	10,3
IWF	+2,0	+1,6	+0,0	+1,3	+2,0	+3,1	+2,3	+1,8	-	-	-	_

Quellen:

EU-KOM:Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012.

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, März 2012 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote							
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Belgien												
EU-KOM	+2,3	+1,9	+0,0	+1,2	+2,3	+3,5	+2,9	+1,8	8,3	7,2	7,6	7,9
OECD	+2,2	+2,0	+0,4	+1,3	+2,3	+3,5	+2,9	+1,9	8,3	7,2	7,5	7,8
IWF	+2,3	+1,9	+0,0	+0,8	+2,3	+3,5	+2,4	+1,9	8,3	7,2	8,0	8,3
Estland												
EU-KOM	+2,3	+7,6	+1,6	+3,8	+2,7	+5,1	+3,9	+3,4	16,9	12,5	11,6	10,5
OECD	+2,3	+7,6	+2,2	+3,6	+2,7	+5,1	+3,9	+3,0	16,8	12,5	11,4	10,4
IWF	+2,3	+7,6	+2,0	+3,6	+2,9	+5,1	+3,9	+2,6	17,3	12,5	11,3	10,0
Finnland												
EU-KOM	+3,7	+2,9	+0,8	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5	8,4	7,8	7,9	7,7
OECD	+3,7	+2,9	+0,9	+2,0	+1,7	+3,3	+3,2	+2,4	8,4	7,8	7,9	7,8
IWF	+3,7	+2,9	+0,6	+1,8	+1,7	+3,3	+2,9	+2,1	8,4	7,8	7,7	7,8
Griechenland												
EU-KOM	-3,5	-6,9	-4,7	+0,0	+4,7	+3,1	-0,5	-0,3	12,6	17,7	19,7	19,6
OECD	-3,5	-6,9	-5,3	-1,3	+4,7	+3,1	+0,8	-0,5	12,5	17,6	21,2	21,6
IWF	-3,5	-6,9	-4,7	+0,0	+4,7	+3,1	-0,5	-0,3	12,5	17,3	19,4	19,4
Irland												
EU-KOM	-0,4	+0,7	+0,5	+1,9	-1,6	+1,2	+1,7	+1,2	13,7	14,4	14,3	13,6
OECD	-0,4	+0,7	+0,6	+2,1	-1,6	+1,2	+2,0	+1,2	13,6	14,5	14,5	14,4
IWF	-0,4	+0,7	+0,5	+2,0	-1,6	+1,1	+1,7	+1,2	13,6	14,4	14,5	13,8
Luxemburg												
EU-KOM	+2,7	+1,6	+1,1	+2,1	+2,8	+3,7	+3,0	+2,0	4,6	4,8	5,2	5,9
OECD	+2,7	+1,6	+0,6	+2,2	+2,8	+3,7	+3,1	+2,3	5,8	5,7	6,3	6,6
IWF	+2,7	+1,0	-0,2	+1,9	+2,3	+3,4	+2,3	+1,6	6,2	6,0	6,0	6,0
Malta												
EU-KOM	+2,3	+2,1	+1,2	+1,9	+2,0	+2,4	+2,0	+2,2	6,9	6,5	6,6	6,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,3	+2,1	+1,2	+2,0	+2,0	+2,4	+2,0	+1,9	6,9	6,4	6,6	6,5
Niederlande												
EU-KOM	+1,7	+1,2	-0,9	+0,7	+0,9	+2,5	+2,5	+1,8	4,5	4,4	5,7	6,2
OECD	+1,6	+1,3	-0,6	+0,7	+0,9	+2,5	+2,4	+1,5	4,4	4,4	5,3	5,7
IWF	+1,6	+1,3	-0,5	+0,8	+0,9	+2,5	+1,8	+1,8	4,5	4,5	5,5	5,5
Österreich												
EU-KOM	+2,3	+3,1	+0,8	+1,7	+1,7	+3,6	+2,4	+2,0	4,4	4,2	4,3	4,2
OECD	+2,5	+3,0	+0,8	+1,6	+1,7	+3,6	+2,3	+1,8	4,4	4,1	4,6	4,8
IWF	+2,3	+3,1	+0,9	+1,8	+1,7	+3,6	+2,2	+1,9	4,4	4,2	4,4	4,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Portugal													
EU-KOM	+1,4	-1,6	-3,3	+0,3	+1,4	+3,6	+3,0	+1,1	12,0	12,9	15,5	15,1	
OECD	+1,4	-1,6	-3,2	-0,9	+1,4	+3,6	+3,1	+0,7	10,8	12,8	15,4	16,2	
IWF	+1,4	-1,5	-3,3	+0,3	+1,4	+3,6	+3,2	+1,4	10,8	12,7	14,4	14,0	
Slowakei													
EU-KOM	+4,2	+3,3	+1,8	+2,9	+0,7	+4,1	+2,9	+1,9	14,4	13,5	13,2	12,7	
OECD	+4,2	+3,3	+2,6	+3,0	+0,7	+4,1	+3,2	+2,3	14,4	13,5	14,0	13,5	
IWF	+4,2	+3,3	+2,4	+3,1	+0,7	+4,1	+3,8	+2,3	14,4	13,4	13,8	13,6	
Slowenien													
EU-KOM	+1,4	-0,2	-1,4	+0,7	+2,1	+2,1	+2,2	+1,7	7,3	8,2	9,1	9,4	
OECD	+1,4	-0,2	-2,0	-0,4	+2,1	+2,1	+2,4	+1,4	7,2	8,2	8,8	9,2	
IWF	+1,4	-0,2	-1,0	+1,4	+1,8	+1,8	+2,2	+1,8	7,3	8,1	8,7	8,9	
Spanien													
EU-KOM	-0,1	+0,7	-1,8	-0,3	+2,0	+3,1	+1,9	+1,1	20,1	21,7	24,4	25,1	
OECD	-0,1	+0,7	-1,6	-0,8	+2,0	+3,1	+1,6	+2,1	20,1	21,6	24,5	25,3	
IWF	-0,1	+0,7	-1,8	0,1	+2,0	+3,1	+1,9	+1,6	20,1	21,6	24,2	23,9	
Zypern													
EU-KOM	+1,1	+0,5	-0,8	+0,3	+2,6	+3,5	+3,4	+2,5	6,2	7,8	9,8	9,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+1,1	+0,5	-1,2	+0,8	+2,6	+3,5	+2,8	+2,2	6,2	7,8	9,5	9,6	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012. OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Bulgarien													
EU-KOM	+0,4	+1,7	+0,5	+1,9	+3,0	+3,4	+2,6	+2,7	10,2	11,2	12,0	11,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+0,4	+1,7	+0,8	+1,5	+3,0	+3,4	+2,1	+2,3	10,3	12,5	12,5	12,0	
Dänemark													
EU-KOM	+1,3	+1,0	+1,1	+1,4	+2,2	+2,7	+2,6	+1,5	7,5	7,6	7,7	7,6	
OECD	+1,3	+1,0	+0,8	+1,4	+2,3	+2,8	+2,7	+1,9	7,3	7,4	7,6	7,5	
IWF	+1,3	+1,0	+0,5	+1,2	+2,3	+2,8	+2,6	+2,2	7,5	6,1	5,8	5,5	
Lettland													
EU-KOM	-0,3	+5,5	+2,2	+3,6	-1,2	+4,2	+2,6	+2,1	18,7	16,1	14,8	13,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,3	+5,5	+2,0	+2,5	-1,2	+4,2	+2,6	+2,2	19,0	15,6	15,5	14,6	
Litauen													
EU-KOM	+1,4	+5,9	+2,4	+3,5	+1,2	+4,1	+3,1	+2,9	17,8	15,4	13,8	12,7	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+1,4	+5,9	+2,0	+2,7	+1,2	+4,1	+3,1	+2,5	17,8	15,5	14,5	13,0	
Polen													
EU-KOM	+3,9	+4,3	+2,7	+2,6	+2,7	+3,9	+3,7	+2,9	9,6	9,7	9,8	9,6	
OECD	+3,9	+4,4	+2,9	+2,9	+2,6	+4,2	+3,9	+2,8	9,6	9,6	10,3	10,6	
IWF	+3,9	+4,3	+2,6	+3,2	+2,5	+4,3	+3,8	+2,7	9,6	9,6	9,4	9,1	
Rumänien													
EU-KOM	-1,6	+2,5	+1,4	+2,9	+6,1	+5,8	+3,1	+3,4	7,3	7,4	7,2	7,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-1,6	+2,5	+1,5	3,0*	+6,1	+5,8	+2,9	+3,1	7,6	7,2	7,2	7,1	
Schweden													
EU-KOM	+6,1	+3,9	+0,3	+2,1	+1,9	+1,4	+1,1	+1,5	8,4	7,5	7,7	7,7	
OECD	+5,8	+4,0	+0,6	+2,8	+1,2	+3,0	+1,4	+1,7	8,4	7,5	7,6	7,6	
IWF	+5,8	+4,0	+0,9	+2,3	+1,9	+1,4	+2,5	+2,0	8,4	7,5	7,5	7,7	
Tschechien													
EU-KOM	+2,7	+1,7	+0,0	+1,5	+1,2	+2,1	+3,3	+2,2	7,3	6,7	7,2	7,2	
OECD	+2,6	+1,7	-0,5	+1,7	+1,5	+1,9	+3,9	+2,1	7,3	6,7	7,0	6,9	
IWF	+2,7	+1,7	+0,1	+2,1	+1,5	1,9*	+3,5	+1,9	7,3	6,7	7,0	7,4	
Ungarn													
EU-KOM	+1,3	+1,7	-0,3	+1,0	+4,7	+3,9	+5,5	+3,9	11,2	10,9	10,6	9,6	
OECD	+1,2	+1,7	-1,5	+1,1	+4,9	+3,9	+5,7	+3,6	11,2	11,0	12,0	12,2	
IWF	+1,3	+1,7	+0,0	+1,8	+4,9	+3,9	+5,2	+3,5	11,2	11,0	11,5	11,0	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012, Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011. Stand: Juni 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. H	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Deutschland													
EU-KOM	-4,3	-1,0	-0,9	-0,7	83,0	81,2	82,2	80,7	5,8	5,3	4,7	4,5	
OECD	-4,3	-1,0	-0,9	-0,6	83,2	81,4	82,7	82,0	6,0	5,7	5,4	5,5	
IWF	-4,3	-1,0	-0,8	-0,6	83,2	81,5	78,9	77,4	6,1	5,7	5,2	4,9	
USA													
EU-KOM	-10,6	-9,6	-8,3	-7,1	99,1	103,5	108,9	111,8	-3,3	-3,2	-3,1	-3,0	
OECD	-10,7	-9,7	-8,3	-6,5	98,3	102,7	108,6	111,2	-3,2	-3,1	-3,7	-4,3	
IWF	-10,5	-9,6	-8,1	-6,3	98,5	102,9	106,6	110,2	-3,2	-3,1	-3,3	-3,1	
Japan													
EU-KOM	-8,4	-8,2	-8,2	-8,0	197,6	211,4	219,0	221,8	3,6	2,0	1,7	1,6	
OECD	-8,4	-9,5	-9,9	-10,1	192,7	205,5	214,1	222,6	3,6	2,1	1,6	1,9	
IWF	-9,4	-10,1	-10,0	-8,7	215,3	229,8	235,8	241,1	3,6	2,0	2,2	2,7	
Frankreich													
EU-KOM	-7,1	-5,2	-4,5	-4,2	82,3	85,8	90,5	92,5	-2,2	-2,7	-2,4	-2,1	
OECD	-7,1	-5,2	-4,5	-3,0	82,7	86,2	91,6	93,5	-1,8	-2,1	-1,9	-1,7	
IWF	-7,1	-5,3	-4,6	-3,9	82,4	86,3	89,0	90,8	-1,7	-2,2	-1,9	-1,5	
Italien													
EU-KOM	-4,6	-3,9	-2,0	-1,1	118,6	120,1	123,5	121,8	-3,5	-3,1	-2,2	-1,3	
OECD	-4,5	-3,8	-1,7	-0,6	118,7	120,0	123,1	122,5	-3,5	-3,1	-2,2	-1,7	
IWF	-4,5	-3,9	-2,4	-1,5	118,7	120,1	123,4	123,8	-3,5	-3,2	-2,2	-1,5	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	-10,2	-8,3	-6,7	-6,5	79,6	85,7	91,2	94,6	-3,3	-1,9	-1,7	-1,0	
OECD	-10,3	-8,4	-7,7	-6,6	75,7	82,9	89,6	94,1	-3,3	-1,9	-2,1	-1,0	
IWF	-9,9	-8,7	-8,0	-6,6	75,1	82,5	88,4	91,4	-3,3	-1,9	-1,7	-1,1	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
OECD	-5,6	-4,5	-3,5	-2,4	84,0	83,8	84,5	81,4	-3,1	-2,8	-2,4	-2,3	
IWF	-5,6	-4,5	-3,7	-2,9	85,1	85,0	84,7	82,0	-3,1	-2,8	-2,7	-2,7	
Euroraum													
EU-KOM	-6,2	-4,1	-3,2	-2,9	85,6	88,0	91,8	92,6	0,1	0,1	0,6	1,0	
OECD	-6,2	-4,1	-3,0	-2,0	85,8	88,1	92,2	93,0	0,4	0,5	1,0	1,5	
IWF	-6,2	-4,1	-3,2	-2,7	85,7	88,1	90,0	91,0	0,3	0,3	0,7	1,0	
EU-27													
EU-KOM	-6,5	-4,5	-3,6	-3,3	80,2	83,0	86,2	87,2	-0,3	0,0	0,3	0,7	
IWF	-6,5	-4,6	-3,6	-	79,8	82,3	83,7	-	-0,2	0,1	0,3	0,5	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012, Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011.

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Belgien													
EU-KOM	-3,8	-3,7	-3,0	-3,3	96,0	98,0	100,5	100,8	3,1	2,2	1,5	1,6	
OECD	-3,9	-3,9	-2,8	-2,2	96,0	98,1	98,9	97,8	1,3	-0,8	-0,5	-0,3	
IWF	-4,2	-4,2	-2,9	-2,2	96,2	98,5	99,1	98,5	1,5	-0,1	-0,3	0,4	
Estland													
EU-KOM	0,2	1,0	-2,4	-1,3	6,7	6,0	10,4	11,7	3,8	0,6	-0,3	-0,3	
OECD	0,3	1,0	-2,0	-0,3	6,7	6,0	8,7	8,8	3,6	3,2	1,0	0,7	
IWF	0,4	1,0	-2,1	-0,5	6,7	6,0	5,7	5,4	3,6	3,2	0,9	-0,3	
Finnland													
EU-KOM	-2,5	-0,5	-0,7	-0,4	48,4	48,6	50,5	51,7	1,4	-0,4	-0,6	-0,7	
OECD	-2,9	-0,9	-0,7	0,0	48,4	48,6	50,6	53,2	1,7	-0,6	-1,1	-0,7	
IWF	-2,8	-0,8	-1,4	-0,8	48,4	48,6	51,6	52,8	1,4	-0,7	-1,0	-0,3	
Griechenland													
EU-KOM	-10,3	-9,1	-7,3	-8,4	145,0	165,3	160,6	168,0	-12,3	-11,3	-7,8	-6,3	
OECD	-10,5	-9,2	-7,4	-4,9	145,0	165,4	163,3	168,5	-10,1	-9,8	-7,6	-6,5	
IWF	-10,6	-9,2	-7,2	-4,6	142,8	160,8	153,2	160,9	-10,0	-9,7	-7,4	-6,6	
Irland													
EU-KOM	-31,2	-13,1	-8,3	-7,5	92,5	108,2	116,1	120,2	0,5	0,0	1,6	3,1	
OECD	-31,2	-13,0	-8,4	-7,6	92,5	108,2	115,7	120,9	0,5	0,1	1,3	2,0	
IWF	-31,3	-9,9	-8,5	-7,4	92,5	105,0	113,1	117,7	0,5	0,1	1,0	1,7	
Luxemburg													
EU-KOM	-0,9	-0,6	-1,8	-2,2	19,1	18,2	20,3	21,6	7,7	7,1	4,5	4,9	
OECD	-0,9	-0,6	-1,4	-1,1	24,7	23,9	26,0	28,7	7,7	7,1	3,5	4,2	
IWF	-1,1	-0,7	-1,6	-2,0	-	-	-		7,7	6,9	5,7	5,6	
Malta													
EU-KOM	-3,7	-2,7	-2,6	-2,9	69,4	72,0	74,8	75,2	-6,4	-3,3	-3,2	-2,8	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,6	-3,0	-2,7	-2,4	-	-	-		-6,4	-3,2	-3,0	-2,9	
Niederlande													
EU-KOM	-5,1	-4,7	-4,4	-4,6	62,9	65,2	70,1	73,0	5,1	7,5	8,0	8,4	
OECD	-5,0	-4,6	-4,3	-3,0	62,9	65,1	70,9	73,5	7,1	9,2	9,0	9,7	
IWF	-5,1	-5,0	-4,5	-4,9	62,9	66,2	70,1	73,7	6,6	7,5	8,2	7,8	
Österreich													
EU-KOM	-4,5	-2,6	-3,0	-1,9	71,9	72,2	74,2	74,3	2,9	1,9	1,9	1,9	
OECD	-4,5	-2,6	-2,9	-2,3	71,8	72,2	75,5	76,9	3,0	1,9	2,2	2,5	
IWF	4,5	2,6	3,1	2,4	71,8	72,2	73,9	74,3	3,0	1,2	1,4	1,4	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo					Staatssch	nuldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Portugal													
EU-KOM	-9,8	-4,2	-4,7	-3,1	93,9	107,8	113,9	117,1	-9,7	-6,5	-3,6	-2,9	
OECD	-9,8	-4,2	-4,6	-3,5	93,4	107,8	114,5	120,3	-10,0	-6,4	-4,0	-2,2	
IWF	-9,8	-4,0	-4,5	-3,0	93,4	106,8	112,4	115,3	-10,0	-6,4	-4,2	-3,5	
Slowakei													
EU-KOM	-7,7	-4,8	-4,7	-4,9	41,1	43,3	49,7	53,5	-3,6	0,1	0,2	0,2	
OECD	-7,7	-4,8	-4,6	-2,9	41,1	43,3	48,6	50,7	-2,5	0,1	1,5	2,3	
IWF	-7,9	-5,5	-4,2	-3,7	41,1	44,6	47,1	48,8	-3,5	0,1	-0,4	-0,4	
Slowenien													
EU-KOM	-6,0	-6,4	-4,3	-3,8	38,8	47,6	54,7	58,1	-0,8	-1,1	-0,4	0,7	
OECD	-6,0	-6,4	-3,9	-3,0	38,8	47,6	51,5	54,4	-0,8	-1,1	0,8	1,4	
IWF	-5,4	-5,7	-4,6	-4,2	38,8	47,3	52,5	55,9	-0,8	-1,1	0,0	-0,3	
Spanien													
EU-KOM	-9,3	-8,5	-6,4	-6,3	61,2	68,5	80,9	87,0	-4,5	-3,9	-2,0	-1,0	
OECD	-9,3	-8,5	-5,4	-3,3	61,2	68,5	81,1	84,1	-4,5	-3,5	-0,9	0,1	
IWF	-9,3	-8,5	-6,0	-5,7	61,2	68,5	79,0	84,0	-4,6	-3,7	-2,1	-1,7	
Zypern													
EU-KOM	-5,3	-6,3	-3,4	-2,5	61,5	71,6	76,5	78,1	-8,7	-11,0	-7,7	-7,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,3	-6,5	-3,7	-1,4	-	-	-	-	-9,9	-8,5	-6,2	-6,3	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

 $OECD: Wirtschaftsausblick, Mai\,2012.$

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April \ 2012.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Bulgarien													
EU-KOM	3,1	-2,1	-1,9	-1,7	16,3	16,3	17,6	18,5	-0,4	0,8	0,6	-0,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,9	-2,1	-1,9	-1,6	16,7	17,0	21,3	17,6	-1,3	1,9	2,1	1,6	
Dänemark													
EU-KOM	-2,5	-1,8	-4,1	-2,0	42,9	46,5	40,9	42,1	5,5	6,5	5,2	4,9	
OECD	-2,7	-1,9	-3,9	-2,0	42,9	46,5	47,7	49,6	5,5	6,5	5,4	5,4	
IWF	-2,7	-3,9	-5,9	-2,5	43,4	46,4	51,3	52,2	5,5	6,2	4,8	4,5	
Lettland													
EU-KOM	-8,2	-3,5	-2,1	-2,1	44,7	42,6	43,5	44,7	3,0	-1,2	-1,8	-2,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,2	-3,4	-1,2	-0,5	39,9	37,8	39,1	41,6	3,0	-1,2	-1,9	-2,5	
Litauen													
EU-KOM	-7,2	-5,5	-3,2	-3,0	38,0	38,5	40,4	40,9	1,1	-1,6	-2,0	-2,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,1	-5,2	-2,9	2,6	38,0	39,0	40,9	41,2	1,5	-1,7	-2,0	-2,3	
Polen													
EU-KOM	-7,8	-5,1	-3,0	-2,5	54,8	56,3	55,0	53,7	-3,7	-4,3	-3,9	-4,2	
OECD	-7,9	-5,1	-2,9	-2,2	54,9	56,4	56,0	55,4	-4,6	-4,3	-4,4	-4,1	
IWF	-7,8	-5,2	-3,2	-2,8	54,9	55,4	55,7	55,2	-4,7	-4,3	-4,5	-4,3	
Rumänien													
EU-KOM	-6,8	-5,2	-2,8	-2,2	30,5	33,3	34,6	34,6	-3,9	-4,1	-5,0	-5,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-6,4	-4,1	-1,9	-1,0	31,2	33,0	34,2	33,0	-4,5	-4,2	-4,2	-4,7	
Schweden													
EU-KOM	0,3	0,3	-0,3	0,1	39,4	38,4	35,6	34,2	6,8	6,4	5,8	5,9	
OECD	-0,1	0,1	-0,3	0,3	39,4	38,4	37,6	35,7	6,9	7,2	6,5	6,3	
IWF	-0,2	0,1	-0,1	0,5	39,4	37,4	35,5	33,5	6,3	6,7	3,0	2,9	
Tschechien													
EU-KOM	-4,8	-3,1	-2,9	-2,6	38,1	41,2	43,9	44,9	-4,4	-3,6	-3,2	-3,2	
OECD	-4,8	-3,1	-2,5	-2,2	38,1	41,2	43,5	45,5	-3,8	-2,6	-0,2	-1,6	
IWF	-4,8	-3,8	-3,5	-3,4	37,6	41,5	43,9	45,4	-3,0	-2,9	-2,1	-1,9	
Ungarn													
EU-KOM	-4,2	4,3	-2,5	-2,9	81,4	80,6	78,5	78,0	1,0	0,9	2,2	3,7	
OECD	-4,3	-4,2	-3,0	-2,9	81,0	80,2	79,7	78,8	1,2	1,3	2,7	3,8	
IWF	-4,3	4,0	-3,0	-3,4	81,3	80,4	76,3	76,0	1,1	1,6	3,3	1,2	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012. OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Juni 2012

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X